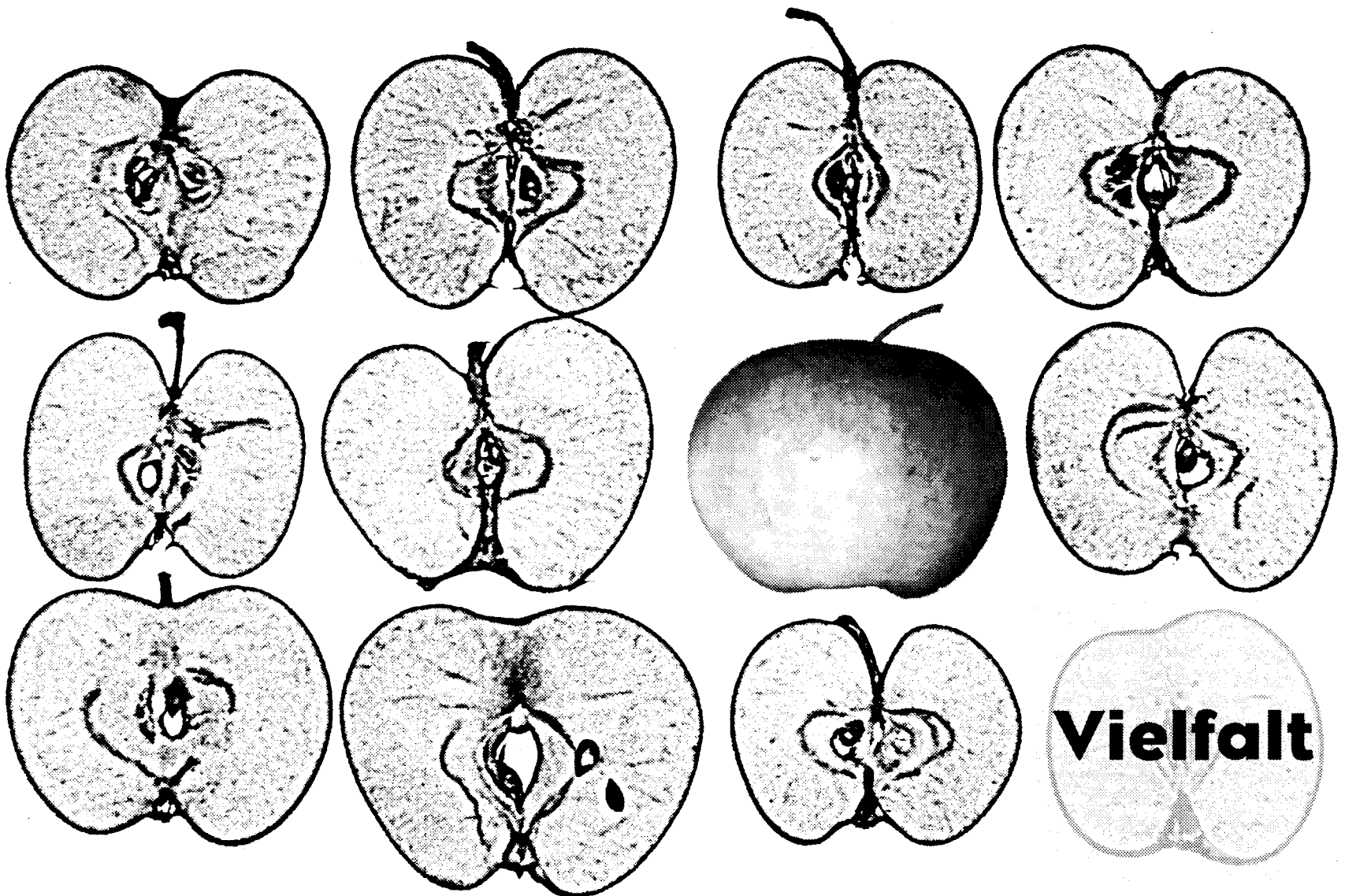


UNABHÄNGIGE Bauernstimme

Juli/August 1999 Nummer 214
K 12858 / 5,00 DM

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern



Markt

Vielfalt auf die Höfe!

Über die biologische Vielfalt wird derzeit viel und gern geredet. Konkret läßt sich aber ihre Erhaltung und nachhaltige Nutzung nur schwer auf den Höfen verankern und auch in bare Münze umsetzen. Warum das so ist und was anders laufen müßte sowie die Vorstellung einer Saatgutinitiative im Schwerpunkt auf den **Seiten 11 – 13**

Milchquoten bleiben, Börse kommt

Minister Funke hat seine Meinung geändert – aus Quoten sollen doch keine Lieferrechte werden, die Milchzeuger sollen für Quoten weiter kräftig zahlen. Dabei gaben die Milchbauern Funke Rückendeckung für ein Lieferrechtsmodell und demonstrierten mehrmals gegen das DBV-Modell. **Seite 8**

Politik

AbL-Alternativen zu Sparplänen

Die AbL macht Vorschläge, wie die Bundesregierung sparen kann, ohne die bäuerliche Landwirtschaft zu benachteiligen: bei der Gasölbeihilfe zwischen Transport und Erzeugung trennen; einzelbetriebliche Rationalisierungs-Förderung streichen zugunsten von Maßnahmen für Beschäftigung und Umwelt ... **Seite 2**

Wo bleiben Rot-Grüne Ansätze?

Mehr Mut in Bonn für erkennbare neue Ansätze im Agrarbereich wünscht sich Wolfgang Reimer. Bleiben diese weiterhin aus, stellt sich für Rot-Grün die Frage, woher die Unterstützung noch kommen soll. Möglich wären Ansätze bei der Umsetzung der Agenda 2000, wenigstens bei der 2. Säule. **Seiten 6 – 7**

Bewegung

Es tut sich was im Kuhstall

Die Milchviehhaltung artgerechter zu gestalten erfordert viel Blick fürs Detail, egal ob ein Anbindestall verbessert oder einen Laufstall gebaut werden soll. Bio-Bäuerinnen und Bauern werden durch das Verbot der Anbindehaltung in der EU-Ökotierverordnung dazu gezwungen, sich damit auseinanderzusetzen, alle anderen sollten es so wieso tun. Dazu die **Seiten 16 – 17**

Weitere Themen

Ein neuer NEULAND-Zerlegebetrieb auf der **Seite 18**, der Dioxin-Skandal auf der **Seite 3**, die Legehennen bekommen ein neues Heim – aber Käfig bleibt Käfig auf der **Seite 10**, in Schweden boomt der Ökolandbau auf den **Seiten 14 – 15** und viele Leserbriefe auf den **Seiten 19 – 20**

Vor einigen Tagen habe ich zum Entsetzen der ganzen Familie eine Anklageschrift der Saatgut-Treuhand vom Landgericht Mannheim erhalten. Die Treuhand zusammen mit dem DBV hat unseren Familienbetrieb verklagt, weil wir uns weigern, Nachbaugebühren zu zahlen. Wie weit geht diese Ausbeutung der Landwirtschaft noch? Wobei schon in der Bibel steht, daß nicht die ganze Ernte zu Brot verarbeitet werden soll, weil ein Teil der Ernte die Saat für die nächste Ernte ist. Ich stell mir besorgt die Fragen:



1. Ist das die landwirtschaftliche Mitfinanzierung der „Genpflanzenforschung“? Schließlich geben die Saatgutfirmen jedes Jahr mehr aus, um im Biotechnologiewettbewerb mitzuhalten, ein Wettbewerb, der der bäuerlichen Landwirtschaft nur schadet, nicht nutzt. Wir bleiben letztendlich auf den Erzeugnissen sitzen, die mittels einer ungeliebten Technologie erzeugt, von der Gesellschaft abgelehnt werden.

KOMMENTAR

Recht und Unrecht

2. Oder ist es die vollständige Kontrolle des Landwirtes? Die Pflanzenzüchter werden mit der Erhebung der Nachbaugebühren durch eine Zentralstelle in die Lage versetzt, die Anbaugewöhnheiten aller Bauern zu erfassen, dementsprechend an den Preisschrauben zu drehen und den Markt unter sich aufzuteilen.

3. Wann ist es soweit, daß wir unser eigenes Getreide nicht mehr an unsere Tiere füttern dürfen? Die Nachbaugebühren sind nur die Türöffner für noch weitreichendere Gängeleien.

4. Welcher Politiker kann zulassen, daß solche Gesetze gemacht werden? Es ist offensichtlich, daß bei Schaffung der Nachbaugesetze bewußt die Verhältnisse zugunsten der Pflanzenzüchter und zu Lasten der Bauern verschoben wurden.

Ich finde es verheerend, wie man hier mit den Landwirten umgeht. Es ist notwendig, daß wir, in der AbL zusammen mit der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugesetze, für uns und alle betroffenen Bauern eine gute Lösung finden werden. Wir müssen für unsere Rechte kämpfen.

Ich fordere daher alle Betroffenen und auch die „noch nicht Angeklagten“ auf, Widerstand zu leisten und als starkes Bündnis den Versuch zu unternehmen, die bauernfeindlichen Gesetze nicht nur im Gerichtssaal, sondern auch politisch zu kippen. Andere tun es nicht für uns.

P.S. Ich habe noch ein zweites Problem: Momentan bastelt die Rot-Grüne Regierung am Ruin unserer Familienbetriebe. Stichworte: Dieselrückvergütung, Streichungen im Sozialbereich. Für meinen Betrieb würde das einen Rückgang von 25 % des Gewinns bedeuten. Ich denke wir müssen mehr nachrechnen und uns vor allem mehr wehren!
Klaus Elble, 2. Vorsitzender der AbL Baden-Württemberg

Ungeeignete Sparvorschläge

Kürzungen auch im Agrarbereich. Gasölbeihilfe soll fallen. AbL nennt Alternativen

Wer die Rückvergütung bei Gasöl einfach streichen will, tut so, als sei die Landwirtschaft kein Produktionsbereich, sondern ein reines Transportunternehmen.“ Der AbL-Bundesvorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf warnt vor einem blinden Kürzen und fordert die Bundesregierung auf, bei der Gasölbeihilfe strikt zu trennen zwischen Erzeugungsbzw. Produktionsbereich und Transportbereich. „Wo die Landwirtschaft transportiert, soll sie den vollen Spritpreis zahlen. Aber es darf nicht passieren, daß die landwirtschaftliche Erzeugung mit den Energiekosten des Transportbereichs auf der Straße zusammengebracht wird.“ Vielmehr müsse die landwirtschaftliche Produktion, was die Treibstoffkosten angeht, der produzierenden Industrie gleichgestellt werden. Sonst würde die landwirtschaftliche Produktion gegenüber der industriellen „diskriminiert“. Diesen Vorschlag bringt die AbL ein, seitdem schon die alte Bundesregierung über die Streichung der Gasölbetriebsbeihilfen laut nachgedacht hat (in den Petersberger Sparvorschlägen). Graefe zu Baringdorf wirft dem Deutschen Bauernverband vor, sich um die drohende Kürzung nicht gekümmert zu haben und den AbL-Vorschlag nicht aufgegriffen zu haben, obwohl klar gewesen sei, daß die Rückvergütung in die Diskussion kommen würde.

Während der DBV sich vor allem dafür stark macht, daß bei der Einzelbetrieblichen Investitionsförderung nicht gekürzt wird, fordert die AbL hier eine Differenzierung. Eine einzelbetriebliche Rationalisierungs-Förderung solle nicht mehr gewährt werden: „Wer in Richtung Rationalisierung wachsen will, muß das selber tragen, denn das widerspricht jeglicher Logik, Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu schaffen – es rationalisiert Arbeitsplätze weg“, so Graefe zu Baringdorf auf einer Pressekonferenz der AbL anläßlich des Bauertages von DBV, DLV und Landjugend in Cottbus.

In diesem Zusammenhang ging Graefe zu Baringdorf auch mit dem Bundesland-

wirtschaftsminister Karl-Heinz Funke hart ins Gericht. Es sei völlig unverständlich, daß bei knapper Haushaltslage nicht die Möglichkeit ergriffen wird, auf nationaler Ebene zu einer gerechteren Verteilung der Prämien zu kommen. Die Agenda 2000 biete die Möglichkeit, bei den Betrieben zu kürzen, die am wenigsten Arbeit und mit geringster Diversifizierung produzieren und die „eine reine Prämienlandwirtschaft betreiben“ und bei denen die Preissenkungen überkompensiert sind. Minister Funke hat sich jedoch bisher strikt gegen eine solche Prämienmodulation ausgesprochen. Dabei, so der AbL-Vorsitzende, könnten damit Mittel für Förderprojekte im ländlichen Raum gewonnen werden, bei denen die Ziele „Arbeit und Umwelt“ verfolgt werden. Hinzu komme, daß über die Kofinanzierung mit solchen Geldern weitere Fördermittel aus Brüssel angefordert werden könnten. Besonders in Zeiten knapper Haushalte auf nationaler Ebene müßten solche Möglichkeiten genutzt werden. Statt bei der Unfallversicherung generell zu streichen, forderte Graefe zu Baringdorf hier eine stärkere Staffelung, da eine lineare Kürzung immer zu Lasten der Mehrheit der Betriebe, d.h. der bäuerlichen Betriebe gehe. Einsparungen seien dagegen bei der Organisation der Versicherungsträger vorzunehmen, die zu bündeln seien.

Nach Ansicht der Grünen Agrarsprecherin im Bundestag, Ulrike Höfken, sind die Einsparungen „aufgrund des enormen Anstiegs der Verschuldung unter der alten Bundesregierung notwendig“. Angesichts allein der Zinslast von 84 Mrd. DM jährlich für den Bund müsse „die Kombination von Sparen und neuen Weichenstellungen auch im Agrarhaushalt gelingen“. Zur Streichung der Gasölbeihilfe äußerte sie sich dahingehend, daß im Gegenzug der Einsatz von Energiepflanzen gefördert werden solle; hier sollten die Landwirte neue Einkommenspotentiale bei Ölsaaten und nachwachsenden Rohstoffen erhalten. uj

Geplante Einsparungen (in Mio. DM) im Bundes-Agrarhaushalt

Bereich	Jahr 2000	2001	2002	2003
Gasölbetriebsbeihilfe	50	417	585	835
Altersicherung der Landwirte	392	452	430	460
Lw. Unfallversicherung	115	115	115	115
Lw. Krankenversicherung	200			
Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur u. Küsten.	100	100	100	100
Einsparungen insgesamt:	857,4	1058	1229	1429

Dioxin: Sondermüllentsorgung im Tierfutter

Als Hühner von der Stange fielen, wurde die Versicherung aktiv, nicht die staatliche Kontrolle.

Kein belgisches Problem, sondern eine Aufgabe Europas

Millionen belgischer Hühner und Eier landen im Verbrennungsofen, weil sie mit Dioxin und PCBs belastet sind. Der Skandal hat die belgische Regierung vom Sockel gestürzt, der wirtschaftliche Schaden wird zur Zeit vorsichtig auf über eine Milliarde Euro geschätzt.

Die Dioxin-Krise reiht sich nahtlos ein in eine lange Reihe folgenschwerer Exzesse des agroindustriellen Komplexes: schlampiges Kadaverrecycling macht Millionen Rinder verrückt, Güterzüge mit verstrahltem Molkepulver rollen nach der Reaktorkatastrophe von Tchernobyl auf unergründlichen Wegen durch ganz Europa, spanisches Olivenöl wird mit Motoröl gestreckt, italienischer Wein mit Glykol, ... Auf den ersten Blick ist nicht leicht auszumachen, ob diese Giftmischereien ausschließlich auf schwarze Schafe, d.h. kriminelle Einzeltäter zurückzuführen sind. Führt nicht auch der Preisdruck in der industriellen Tierhaltung zu einem massiven Einsatz von billigsten Futtermitteln und damit auch zu einem gefährlich sorglosen Umgang bei der Herstellung des Futters?

Hühner mußten erst purzeln

Der genaue Auslöser der Dioxinverseuchung ist immer noch nicht eindeutig geklärt. Vieles spricht dafür, daß PCB-haltiges Transformatorenöl, dessen ordnungsgemäße Vernichtung bekanntlich teuer ist, in Altspeiseöl gemischt und so billig entsorgt wurde. Vieles spricht weiterhin dafür, daß dies eine gängige Praxis von kriminellen Giftmischern ist, denen im Januar dummerweise etwas zu viel Gift ins Öl geraten ist. Im Rahmen der regulären Lebens- bzw. Futtermittelüberwachung wäre vielleicht auch gar nichts aufgefallen. Doch sind einigen belgischen Hühnermästern und Eierbaronen plötzlich die Hühner von der Stange gefallen, das Futtermittel kam unter Verdacht und der Futtermittelhersteller „De Brabander“ schaltete seine Versicherung ein. Der Versicherungsexperte brachte den Stein ins Rollen. Doch die spektakuläre Leerung der Supermarktregale ließ noch zwei Monate auf sich warten. „Wir sehen keinen Handlungsbedarf mehr. Die möglicherweise belasteten Produkte sind doch längst gegessen“, hieß es aus der niederländischen Gesundheitsbehörde, nachdem bekannt wurde, daß belastete Futtermittel auch nach Holland exportiert worden waren.

Im Zentrum der strafrechtlichen Ermitt-

lungen steht im Moment die wallonische Firma Fogra, spezialisiert auf das Recycling von Fetten und Schlachtabfällen. Die EU-Inspektoren fielen aus allen Wolken, als sie feststellen mußten, daß der Laden nur unter abfallrechtlichen Gesichtspunkten eingestuft und kontrolliert wird. Keines der im Gefolge der BSE-Krise erlassenen Gesetze zum Umgang mit Risikomaterial und zur ordnungsgemäßen Herstellung von „sicherem“ Tiermehl wird hier überprüfbar eingehalten.

Selbst wenn die belgischen Behörden die „harmlose“ Hypothese eines Unfalls erwägen, ist eine gehörige Portion kriminelle Energie im Spiel. In der Fettschmelze Verkest trat im Januar in einem Schmelztiegel ein Leck im Heizkreislauf auf, durch das mindestens 2.200 Liter (wahrscheinlich PCB-belastetes) thermisches Öl in das Fettgemisch gelangten. Der Heizölpegel wurde fleißig nachgefüllt, die Produktion mit diesem Kessel wurde aber trotz des bekannten Lecks nicht gestoppt.

Was im Futter ist

Die Lebensmittelindustrie und die staatlichen Kontrollstellen haben offensichtlich die Lektion aus dem Rinderwahnsinn nicht gelernt. Die Verbraucherinnen und Verbraucher werden wieder einmal zu Versuchskaninchen, die Bauern bleiben auf ihren Produkten sitzen, ob sie vom falschen Lieferanten Futter zugekauft haben oder nicht. Wer das Futter nicht auf dem eigenen Betrieb erzeugt, weiß oft nicht, was er eigentlich füttert. Die offene Deklaration der Inhaltsstoffe von Mischfuttermittel ist daher auch seit Jahren heftig umstritten, zu viele Lücken bleiben in der geltenden Rechtsprechung offen. Ob altes Frittenfett wirklich etwas im Futtermittel zu suchen hat, ist eine Frage, die gesellschaftlich diskutiert werden kann. Daß ein Bauer bewusst entscheiden kann, seinem Vieh kein Frittenfett zu verfüttern, muß jedoch selbstverständlich sein.

Darüber hinaus ist es dringend notwendig, die Produktionsprozesse der Lebensmittel- und Futtermittelindustrie systematisch unter die Lupe zu nehmen. Denn so wie der Rinderwahn kein englisches Problem war, ist der Dioxinskandal keine belgische Besonderheit. Dazu müssen zualler-

erst die Kontrollen im Lebens- und Futtermittelbereich den veränderten Bedingungen des freien Warenverkehrs angepasst werden. Seit 1992 haben wir den Binnenmarkt, Grenzkontrollen von Importprodukten sind seitdem beinahe unmöglich geworden. Die Kompetenz zur Qualitätskontrolle liegt ausschließlich bei den Behörden der (exportierenden) Staaten, die EU-Inspektoren dürfen nur deren Kontrollen kontrollieren und nach Vorkündigung Stichproben durchführen. Der Filz zwischen Agroindustrie und Lebensmittelkontrolleuren kann ungestört wuchern.

Schützender Agro-Filz

Abhilfe schafft hier nur ein unabhängiges europäisches Kontrollsystem, bei dem sich die Mitgliedstaaten gegenseitig kontrollieren und bei dem eine eng verzahnte Zusammenarbeit zwischen den Kontrollbehörden der exportierenden und importierenden Staaten sichergestellt ist. Ein solches integriertes europäisches Kontrollsystem wurde im Rahmen des BSE-Untersuchungsausschusses vom europäischen Parlament angemahnt, ist jedoch bisher am Widerstand der Mitgliedstaaten gescheitert, die stur auf dem nationalstaatlichen Monopol der Kontrolle beharren.

Der Dioxinskandal legt seinen Finger aber auch auf eine tiefere Wunde der europäischen Agrarpolitik (GAP). Ihre ausschließliche Ausrichtung auf Produktivitätssteigerung schafft nicht nur Preisverfall und Überschüsse, sondern gefährdet auch die Produktqualität. Jeder europäische Lebensmittelkandal bringt einen massiven Imageverlust für die gesamte Landwirtschaft. Rund um den Globus werden Importverbote für EU-Produkte verhängt, die die Weltmarktorientierung der GAP zur Farce machen. Die europäischen Regierungen haben die Chancen des Agenda 2000-Prozesses für eine Umorientierung auf Qualitätsprodukte und den kontinuierlichen Ausstieg aus der Interventionslogik nicht genutzt. Jetzt werden ihnen die internationalen Handelspartner bei den WTO-Verhandlungen sowohl die dioxinverseuchten Eier an den Kopf werfen als auch die orientierungslosen Agendabeschlüsse aufs Butterbrot schmieren.

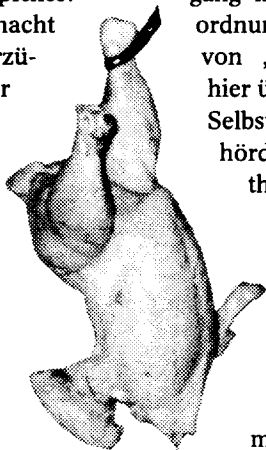
Oliver Emmes, Mitarbeiter im Agrarbüro der Grünen im Europäischen Parlament

Offene Deklaration

Die Futtermittelverordnung schreibt nur eine „halboffene Deklaration“ vor, nach der nur die Gehalte an Inhaltsstoffen (Protein, Fett, Rohfaser usw.) und die Zusatzstoffe (Vitamine, Leistungsförderer usw.) mengenmäßig angegeben werden müssen, nicht aber die verwendeten Einzelfuttermittel (z.B. Soja, Gerste ...); letztere müssen lediglich in absteigender Reihenfolge genannt sein. Aus welchen Ausgangsstoffen aber z.B. das Fett stammt, ist nicht ersichtlich; selbst die Futtermischwerke wissen nicht genau, aus welchen Vorprodukten die ihnen gelieferten Einzelkomponenten zusammengesetzt werden – ihre Vorlieferanten zerlegen Fette in Bestandteile und mischen sie ggfs. neu zusammen, wieder nur unter Angabe der Endgehalte. Eine offene Deklaration, die alles mit Mengenangaben angeben würde, ist eine alte Forderung der AbL, die schon im Bauernblatt von Juni 1979 ausgeführt worden ist. Aussicht auf Umsetzung?

CMA zahlt

Die deutsche Eier- und Geflügelbranche bekommt vor dem Hintergrund des belgischen Dioxinskandals 1,5 Mio. DM von der CMA (Centrale Marketinggesellschaft der dt. Agrarwirtschaft) zusätzlich, um für deutsche Geflügelprodukte zu werben.



Schadensersatz für Farino doch möglich?

„Haushoch überlegen“ und „Standfestigkeit in Bestform“, damit warb das Pflanzenzuchtunternehmen Lochow Petkus im vergangenen Jahr für seinen neuen Hybridroggen Farino. Durch Ertragsminderungen aufgrund tauber Ähren und einem erhöhten Mutterkornbesatz geriet Farino dann allerdings in die Schlagzeilen. Mehrere Bäuerinnen und Bauern klagten auf Schadensersatz. Verliehen die ersten Prozesse noch zugunsten der Züchter, so hat nun das Kölner Landgericht in einem weiteren Prozeß einen Vergleich zwischen den Prozeßparteien angeregt. Es führt aus, daß den Werbeversprechungen von Lochow-Petkus ein gewisser Zusicherungscharakter nicht abzusprechen ist, so hätten die Anbauer wenigstens damit rechnen können, einen im Vergleich zu anderen gängigen Roggensorten durchschnittlichen Ertrag zu erzielen. Es ist davon auszugehen, daß der Vergleich nicht angenommen wird, wie dann die Entscheidung des Gerichts ausfällt, ist offen. es

Bauer spritzt Genraps tot

In England hat kürzlich ein Bauer gentechnisch manipulierten Raps, den er zu Versuchszwecken für die Firma AgrEvo gesät hatte mit einem Herbizid totgespritzt. Er, der sich selbst als Befürworter der Gentechnik bezeichnet, sah sich aufgrund des großen Drucks von Mitarbeitern und Öffentlichkeit zu dem Schritt genötigt. Ein AgrEvo-Sprecher teilte mit man sei „tief enttäuscht.“ Während der Vorfall den Umweltschutzorganisationen einmal mehr Gelegenheit gibt, ein fünfjähriges Moratorium für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu fordern spricht mittlerweile auch der britische Umweltschutzminister von „sehr großen Unsicherheiten“ im Zusammenhang mit der Gentechnik. es

250 indische Bauern auf „Gen-Acker“

Ein Teil der Internationalen Bauernkarawane, vor allem indische Bauern und Bäuerinnen, hat auf dem Weg zum Kölner G8-Gipfel in Nürtingen einen Zwischenstop eingelegt. Die rund 250 Inder zeigten sich mit Biolandwirt Gerhard Klauß in seinem jahrelangen juristischen Kampf solidarisch, den er gegen die Fachhochschule Nürtingen leistet, die in der Nähe seiner Äcker mit gentechnisch veränderten Zuckerrüben experimentiert. Die indische Bauernorganisation KRRS kämpft in Indien ebenfalls gegen den Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft (u.a. Baumwolle), der vor allem die Abhängigkeit von multinationalen Konzernen steigere. pm

Kanzler Schröder: Urlaub auf dem Bauernhof

Der Kanzler meint, „daß in Zeiten anhaltenden Strukturwandels der Bauernhofurlaub als eine Form der Einkommenskombination eine immer bedeutendere Rolle spielt“. Deshalb unterstütze die Bundesregierung auch die Herausgabe des Reiseführers „Raus aufs Land – Urlaub auf dem Bauernhof“. All das meldet die Zentrale für den Landurlaub und ruft entsprechende Urlaubs-Anbieter auf, sich bis zum 30. Juli zu melden, um noch in die Ausgabe für das Jahr 2000 aufgenommen werden zu können. ☎ 0228-96302-0

DLG-Absage zur Nachhaltigen Tierhaltung

Aus Mangel an TeilnehmerInnen mußte die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) im Juni eine Veranstaltung mit dem Titel „Nachhaltige Landwirtschaft – Aspekte der Tierhaltung“ absagen. Vorträge mit Titeln wie „Die Rolle der Nutztierhaltung in einer nachhaltigen Landwirtschaft – Leitbilder“, „Sind unsere Zuchtziele zeitgemäß?“ oder „Schonender Tiertransport – praktizierter Tierschutz und Beitrag zur Produktqualität“ sind offensichtlich in DLG-Kreisen kaum von Interesse.

Fliegender Adler gegen Tauben

Es gibt es ganz neues gegen Taubenprobleme! Ein Drachenladen aus Meerbusch (Niederrhein) hat eine etwas andere Vogelscheuche entwickelt: An einer flexiblen, bis zu 13 m langen Teleskopstange aus Aluminium wird ein speziell entwickelter Delta-Drachen aufgehängt, dessen Form die Tauben anscheinend stark an Greifvögel erinnert. Zudem erzeugt der Drachen selbst bei geringem Wind ein Flattern, das mit dem Flügelschlag eines Greifvogels vergleichbar ist. Schon bei der leichtesten Brise steigt er zu seiner optimalen Wirkungshöhe auf, sogar bei Regen. Etwa 20 „Testadler“ sind in verschiedenen Gebieten im Einsatz, berichtet der Bioland-Rundbrief NRW in seiner neuesten Ausgabe. Ein „Test-Landwirt“ ist von dem Taubenvertreiber so begeistert, daß er sich strikt geweigert hat, das Gerät laut Absprache nach 2-monatiger Testphase an einen Kollegen weiterzugeben. Das komplette System kosten rund 600 DM. Infos: Katja Besselmann, Bioland NRW, ☎ 02385-1817

Klagewelle in Sachen Nachbau

War die Klagefreudigkeit der Saatgut-treuhand als Handlangerin des Bundesverbandes Deutscher Pflanzenzüchter zur Eintreibung der Nachbaugebühren bisher auf einige wenige süddeutsche Bäuerinnen und Bauern beschränkt, so nimmt die Entwicklung nun eine neue Wendung. Breitwürfig läßt die Treuhand in den letzten Wochen die Landgerichte Anklagen per Einschreiben aussäen, darunter auch an Bäuerinnen und Bauern, die bisher nicht auf die vorangegangenen Anschreiben der Pflanzenzüchter reagiert oder diese gar nicht erst erhalten haben. Ein Schwerpunkt ihrer Aktivitäten scheint zwar immer noch rund um das Landgericht in Mannheim zu liegen aber die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze vermeldet Zulauf von Betroffenen aus allen Ecken der Republik. Das angewandte Schema und der Anklagetext ist immer gleich, innerhalb von zwei Wochen sollen die Betroffenen anzeigen, ob sie sich verteidigen wollen und Einwände gegen die Klage vorzubringen haben. Letztendlich

ist es aber unwahrscheinlich, daß das Landgericht eines Bundeslandes (es ist immer nur eins pro Land in der Sache zuständig) alle Fälle gleichzeitig behandelt. Entscheidend wird sicherlich der bereits vor dem Landgericht in Mannheim laufende Prozeß gegen vier Mitglieder der Interessengemeinschaft sein. Das dortige Urteil wird zumindest dann für das Land Baden-Württemberg eine Entscheidung vorgeben. Patentanwalt Rolf Wilhelms, vom juristischen Beraterteam der Interessengemeinschaft, rät betroffenen Bäuerinnen und Bauern neben der schleunigen Kontaktaufnahme mit der Interessengemeinschaft auch, den Bauernverband dazu aufzufordern einen Musterprozeß gegen die Saatgut-treuhand zu führen, „schließlich behauptet er die Interessen der Bauern zu vertreten.“ Jedenfalls sollten sich alle Beklagten aber auch alle anderen, die bisher nicht gezahlt haben, nicht von der härteren Gangart der Treuhand einschüchtern lassen, die Zahl derer, die Widerstand leisten wächst kontinuierlich. cs

Autoteile aus Hanf

Von 30 auf 200 – Hektar Hanfanbaufläche steigerte sich das Bundesland NRW in diesem Jahr. Maßgeblicher Grund ist der Einstieg der Firma möllerplast GmbH in die Produktion von Autoinnenverkleidungen aus Hanffasern. Um

die Bereitstellung des Hanfes zu sichern, hatte sich im Frühjahr die Erzeugergemeinschaft für Faser- und Ölpflanzen zur technischen Verwertung gegründet, derzeit hat sie 44 Mitglieder. Ihnen überbrachte Staatssekretär Thomas Griese vom Umwelt- und Landwirtschaftsministerium in NRW während einer Informationsveranstaltung bei der Verarbeitungsstätte der Firma möllerplast GmbH die besten Wünsche für die Zukunft. Er betonte die Bedeutung nachwachsender Rohstoffe im Zusammenhang mit einem zukunftsfähigen nachhaltigen Wirtschaften im Sinne der Agenda 21 und forderte die Wirtschaft auf zu prüfen, in welchen Bereichen sie auf Biomasse anstelle von synthetischen Materialien zurückgreifen könnte. Das Landwirtschaftsministerium in NRW unterstützt 1999 Projekte, die zur Förderung nachwachsender Rohstoffe beitragen rund 5,2 Mio DM. pm



Französische Agrarpolitik orientiert sich neu!

Eine Stärkung der multifunktionalen Rolle der Landwirtschaft ist das Ziel

In Frankreich fürchten die großen Getreidebauern um ihre gewohnten Subventionen, denn die rot-grüne französische Regierung hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, ihre Agrarpolitik langfristig umzuorientieren, ausgewogener und gerechter zu gestalten. Die Rahmenbedingungen dafür wurden Ende Mai 1999 durch die Verabschiedung des Ausrichtungsgesetzes für die französische Landwirtschaft (Loi d'orientation agricole) festgelegt. Die Regierung will die multifunktionale Rolle der Landwirtschaft ausdrücklich stärken. Sie sieht neben der Erzeugung von Rohstoffen und Lebensmitteln weitere wichtige Funktionen der Landwirtschaft bei der Entwicklung der ländlichen Räume, für die Verbesserung der Umwelt wie auch Produktqualitäten und für den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Kernstück des neuen Gesetzes sind die sogenannten „territorialen Betriebsverträge“ (contract territorial d'exploitation, cte) die von den verschiedenen französischen Departements in Frankreich erstellt werden. Auf Basis von Einzelverträgen mit den Landwirten sollen soziale, ökologische und sonstige Nebenleistungen der Bauern im Dienste der Gesellschaft abgegolten werden.

Neben den „territorialen Betriebsverträgen“ werden noch weitere wichtige Bereiche in der Landwirtschaft neu geregelt. Zur Zeit erarbeitet die Verwaltung die Durchführungsverordnungen in Abstimmung mit den berufsständischen Organisationen. Die meisten Berufsverbände



Die neue französische Agrarpolitik will viele Zweige der Landwirtschaft und damit den ganzen Baum „ländlicher Raum“ stärken

haben sich bis jetzt grundsätzlich positiv zu dem Gesetz geäußert, außer dem Verband der Getreidebauern. Diese stellen 20 % der Betriebe und erhalten 65 % der Direktzahlungen im Ackerbau. Sie müssen mit den größten Abstrichen bei den Direktzahlungen rechnen, wenn die Regierung ihre Pläne umsetzt.

Frankreich will für die neue Politik die Möglichkeiten nutzen, die die AGENDA 2000 bietet und eine Degression der Ausgleichszahlungen im Rahmen der Modulation durchsetzen. Diskutiert wird zur Zeit, die Direktzahlungen an die Zahl der Arbeitskräfte auf den Höfen zu binden sowie die Möglichkeit ab einer bestimmten

Betriebsgröße bzw. eines bestimmten Prämien- oder Einkommensvolumens die Ausgleichszahlungen zu kürzen. Die durch die Modulation eingesparten Gelder sollen auf nationaler Ebene für die Förderung der „Territorialen Betriebsverträge“ genutzt werden.

Allerdings bleibt abzuwarten, wie tief die Durchführungsverordnungen wirklich greifen. Es ist geplant, von insgesamt 7,67 Mrd. Euro betriebsbezogenen Direktzahlungen 305 Mio Euro neu zu verteilen. Das ist zunächst nicht viel, wird aber als ein prinzipieller Schritt weg von der reinen Produktionsförderung und hin zur integrierten Förderung gewertet.

Frankreich vertritt die Auffassung, daß die direkten Beihilfen EU-weit langfristig reduziert und in eine integrierte Entwicklungspolitik für den ländlichen Raum umgeleitet werden sollten.

Dafür sucht die französische Regierung auf europäischer Ebene Verbündete. Beim einem Treffen der Landwirtschaftsminister in Dresden hat die französische Regierung die anderen Mitgliedsländer aufgefordert, sich ihren Vorschlägen anzuschließen und eine intensive Zusammenarbeit angeboten.

Allerdings hatte die französische Regierung damit bisher wenig Erfolg. Die rot-grüne Bundesregierung z. B. lehnt nach eigenen Aussagen jede Beteiligung an der Modulation entschieden ab, weil dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe nachhaltig geschwächt würde und die Verfahren viel zu bürokratisch seien.

aw

Aus Nische erwachsen

Die Direktvermarktung habe sich längst aus ihrer einst recht bescheidenen Nische verabschiedet, sagte Niedersachsens Landwirtschaftsminister Uwe Bartels kürzlich beim Besuch des Abo-Kisten-Projektes „Grüne Kiste“. So makaber es auch klinge, Skandale wie der Dioxin-Skandal in Belgien trügen ganz entscheidend dazu bei, daß der Stellenwert des Mottos „Aus der Region, für die Region“ steige, so Bartels.

Eigenständig regional

„Wo man noch vor kurzem von Internationalisierung sprach, redet man heute von Globalisierung. Daher müssen wir mit aller Kraft daran arbeiten, regionale Konzepte zu entwerfen und unsere eigenständigen Lösungen zu finden.“ So sprach Baden-Württembergs Ministerin Gerdi Staiblin beim 3. Forum „Perspektiven der Landwirtschaft am Oberrhein“. Die kleinstrukturierte Agrarwirtschaft am Oberrhein beispielsweise könne nicht zu Weltmarktpreisen produzieren. Staiblin betonte deshalb die vielen anderen Leistungen, die die Landwirte für die Gesellschaft erbringen.

Streit um Prämien-Angleichung

Umstrittener Vorschlag gegen verschärftes Auseinanderdriften bei den Flächenprämien

Die Unterschiede in der Höhe der Flächenprämien zwischen den einzelnen Regionen Deutschlands würden nach der Agenda 2000 noch größer, als sie ohnehin schon sind. Im Extrem liegt dann die Differenz zwischen der ertragreichsten und ertragsärmsten Region bei fast 350 DM pro ha, wenn es bei der jetzigen Regelung bleibt. Derzeit errechnet sich für einen Betrieb die Höhe der Ausgleichszahlungen im pflanzlichen Bereich als Produkt aus der von Brüssel vorgegebenen Prämienhöhe pro Dezitonne mal Durchschnittsertrag (aus den Jahren 1989 - 91) in der betreffenden Ertragsregion. In Deutschland entsprechen die meisten Bundesländer jeweils einer Ertragsregion, einige Länder (z.B. Nieders.) haben weitere Regionen abgegrenzt. Dieses System führt bei einem Ansteigen

der Prämien dazu, daß die Prämien pro Hektar in ertragsreichen Regionen stärker steigen als in benachteiligten Gebieten. Bundesländer, die über dem Bundesdurchschnitt liegen, profitieren von dieser Regelung, die anderen werden weiter abgehängt (Saarl., Rheinl.-Pfalz, Hessen, Nieders., Berlin, Brandenb., Meckl.-Vorp.).

Das weitere Auseinanderdriften der Prämienhöhen hat nun einige Bundesländer dazu veranlaßt, für eine Neuregelung einzutreten, so wie es Frankreich im Mai bereits vorgemacht hat. Ihr Vorschlag: die Flächenprämien sollen in Zukunft zur Hälfte nach einem Sockelertrag, z.B. Bundesdurchschnitt, und zur anderen Hälfte aus den regionalen Durchschnittserträgen errechnet werden. Sollte in diese Regelung auch der Mais einbezogen wer-

den, würde Bayern nach Angaben der dlz zu den großen Verlierern der neuen Regelung gehören; die Maisprämie könnte dort landesweit um 120 DM/ha fallen, für Bayern insgesamt um 43 Mio. DM. In Baden-Württemberg würde einer gekürzten Maisprämie eine höhere Getreideprämie entgegenstehen. In beiden Ländern gibt es getrennte Regionen bzw. Referenzerträge.

Ob es zu einer bundesweiten Neuregelung kommen wird, ist noch offen. Die Länderagrarminister haben darüber auf ihrem jüngsten Treffen zwar diskutiert, aber ohne erkennbares Ergebnis. Niedersachsen hat angekündigt, notfalls auf Landesebene eine Angleichung zwischen den 10 verschiedenen Ertragsregionen vornehmen zu wollen.

uj

BBV für Grünen-Vorschlag

Das Präsidium des Bayerischen Bauernverbands hat sich dafür ausgesprochen, die im Rahmen der Agenda 2000 eingeführten nationalen Prämienplafonds („Finanztöpfe“) für Ausgleichszahlungen im Rindfleisch- und Milchbereich dafür zu verwenden, die Bewirtschafter von Grünland zu stärken und damit die Benachteiligung der Grünlandbetriebe abzubauen. Betriebe, deren Betriebsfläche überwiegend aus Dauergrünland besteht, sollten einen zusätzlichen Ausgleich erhalten. Dabei müsse die Förderung an die auf dem Grünland gehaltenen Rindergrößenverbände gebunden werden; bei einer reinen Flächenprämie würden nur die Pachtpreise in die Höhe getrieben. Ähnliches hatten Agrarexperten der Grünen vorgeschlagen. Danach sollen die Plafonds-Mittel für einen Aufschlag auf die Rinder-Schlachtpremie verwendet werden, ausschließlich für Betriebe, die mindestens 0,5 ha Grünland pro GV nachweisen können. Im Vorfeld der Agenda 2000-Beschlüsse hatte sich der Deutsche Bauernverband noch gegen die Einführung einer Grünlandprämie und für die Beibehaltung der Silomaisprämie eingesetzt und somit die Benachteiligung der Grünlandbetriebe unterstützt. uj

BML will keine Modulation der Prämien

Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke hat während des informellen Treffens der Agrarminister von Bund und Ländern am 22. Juni nochmal deutlich gemacht, daß er bei der nationalen Umsetzung der Agenda 2000 von einer Modulation der Ausgleichszahlungen nichts wissen will. Auch die Mehrheit der Länderkollegen hat sich gegen eine Degression der Prämien, z.B. in Abhängigkeit des Arbeitseinsatzes auf den Betrieben, ausgesprochen und will die von der Agenda 2000 vorgegebene Möglichkeit einer Abstufung der Prämien nicht umsetzen. Auch die sogenannten cross compliances, also die Bindung der Prämien an die Einhaltung von Umweltstandards, wollen Funke und die meisten Länderminister nicht anwenden; selbst dann, wenn bei der Bewirtschaftung gegen geltende Umweltvorschriften verstoßen wird, soll es nicht zu Prämienabzügen kommen. Auf keinen Fall aber soll es zusätzliche Umweltauflagen geben, an die die Zahlungen geknüpft werden, so Funke nach dem Treffen. Die „gute fachliche Praxis“ reiche aus. uj

Kritik an „Guter fachliche Praxis“

Als Rückschritt kritisiert das Pestizid-Aktions-Netzwerk e.V. (PAN) in einer 5-seitigen Stellungnahme die vom Bundeslandwirtschaftsministerium (BML) festgelegten „Grundsätze der guten fachlichen Praxis im Pflanzenschutz“. Während das Pflanzenschutzgesetz aussage, daß zur guten fachlichen Praxis die Berücksichtigung der Grundsätze des integrierten Pflanzenschutzes gehöre, trenne das BML nun die gute fachliche Praxis und den integrierten Pflanzenschutz voneinander und stellt letzteren als „Leitbild des praktischen Pflanzenschutzes“ dar. Damit fielen die Grundsätze noch hinter den Stand des Pflanzenschutzgesetzes von '86 zurück und verstießen sogar gegen das geltende Pflanzenschutzgesetz von '98. Außerdem fehlten in den Grundsätzen praktische Anwendungstips zur Reduzierung des Pestizid-Einsatzes, so PAN. Stellungnahme und Infos bei PAN, Nernstweg 32, 22765 HH, ☎ 040-39919100

Görlach: Mit Antibiotika-Verbot vorangehen

Die EU sollte mit einem generellen Verzicht auf den Einsatz von Antibiotika im Tierfutter international vorangehen und die Handelspartner der im Herbst beginnenden WTO-Verhandlungsrunde, allen voran die USA, von diesem Schritt überzeugen. Das äußerte der Europaabgeordnete Willi Görlach (SPD) während einer Podiumsdiskussion in Frankfurt. Um in der EU die vier noch zugelassenen Antibiotika gerichtsfest zu verbieten, bräuchte es allerdings des sicheren bio-medizinischen Nachweises, daß eine Antibiotikaresistenz beim Menschen von bestimmten Bakterien in bestimmten Nahrungsmitteln herrühre. Görlach zeigte sich über Aussagen von Wissenschaftlern erfreut, daß aus einer entsprechenden Indizkette langsam eine Beweiskette werde. Dies ziehe dann unweigerlich ein Verbot des entsprechenden Antibiotikums nach sich, so Görlach. pm

Deutscher Bauernbund gegründet

Als Dachverband der privaten Bauernverbände Ostdeutschlands ist am 30. Juni der Deutsche Bauernbund gegründet worden. Sein Ziel ist es, die Interessen der Wieder- und Neueinrichter in den ostdeutschen Bundesländern agrarpolitisch zu vertreten. Zum Präsident wurde der Präsident des Landvolkverbandes Sachsen-Anhalt, Kurt-Henning Klamroth gewählt, zum Generalsekretär wurde Jochen Dettmer ernannt. pm

Mehr Mut, Herr Minister!

Die Nationale Umsetzung der Agenda 2000 enttäuscht. Dabei braucht „Rot-Grün“ dringend sichtbare neue Politik-Ansätze, sonst drohen weitere Wahniederlagen, prophezeit Wolfgang Reimer

Der neue Agrarminister ist der alte; zumindest in seiner Politik. Wenn „Rot-Grün“ bei Wahlen abgestraft wird, dann nicht nur, weil das Regierungsbündnis dilettantisch begonnen hat oder Reformen gesellschaftlich nicht vermitteln konnte (630 Mark Jobs, Atomausstieg, Ökosteuer usw.), sondern weil auf vielen Gebieten bisher keine Neuansätze sichtbar waren. Letzteres gilt für den Agrarbereich. Es dominiert der Eindruck, daß die alte Agrarlobby dem neuen Minister schon den Schneid abgekauft hat (auch die neueste Entwicklung bei den Milchquoten spricht dafür). Aus seiner grundsätzlichen Zustimmung zur Weltmarktausrichtung der europäischen Landwirtschaft (Agenda 2000) hatte Funke nie einen Hehl gemacht; allerdings parallel immer auch eine stärkere ökosoziale Orientierung betont.

Nach und nach hat sich Funke jedoch von dieser parallelen Zielsetzung verabschiedet. Die Degression der Flächen-Ausgleichszahlungen (Modulation) ist weg, obwohl in anderen europäischen Ländern wie Frankreich und Großbritannien heftig darüber diskutiert wird. Die Bindung der Ausgleichszahlungen an Umweltstandards (cross compliance) ist Schnee von gestern. Die Einführung einer Grünlandprämie wird mit dem Argument abgelehnt, daß der Prämienplafonds für Rindfleisch zu gering sei und pro Hektar

Grünland nur 30 DM ergeben würde. Das ist zwar richtig, ignoriert aber, daß in drei Jahren der größere Milchprämienplafonds ebenfalls zur Verteilung ansteht. Das Argument des bürokratischen Aufwandes für wenig Geld wird da-

durch relativiert, daß das BML bei den Rinderprämien die Extensivierungszuschläge nach Besatzdichte (GVE/ha) differenzieren will, während die alte Regelung eine einheitliche Prämie für die geringe Besatzdichte von unter 1,4 GVE/ha vorsah. Interessanterweise will das Bundeslandwirtschaftsministerium (BML) die bestehenden Prämien-Grenzen wie die 90-Tiere-Obergrenze bei den Rindern oder die Begrenzung der Mutterkuhprämie in der Milchviehhaltung auf eine Milchquote bis 120 000 kg abschaffen. Die Symbolik weist in die Richtung: „groß und intensiv“!

Im Kernbereich der Agenda werden also die kleinen, aber möglichen Chancen für eine Korrektur der Agrarpolitik nicht genutzt.

Was wird mit der zweiten Säule der Agenda 2000?

Wie sieht es bei der oft zitierten „zweiten Säule“ der Agenda aus? Inzwischen gibt es die EAGFL Verordnung „Entwicklung ländlicher Räume“, die den europäischen Rahmen der zweiten Säule bilden soll (siehe Kasten). Die nach dieser Verordnung förderfähigen Maßnahmen – von einzelbetrieblicher Investitionsförderung bis zur Unterstützung alternativer Erwerbsmöglichkeiten – werden in den „normalen“ Gebieten (also nicht Ziel-1-Gebiete wie neue Bundesländer) in der Regel zu



Vielleicht muß mal jemand läuten

Die EAGFL-Verordnung „Entwicklung ländlicher Räume“ umfaßt:

1. die Förderung von Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben;
2. Niederlassung von Junglandwirten;
3. berufliche Weiterbildung und Umschulung;
4. Vorruhestand;
5. Benachteiligte Gebiete (Ausgleichszulage) und Gebiete mit umweltspezifischen Einschränkungen (Biotopschutz, FFH-Gebiete usw.);
6. Agrarumweltmaßnahmen (alte VO 2078 – Kulturlandschaftsprogramme);
7. Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landw. Erzeugnisse;
8. Forstwirtschaft / Aufforstung;
9. Förderung der Anpassung und Entwicklung von ländlichen Gebieten (dieser Titel umfaßt von der Flurbereinigung über Dorfentwicklung auch die Vermarktung von landw. Qualitätserzeugnissen, Dienstleistungen zur Grundversorgung auf dem Land, Schaffung alternativer Einkommensquellen ...)

25% aus Brüssel kofinanziert. Die Ausnahme bilden weiterhin die Agrarumweltmaßnahmen, die zu 50% von der EU kofinanziert werden. Die nach EU-Recht zulässigen Höchstgrenzen liegen bei der Junglandwirteförderung (Niederlassungsbeihilfe) bei 25.000 Euro; im Vorruehstand bei 15.000 Euro jährlich und 150.000 Euro insgesamt. Die Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten darf 25 - 200 Euro pro Hektar und Jahr betragen. Neu ist die Kategorie „Gebiete mit umweltspezifischen Einschränkungen“, die beispielsweise FFH Gebiete (Flora-Fauna-Habitatschutz) oder andere Schutzgebiete, die sich aus europäischen Regelungen ergeben, umfassen. Auch diese können mit bis zu 200 Euro pro ha und Jahr entschädigt werden. Deutlich höhere Fördersätze sind bei den Agrarumweltmaßnahmen möglich. Hier liegt die Obergrenze bei einjährigen Kulturen bei 600 Euro/ha, bei mehrjährigen Sonderkulturen bei 900 Euro. Auch die Aufforstung wird weiterhin mit bis zu 725 Euro/ha hoch gefördert.

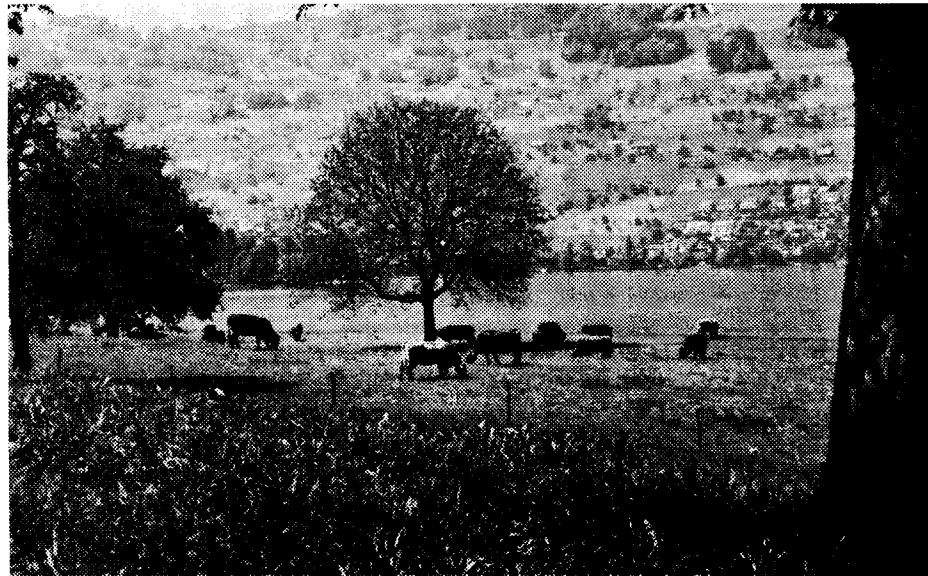
Doch was sich so verlockend anhört, muß nicht unbedingt national umgesetzt werden. Jetzt rächt sich, daß die Bundesspitze des Bauernverbandes und die meisten Agrarpolitiker nicht mehr Mittel von den Marktordnungen in die zweite Säule umverteilen wollten. Auch der Verzicht auf die Modulation (siehe oben) schränkt die Mittel ein. Immerhin könnten nach EU-Vorgaben 20% der Prämien für Großbetriebe mit sehr hohem Prämienanspruch oder mit unterdurchschnittlichem Arbeitskräftebesatz gekürzt und in die zweite Säule gesteckt werden.

Angesichts der Eichel-Sparpläne ist sicherlich nicht mit einem neuen Vorruehstandsprogramm zu rechnen. Auch die Mittel für die Agrarumweltmaßnahmen werden wohl nur bescheiden aufgestockt (das BML will besonders den Ökolandbau besser fördern). Sie stehen in direkter Konkurrenz zu den einzelbetrieblichen Investitionshilfen (schließlich sollen wenigstens ein paar Betriebe sich der Weltmarktkonkurrenz stellen können) und den anderen Programmtiteln. Deshalb werden wohl auch die neuen, zweifellos positiven Vermarktungsansätze (s. Artikel rechts) nur mit einer bescheidenen Ausstattung rechnen können.

Wir haben wenig Chancen – nutzen wir sie!

Da diese Programme im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur...“ abgewickelt werden, können die Bundesländer in großem Ausmaß die Gewichtung der einzelnen Programmtitel bestimmen. Insgesamt sollten auf Bundesebene und zumindest in den alten Bundesländern die Maßnahmen zur Dorfentwicklung, Wasserwirtschaft und Flurbereinigung eingeschränkt werden, um mehr Mittel für die anderen Aufgaben

bereitzustellen. Da der Bauernverband sich für die Investitionsmaßnahmen stark macht, ist es unsere Aufgabe, auch den anderen Betrieben über Agrarumweltprogramme und Stärkung der Vermarktung Chancen zu eröffnen. Wenn wir den Einstieg in eine Grünlandprämie im Rahmen des Rinderprämienplafonds (siehe oben) nicht schaffen, muß diese Forderung auf die Ebene der Kulturlandschaftsprogramme der Bundesländer verlagert werden. Schon ab Herbst werden mit der Eröffnung der neuen WTO-Runde die derzeitigen produktgebundenen Flächenausgleichszahlungen der EU in die Diskussion kommen. Gleichzeitig ist dann absehbar, welche Form der Modulation in den anderen EU-Ländern gewählt wurde. Dies wird unsere Position für Nachbesserungen der zweiten Säule stärken; auch



Wenn es auf Bundesebene nicht zu einer Stärkung des Grünlandes kommt, müssen die Bundesländer über die Kulturlandschaftsprogramme hier aktiv werden. Fotos: Jasper

Bund will regionale Vermarktung fördern

Die Verarbeitung und Vermarktung regional erzeugter landwirtschaftlicher Produkte soll ab 2000 aus der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) gefördert werden können. Das sieht ein Entwurf des Bundeslandwirtschaftsministeriums vor, der Ende Juni mit Vertretern verschiedener Verbände (u.a. AbL) diskutiert wurde. Danach sollen die bisher für ökologische Produkte geltenden Fördergrundsätze auf die regionale Vermarktung ausgedehnt werden.

Förderfähig sind dann Erzeugerzusammenschlüsse von mind. 5 Erzeugern sowie Handels- oder Verarbeitungsunternehmen, die regionale Produkte aufnehmen. Die Produkte müssen aus einer abgrenzbaren Erzeugungsregion (Teil eines oder mehrerer Bundesländer) stammen und in einer Vermarktungsregion abgesetzt werden, die in der Regel der Erzeu-

für die jetzt nicht erreichte Grünlandprämie.

Im Laufe der nächsten Jahre wird es dann bei Durchsetzung der Weltmarktorientierung – wenn die Betriebe zu 80% von den Prämien leben müssen – darauf ankommen, in der Gesellschaft für eine soziale und ökologische Bindung der Prämien zu werben. Dafür stehen die Chancen nicht schlecht. Wir haben die Zweiteilung nie gewollt. Aber es ist dann unsere Aufgabe dafür zu sorgen, daß neben den zu Weltmarktbedingungen produzierenden großen Betrieben möglichst viele Bauernhöfe in der Erwerbsskombination, durch Kulturlandschaftspflege und durch die Qualitätsproduktion für Premium-Märkte eine Zukunft haben.

Wolfgang Reimer, Bauer,
Stellv. Bundesvorsitzender der AbL

Neuer Grünland-Verband

Das Grünland scheint es nötig zu haben, einen eigenen Interessenverband zu begründen. Auf seiner Mitgliederversammlung im Juni beschloß der bisherige „Verband zur Förderung extensiver Grünlandwirtschaft (Grünlandverband e.V.)“, sich zum „Deutschen Grünlandverband e.V.“ umzubenennen. Dieser Verband soll die Interessen aller Grünlandwirte vertreten. „Einen solchen Verband hat es bisher noch nicht gegeben, obwohl das Grünland in Deutschland über ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche ausmacht“, betonte Dr. Hochberg, Vorsitzender des Verbandes und Abteilungsleiter Grünland und Futterbau der Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft gegenüber dem Bayerischen Wochenblatt.

gungsregion und/oder einer nahegelegenen Region mit ausreichenden Absatzchancen entspricht.

Endgültig entschieden wird über die Fördergrundsätze im Spätherbst/Winter, spätestens im Dezember. Insgesamt sollen für die Förderung der Verarbeitung und Vermarktung ökologischer und regionaler Produkte 6 Mio. DM bereitgestellt werden (bisher sind vom Ökolandbau nur 2 Mio. DM abgerufen worden). Dabei entscheiden die Bundesländer, ob und wie sie die Förderung anbieten.

Nordrhein-Westfalen hatte 1997 ein eigenes Förderprogramm regionale Vermarktung aufgelegt, das als Vorläufer der nun kommenden Förderung gilt. NRW mußte diese Förderung bisher ganz aus Landesmitteln finanzieren; mit der neuen GAK-Förderung schießt der Bund ab kommenden Jahr 60 % der Förderung zu. *uj*

Milchbauern demonstrieren gegen DBV-Politik

Der DBV vertrete nicht mehr die Interessen der aktiven Milcherzeuger. Lieferrecht statt Börse!

Bauerndemos vor den Zentralen des Deutschen und des Bayerischen Bauernverbandes. Ein seltener Anblick! In Bonn waren es 150, in München 200



Vor der DBV-Zentrale in Bonn demonstrierten 150 Milchbauern aus dem Allgäu, dem Bergischen Land, Osnabrücker Land, Bremen Land, Münsterland und vom Niederrhein gegen die DBV-Milchpolitik und für ein Lieferrecht. Foto: Jasper

Milchbauern, die samt Milchkühen, Kuhglocken und Trillerpfeifen gegen die Milchpolitik „ihrer“ Berufsverbände DBV und BBV protestierten. Mobilisiert hatte sie der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V. (BDM), um in der Endphase der Entscheidungsfindung in Bonn zur Zukunft der deutschen Milchmengenregelung nochmal die Position der aktiven Milcherzeuger deutlich zu machen. Auch beim informellen Agrarministertreffen gab es einen Empfang durch die Milchbauern.

Hauptvorwurf gegen den Bauernverband: Mit dem vom Verband gepuschten Börsen-Modell, bei dem Quoten an einer Börse gehandelt werden sollen, behalte die Quote weiterhin einen Kapitalwert, für den die aktiven Milcherzeuger weiterhin teuer bezahlen müssen. Der Verband blockiere somit nach wie vor die dringend notwendige Entkapitalisierung der Quoten. Rund 1 Mrd. DM im Jahr müßten mittlerweile von den melkenden Betrieben für die Quoten aufgebracht werden; fast die Hälfte aller Milchproduktionsrechte sei in der Hand sogenannter „Sofamelker“, so der BDM.

Der Allgäuer Bauer und BDM-Vorsitzende Romuald Schaber beschrieb den DBV-Vertretern die Situation: „Bei uns auf dem Land, auf den Höfen, an der Basis ist die Situation mittlerweile unerträglich, Quotenpachtverträge laufen aus, Verpächter rücken an, wollen Quoten verkaufen, für die sie bisher schon jahrelang Pachten kassiert haben. So kann's nicht weitergehen.“ Und: „Für die ver-

korkste Milchpolitik der letzten 15 Jahre trägt der DBV eine große Mitverantwortung.“

Schaber forderte den DBV auf, Minister Funke in seinem (nun ehemaligen) Vorhaben zu unterstützen, die Quote zu entkapitalisieren. Dieser Ansatz sah vor, Verpachtung und auch Verkauf von Quoten ab dem 1.4.2000 zu verbieten. Betriebe, die in Zukunft Milch produzieren wollen, sollten danach ein Milchlieferrecht erhalten, was wieder an den Staat zurückfalle, wenn die Milchproduktion aufgegeben wird.

Der Deutsche Bauernverband dagegen versuche mit aller Macht, die von Funke geplanten dringend notwendigen Änderungen zu verhindern, so Schaber. Das vom DBV vorgeschlagene Börsen-Modell bringe für die Milchbauern keinerlei Verbesserung, es diene einzig und alleine dazu, Aussteiger und Sofamelker auch in Zukunft zu begünstigen und den Kapitaltransfer um jeden Preis aufrecht zu erhalten. Selbst die bisher bereits gepachteten Quoten müßten beim Börsenmodell zu „Marktpreisen“ von den längst aus der Produktion ausgestiegenen Kollegen abgekauft werden, so der BDM.

Schaber stellte die DBV-Vertreter deshalb vor die Alternative: „Entweder Sie unterstützen die aktiven Bauern, diejenigen, die auch in fünf und zehn Jahren noch Kühe melken wollen, oder Sie sorgen dafür, daß weiterhin Kapital fließt, dann helfen Sie eben jenen, die aus der Produktion aussteigen und opfern die, die weiterhin produzieren wollen.“ *uj*

Milchbauern in USA gegen Freihandel

Eine Politik des absoluten Freihandels schade den milchviehhaltenden Familienbetrieben in den USA. Diese Ansicht vertritt laut „Bauernzeitung“ der Milchbauernverband Family Dairies USA und fordert die Regierung auf, die verfehlte Politik der Freihandelsländer wie Neuseeland und Australien nicht weiter zu unterstützen. Befürworter des Freihandels hätten den Milchbauern Exportchancen versprochen, wenn alle Importhindernisse und Exportsubventionen verschwinden. Dieses Versprechen verkenne jedoch die Fähigkeit der Billiganbieter, die Preise der US-amerikanischen Milchwirtschaft auf den wenigen erreichbaren Märkten zu unterbieten. Die längst vergangenen Rekordpreise des letzten Jahres seien allein dem Umstand zu verdanken, daß der US-Milchsektor exportunabhängig sei. – Die USA importierten 1998 Milchprodukte im Wert von 1,24 Mrd. \$ bei einem Export für 0,88 Mrd. \$. Das Preishoch zog eine erhebliche Produktionsausweitung in den USA nach sich, woraufhin die Preise stark abgesackt sind. *uj*

Humana und Ammerland kooperieren

Der Noch-Branchenriese Humana Milchunion eG, Everswinkel, hat mit den Milchwerken Ammerland Oldenburg eG einen Kooperationsvertrag geschlossen, der am 1. Juli in Kraft tritt. Gleichzeitig wird Ammerland Mitglied bei Humana. Gemeinsam verarbeiten beide Unternehmen 10 % des deutschen Milchaufkommens. *pm*

Neue Nordmilch ist nun beschlossen

Die Generalversammlungen von Bremerland-Nordheide, Hansano Milchhof Niedersachsen, MZO Oldenburg, Nordmilch und Milch-Erfassung Nordmilch haben Ende Juni durchweg der Fusion zur neuen Nordmilch zugestimmt. Jetzt muß nur noch das Bundeskartellamt zustimmen. Der Gesamt-Umsatz des neuen Verbundes wird mit 4,7 Mrd. DM angegeben. In 14 Produktionswerken verarbeiten rund 4.500 Beschäftigte 4,2 Mrd. kg Milch. *pm*

Kuriositäten der EU-Richtlinie Babynahrung

Die ab dem 1. Juli geltende neue EU-Richtlinie für Babynahrung schreibt für Säuglings- und Kleinkinder-Nahrung Mindestgehalte an Vitaminen und Mineralstoffen sowie Höchstmengen an Fett und Kohlenhydraten vor. Der Höchstwert für Fett in Fertig-Milchbrei wurde so weit heraufgesetzt, daß dieser Wert überschritten wird, wenn der Brei mit Vollmilch angerührt wird. Die Hersteller des Breies müssen nun auf der Verpackung das Anrühren mit Wasser empfehlen. *pm*

KURZES AM RANDE

Funke nun für Börse

Bundesminister Karl-Heinz Funke (SPD) ist vom Lieferrechtsmodell auf das Börsenmodell umgeschwenkt. Beim informellen Treffen der Agrarminister von Bund und Ländern am 22. Juni in Bonn hat er das Lieferrechtsmodell, das er selbst lange vertreten hat, fallengelassen mit dem Argument, es sei aus eigentumsrechtlichen Gründen nicht haltbar. Allerdings legte er keine detaillierten Unterlagen vor, worauf das Ministerium nun diese Einschätzung stützt. Die Mehrheit der Länderminister stellte sich ebenfalls hinter ein Marktmodell, nicht nur die der CDU/CSU-Länder, sondern auch die meisten der SPD-regierten. Von den Flächenländern blieb allein Nordrhein-Westfalen bei einer klaren Haltung für das Lieferrecht.

Auch wenn es keine Abstimmungen gab, so sind damit die Würfel gefallen: die Handelbarkeit der Quote bleibt. Weil noch nicht klar ist, ob die Quote nach

2008 wirklich wegfällt, setzen die Minister damit das Signal auf langjährigen Erhalt eines Kapitalwertes der Quote. In den ostdeutschen Bundesländern wird aus den bisherigen „vorübergehenden Lieferrechten“ dann zu bezahlende Quoten, was den Milch-Agrargenossenschaften, in deren Hand die meisten Lieferrechte sind, eine kräftige Kapitalaufstockung verschafft.

Das kommende Modell soll laut BML folgendes beinhalten: regionale Begrenzung der Quotentransfers möglichst auf Länderebene; Verbot von Quoten-Pacht und Leasing; bestehende Pachtverträge sollen auslaufen und verlängert werden können; nach Auslaufen der Pachtverträge muß gekauft werden; als kostendämpfende Elemente soll es eine Beschränkung der Verkaufstermine, eine Abzugsregelung bei zu hohen Preisforderungen und eine Mindestnutzungsdauer für gekaufte Quoten geben. *uj*

Wir haben sturmfreie Bude! Die Schwiegereltern sind zur Kur nach Bayern gefahren – zum ersten Mal. Eine dreiwöchige Abwesenheit der Altenteiler vom Hof gab es bisher

Betriebsspiegel:

39 ha Grünland
9 ha Acker
40 Kühe mit weibl. Nachzucht (rotbunt, Boxenlaufstall)
15-20 Mastbullen/Jahr
3 Mastschweine, 100 Hühner, 1 Pferd im Sauerland/Westfalen (350 m ü. NN)
Dorothee arbeitet nur in den Arbeitsspitzen in der Außenwirtschaft mit, sie ist mit einer halben Stelle bei der Landwirtschaftskammer tätig. Regelmäßig für die Außenwirtschaft zuständig sind ihr Mann Jürgen und seine Eltern.

noch nie und ist damit für alle eine neue Erfahrung.

Damit Jürgen nicht alles alleine machen muß, habe ich mir Urlaub genommen. Aber lange schlafen ist natürlich nicht drin. Um 6.30 Uhr piept der Wecker – wir drehen uns noch mal um. Gegen 7.00 Uhr stehen wir verschlafen im Stall – oh, die Kühe sind noch auf der Weide? Da müssen wir sie wohl selbst holen.

Das Melken geht so schnell wie immer. Aber was hängt da noch alles dran? Kälber tränken, Bullen füttern, im alten Stall misten, hier und da einstreuen, Mais und Biertreber in den

Stall karren, Stroh holen, Hühner füttern. Die Hühner sind sowieso ein Kapitel für sich. Morgens Futter geben, dreimal täglich Eier suchen, mittags die Klappe aufmachen, junges Gras als Beifutter mähen – hast Du den Hühnern schon Wasser in den Auslauf gebracht? Abends Eier waschen, jedes Ei einzeln mit Samthandschuhen. Und vergeßt bloß nicht, zum Dunkelwerden die Klappe wieder zuzumachen, sonst kommt der Fuchs! Langsam türmen sich die Eierlagen im Vorrat – wer kauft die eigentlich sonst immer? Gestern war mal jemand an der Tür. 10 Eier für 2,50 DM, das baut auf.

Heute will ich mal was kochen. Jeden Mittag Milch mit Haferflocken, das hält der anspruchsloseste Bauer nicht aus. Zuerst tue ich aber noch die kleinen Kälber auf die Kälberweide, weil jetzt doch die Sonne scheint. In der Kühltruhe wühle ich dann nach eingefrorenem Gemüse, während mir die Katzen um die Beine streichen, die ihre Milch noch nicht hatten. Na gut, also erst die Katzenmilch. Dann kann ich auch gleich noch Blumen gießen und die Post reinholen. Aus Gerechtigkeitsgründen verlangt der Hund jetzt auch nach seinem Pansen. Während ich die Nudeln aufsetze (es soll Auflauf geben, der reicht für zwei Tage), fängt es an zu regnen. Also die kleinen Kälber wieder rein, damit sie sich nicht erkälten, aber schön sortieren, in den einen Stall die vier größeren, in den anderen die vier ganz kleinen. Mittagessen gibt es heute eben erst um halb drei.

Müßten wir nicht auch mal nach den Rindern auf der Rinderweide gucken? Da war schon seit fünf Tagen keiner mehr. Wann werden die ersten eigentlich melk? Jürgen fährt beim Düngerstreuen dran lang. Die Kuh Schwalbe müßte auch bald kalben. Sollen wir sie heute nacht im Stall lassen?

Um 20.30 Uhr abends sind wir im Stall fertig. Jürgen fährt noch mal Düngerstreuen, weil er meint, heute noch nichts geschafft zu haben. Ich wasche die Eier, und dann versuche ich meine Gedanken von Kälbern, Katzen, Hunden, Hühnern und Topfblumen zu lösen und den „normalen“ Feierabend zu beginnen. Halt erst noch die Hühnerklappe zumachen.

Später im Bett fällt es mir ein: Hast du heute abend das Tor für den Milchwagen aufgemacht? Ja? Na, gottseidank. Dann kehrt endlich Ruhe ein in unserer „sturmfreien Bude“.

Dorothee Biermann, 32 Jahre

Sturmfreie Bude

Endlich, dachte ich. Endlich kann es losgehen! Vor fast genau einem Jahr begannen wir mit dem Kuhstallneubau. Der Weg dahin war schon recht kompliziert, aber während der Bauphase war es (fast) noch schlimmer. Aber das gehörte ja nun der Vergangenheit an. Ich war sehr angespannt: Hatte ich an alles gedacht? Würde alles so funktionieren, wie ich es mir überlegt hatte? In unserem Stall werden die Richtlinien der artgerechten Tierhaltung des Landes NRW umgesetzt, andauernd wurde ich deshalb nach dem Strohstall-Neubau gefragt. Wir haben einen sogenannten 3+0-Stall gebaut, am Freßgitter ist Spaltenboden (Schlitzbreite 3 cm) und der andere Laufgang ist planbefestigt und wird entmistet. Alle Boxen (1,20 m x 2,40 m bzw. 2,50 m) sind mit Stroh eingestreut, die Boxenreihe am Spaltenboden hat ein Rohr auf der hinteren Kante als Streuschwelle (Tiefbox), die anderen beiden Boxenreihen sind Hochboxen.

Nachdem die ersten Kühe eingezogen waren, wurde ich immer nervöser! Entgegen meinen Erwartungen legten sich viele Kühe in den Gang oder auf die Spalten, anstatt es sich im Stroh gemütlich zu machen! Pro behalber legte ich mich selber mal in eine Box – nach einer Viertelstunde bin ich wieder wach geworden. Nein die Boxen sich in Ordnung. Unser Problem ist, daß unsere Rinder auf Vollspalten großgezogen werden! Das muß sich in nächster Zukunft ändern!



Mittlerweile können die Kühe auch nachts auf die Wiese gehen. Wenn ich morgens in den Stall komme, liegen immer einige in den Boxen im Stall, bei Regen sogar fast alle.

Problematisch ist aber, daß doch viel Stroh von den Kühen auf die Spalten gezogen wird und das dann von Hand weggeräumt werden muß. Ich hoffe aber, daß sich dieses Problem erledigt, wenn wir mit der Einstreumaschine die Boxen mit kürzerem Stroh einstreuen. Zur Zeit werden Kleinballen von Hand eingestreut. Wenn es dann

immer noch nicht funktioniert, muß statt des Rohres ein Brett als Aufkantung angebracht werden.

In den ersten Wochen nach dem Einzug habe ich meine Entscheidung für den Stallneubau manchmal bereut, denn nichts funktionierte so wie ich es erwartet hatte. Mittlerweile sind wir uns aber doch recht vertraut, der Stall, die Kühe und ich. Es ist noch nicht fertig (s.o.) aber ich bin mir inzwischen sicher, daß ich den richtigen Weg eingeschlagen habe!

Dorothee Lindenkamp, 27 Jahre

Im neuen Stall

Betriebsspiegel:

38 ha Acker
18 ha Grünland
35 Kühe mit weibl. Nachzucht (Schwarz- und Rotbunte, Boxenlaufstall seit April)
38 Bullen
im Rheinland
Dorothee bewirtschaftet den Hof gemeinsam mit ihren Eltern.

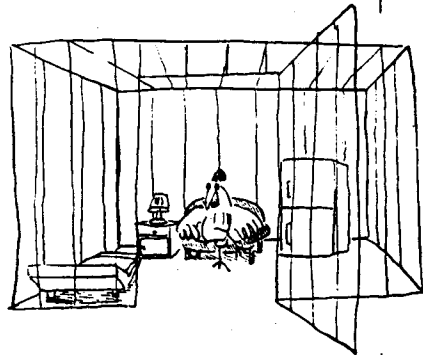
60 % der Agrarfläche kein Bauernland

59,3 % der landwirtschaftlichen Flächen in Deutschland waren 1997 im Eigentum von Nicht-Landwirten, so das Bundeslandwirtschaftsministerium (BML). Zwei Jahre vorher waren es 57,9 %. Gleichzeitig habe die von Landwirten gepachtete Fläche um 4,7 % zugenommen. Insgesamt stehen 10,45 Mio. ha Land in Pacht, wovon lediglich 488.000 ha zwischen Landwirten verpachtet werden. Deutliche Unterschiede gab es dem BML zufolge zwischen Ost und West. Im Westen gehören 44,5 % (1997: 43,1 %) der Agrarfläche Nicht-Landwirten, in den „Neuen“ Bundesländern standen 90,2 % (89,2 %) im Eigentum von natürlichen oder juristischen Personen außerhalb der Landwirtschaft. pm

Englische Königin mit 11 Mio. dabei

Die Summe der Flächenprämien, die das englische Königshaus aus den Brüsseler Kassen erhält, steigt aufgrund der Prämienhöhungen im Rahmen der Agenda 2000 von 9,8 Millionen auf 11 Millionen Mark pro Jahr, meldet dlz. So werde ohne viel Aufhebens eine der reichsten Frauen der Welt noch reicher, schreibt das Blatt. pm

HÜHNERGERECHTE
LEGE BATTERIE



Soli-Beitrag für Schweinekrisen?

Die Europäische Kommission hat den EU-Staaten vorgeschlagen, einen Solidaritätsfonds für den Schweinefleischmarkt einzurichten. Danach sollen die Schweinehalter in „normalen“ Zeiten freiwillig einen Soli-Beitrag in den Fonds einzahlen, der sich nach der Bestandsgröße richtet und in Krisenzeiten wieder ausgezahlt wird. Als weiteres mögliches Instrument zur Milderung von Krisen am Schweinemarkt nennt die Kommission die Einführung von Produktionsbeschränkungen. Die Mehrheit der EU-Agrarminister steht dem Vorhaben der Kommission skeptisch bis ablehnend gegenüber. pm

Statt Neubukow nun Radeburg?

In Radeburg, 20 km nördlich von Dresden, entsteht eine der größten Legehennenanlagen Deutschlands. Die Betreiberin „Hühnerhof Radeburg GmbH“ will dazu die alten, heute weitgehend leer stehenden Broilermast-Anlagen des Kombinars industrielle Mast aus DDR-Zeiten umbauen, um dort in Zukunft 600.400 Legehennen in Käfige zu sperren. Laut Angaben des BUND-Landesverbandes Sachsen steckt hinter der Betreiberin die agrarindustrielle Gruppe „Eifrisch/Frühstücksei/Spreenagener Geflügelbetriebe“, die auch die Investoren der geplanten Legehennen-Anlagen in Neubukow (Meckl.-Vorp.) stellen. In Neubukow ist der örtliche Widerstand gegen die Anlage jedoch so groß, daß das Projekt zu scheitern droht. Anders scheint es in Radeburg zu sein, wo der Stadtrat zustimmt und die betroffenen Anwohner einer 1 km entfernten Neubausiedlung sich mit der Aussage zufrieden zu geben scheinen, daß in den Trockenkot-Anlagen keine Gülle anfallen werde. Doch noch lassen BUND und Tierschützer nicht locker. Info: BUND Sachsen, 0351-8382092

Nord- und Westfleisch fusionieren

Wachsen um zu überleben gilt auch im landwirtschaftlichen Verarbeitungssektor als Universalrezept. So hoffen die beiden genossenschaftlichen Schlacht- und Fleischverarbeitungsunternehmen Nordfleischzentrale (NFZ) in Hamburg und die Westfleisch e G. in Münster durch eine Fusion zu Deutschlands größtem Schlacht- und Verarbeitungskonzern, den roten Zahlen zu entfliehen. In Europa würde das entstehende Unternehmen mit jährlich rund 8,5 Mio geschlachteten Schweinen den zweiten Platz hinter dem erst kürzlich entstandenen Konglomerat aus Danish Crown und Vestjyske Slagterier (15,5 Mio Schweineschlachtungen im Jahr) einnehmen. Zunächst muß jedoch noch das Bundeskartellamt grünes Licht geben. Bereits eine erste Teilfusion im Bereich der Weiterverarbeitung wurde Ende 1998 genehmigt. Was die Fusion für das Mitspracherecht der Bäuerinnen und Bauern in den Genossenschaften bedeutet, bleibt abzuwarten.

KURZES AM RANDE

Schöner Wohnen

Ab 2012 werden Hühnerkäfige luxuriös

Als einen ersten Schritt zur Beendigung der tierquälerischen Käfighaltung“ begrüßt Ulrike Höfken, agrar- und verbraucherpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion „die Beschlüsse der EU-Agrarminister zur Abschaffung der Batteriehaltung zum Jahr 2012.“ Warum Sitzstange, Nest, Scharräumchen und etwas mehr Platz in einem Käfig aus der massenhaften Anhäufung solcher Käfige in Kunstlichthallen etwas anderes als eine Legebatterie machen, muß allerdings nicht nur den Hühnern erklärt werden. Auch der Tierschutzbund formuliert: „Käfig bleibt Käfig, da helfen keine Sitzstangen“ und bezeichnet den Kompromiß der Agrarminister als „ungenügend.“ Diese hatten sich nicht zu einem generellen Verbot der Käfighaltung durchringen können sondern ab dem Jahr 2012 lediglich die Vergrößerung der Mindestfläche pro Huhn von jetzt 450 cm² auf 750 cm² sowie die Ausstattung der Käfige mit Sitzstangen, Nest und Scharrmöglichkeit beschlossen. Bereits ab 2003 müssen den Hennen im Käfig 100 cm² mehr als jetzt zur Verfügung gestellt werden. Angesichts dieser Beschlüsse von dem nahenden Ende der Käfighaltung oder der Abschaffung der Batterie zu reden, scheint auch deshalb zu optimistisch, da in Schweden, wo bereits seit Jahren diese sogenannten „angereicherten“ Käfi-

ge eingesetzt werden, oft genug im Alltagsgeschehen aus Furcht vor verlegten Eiern den Hennen der Zugang zu dem verschließbaren Nest und Scharräumen verwehrt wird.

Die rot-grüne Bundesregierung, anfänglich noch erklärter Gegner der Batteriehaltung, ist genauso vor der zunehmend industrialisierten Geflügelwirtschaft eingeknickt, wie viele andere politisch Verantwortliche. Laut Ernährungsdienst gibt es in der Bundesregierung nun Stimmen, „die froh über die Beibehaltung der Käfighaltung sind, trotz Kritik der Öffentlichkeit.“ Lediglich Österreich hatte bis zum Schluß für das generelle Käfigverbot plädiert und am Ende gegen die Verordnung gestimmt. Der Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG) und der Bauernverband (DBV), obwohl doch eigentliche Gewinner der Beschlüsse, kritisieren die „gravierenden wirtschaftlichen Folgen für die Legehennenhalter.“ In den DBV-Informationen heißt es, daß die für 2003 vorgesehene Erweiterung der Käfigfläche zu einer „Reduzierung der Eierzeugung in Europa um 20 % und entsprechend steigenden Drittlandseinfuhren“ führen wird. So hält man das allgegenwärtigen Gespenst der „Wettbewerbsverzerrung-durch-höhere Standards“ lebendig und die Standards niedrig. cs

Quasi-Gentech-Moratorium

Freisetzung-Neuzulassungen praktisch unmöglich

Bereits auf dem G8-Gipfel rückte die Gentechnik auf die Tagesordnung als sich Frankreichs Staatspräsident Jaques Chirac ablehnend ihr gegenüber äußerte, eine internationale Aufsichtsbehörde einforderte und die Kritik von US-Präsident Bill Clinton auf sich zog. Beim Treffen der EU-UmweltministerInnen ging es um die Überarbeitung der Freisetzungsrichtlinie 90/220. Die deutsche Ratspräsidentschaft hatte einen Entwurf vorgelegt, der Zulassungsverfahren maßgeblich vereinfacht und u. a. dadurch beschleunigt hätte, daß eine zentrale europäische Behörde für die zukünftige Genehmigung von Gentechprodukten hätte zuständig sein sollen. Damit wäre das Mitentscheidungsrecht der einzelnen EU-Mitgliedstaaten umgangen worden. Dieser Entwurf der rot-grünen Bundesregierung stieß allerdings mehreren anderen Mitgliedsländern und EU-Umweltkommissarin Ritt Bjerregaard sauer auf. Deshalb verabschiedeten die MinisterInnen am Ende einen gemeinsamen Standpunkt für eine weit strengere Richtlinie.

So sollen u. a. Zulassungen nur für zehn Jahre gelten, von Sicherheitsforschung begleitet sein und ethische Bedenken berücksichtigt werden. Beschleunigte Verfahren für die Marktzulassung sollen nicht mehr möglich sein.

Frankreich, Griechenland, Italien, Dänemark und Luxemburg unterzeichneten außerdem eine Erklärung dazu, daß sie bis zum in Kraft treten einer, umfassende Vorsorge garantierenden, Verordnung dafür sorgen wollen, daß keine neuen Zulassungen für Anbau und Vermarktung von Gentechorganismen mehr erteilt werden. Österreich, Belgien, Finnland, Holland, Schweden und die Deutschen konnten sich nur dazu durchringen eine Erklärung zu unterzeichnen, in der sie ihrem Wunsch Ausdruck verleihen, vorerst keine weiteren Neuzulassungen auszusprechen. Insgesamt ist trotzdem damit eine Situation geschaffen, die zumindest für die nächsten ein bis zwei Jahren de facto einem Moratorium entspricht. Dies wurde von verschiedenen Umweltschutzorganisationen begrüßt. cs

Bezeichnenderweise findet sich das Bekenntnis der Bundesregierung zum Erhalt und zur nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt im Agrarbericht '99 nicht im Kapitel Agrarmarkt- und Preispolitik sondern im Kapitel Umweltmaßnahmen und Ressourcenschutz. Natürlich hat der Erhalt der biologischen Vielfalt mit Umwelt- und Ressourcenschutz zu tun, aber mindestens ebenso deutlich gilt es den Aspekt herauszustellen, daß eine wirklich zukunftsweisende Erhaltung und nachhaltige Nutzung nur dann funktioniert, wenn sie den Aspekt der Wertschöpfung nicht wie bisher unbeachtet läßt. Nur wenn sich dauerhaft eine In-Wert-Setzung der Vielfalt jenseits administrativer Fördertröpfe etablieren läßt, kann aus der – bisher meist nur (besser bezahlten) WissenschaftlerInnen und (schlechter bezahlten) IdealistInnen vorbehaltenen – Nische tatsächlich etwas werden, was für breitere landwirtschaftliche Kreise von Bedeutung ist. Genau in diesem Ansatz, verknüpft mit einem Wirtschaften in regionalen Kreisläufen, sieht nicht nur die AbL ein echtes Marktpotential. Warum sonst begeistern sich zunehmend Spitzenköche und Spezialitätengeschäfte für Bamberger Hörnchen oder vielfarbigen Mangold? Viel zu lange schlummerte die Vielfalt fast ausschließlich in – angesichts immer leererer öffentlicher Kassen immer schlechter geförderten – konservierenden Einrichtungen wie

Genbanken, die ihre Chancen und damit Chancen für die Vielfalt auch noch oftmals einseitig in der Bio- und Gentechnologie sehen. Auch im BML be-

für Vielfalt. Es sei denn, man bedient sich eines „Kunstgriffs“ und definiert gentechnische Manipulationen als Bestandteil des Erhalts der Vielfalt, wie

Für wen die Saat aufgeht

Der Erhalt biologischer Vielfalt durch nachhaltige Nutzung



finden sich „genetische Ressourcen“ und die Bio- und Gentechnologie in einer Abteilung; ein Blick in die Haushaltsansätze, hätte man ihn, würde sicherlich zeigen, daß für die Gentechnik wesentlich mehr Geld rausgeht, als

im Agrarbericht '98 geschehen. Dort heißt es, daß die Biotechnologie die Nutzungsmöglichkeiten genetischer Ressourcen verbessert und somit einen positiven Beitrag gegen deren Bedrohung darstellt. So teilt sich die

Gruppe der Vielfalt-Fürsprecher in zwei Lager: In das derer, die unter einer nachhaltigen Nutzung eine gentechnikfreie Alternative zu den Strategien der Konzerne und der durchrationalisierten Intensivlandwirtschaft sehen. Sie stehen für die Wiedernutzung alter Sorten/Arten und/oder ihre, regional angepasste, züchterische Weiterentwicklung. Und in das Lager derer, die Vielfalt lediglich mit dem neuen Einsatz von wenigen hochgezüchteten Sorten einer Art z.B. als nachwachsender Rohstoff verbinden. Hierzu gehört auch die Fördergemeinschaft Integrierter Pflanzenbau e. V. (FIP), die im Nationalbericht der Bundesregierung zur biologischen Vielfalt aus dem Jahre 1998 mit ihrem Ziel gewürdigt wird, „durch die Aufnahme neuer Arten wie Energie- und Rohstoffpflanzen in den Anbau, die Vielfalt der Pflanzenarten zu erhöhen.“

Vor diesem Hintergrund darf sich das Handeln der politisch Verantwortlichen nicht wie bisher relativ einseitig auf wohlgesetzte Worte und das Unterzeichnen internationaler Vereinbarungen beschränken. Die PolitikerInnen sind aufgefordert, Ansätzen einer nachhaltigen „Vielfalt durch Wertschöpfung“ durch eine entsprechende Gesetzgebung (Saatgutverkehrsgesetz etc.), Förderpolitik und Lobbyarbeit endlich die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken. fc

Von allen anderen Lebewesen ist die Menschheit durch ihre Kultur unterschieden. Sie ist das Bindeglied zwischen Natur und Technik; genauer ist es die Vielfalt der Kulturen. Die unterschiedlichen Formen der Agri-Kultur, heute nüchterner Landwirtschaft genannt, gehören zu den ältesten und ursprünglichsten kulturellen Errungenschaften. Die Agrikultur ist aber auch diejenige, die am gewaltigsten unter Modernisierungs- und Erfolgsdruck geraten ist. Das Arten-, Sorten- und Rassenspektrum der vom Menschen genutzten Lebewesen wird auf Kosten der Wildarten, zuungunsten der leistungsschwachen, der schwer zu kultivierenden Pflanzen und Tiere eingengt. Verantwortungsvolle Wissenschaftler haben daher begonnen, diese Lebensformen zu sammeln und ex situ (d.h. außerhalb ihrer natürlichen Lebensräume, z. B. in Genbanken) lebend zu erhalten. Diese Erhaltungsmethode hat neben zahlreichen Vorteilen wie einer relativen Sicherheit vor dem endgültigen Verlust, einer exakten und guten Dokumentation, guten Zugänglichkeit, Beschreibung und

Vielfalt in der Landwirtschaft

Unterstützung durch das Informationszentrum für Genetische Ressourcen

Charakterisierung auch mehrere Nachteile: Die Kenntnis von und die Verantwortung für das Tier- und Pflanzenmaterial bleibt wenigen Wissenschaftlern vorbehalten. Je nach Organismengruppe, wirtschaftlicher Bedeutung und Interessenlage der Bearbeiter existieren spezialisierte Institutionen (Haustiere, landwirtschaftliche, gärtnerische und forstliche Kulturpflanzen) oder eben nicht (Fische, Pilze, Zierpflanzen). National wie international gibt es zu wenige verbindliche Vereinbarungen zum Umgang mit Material. Potenziellen Nutzern fehlt die Kenntnis und daher der direkte Zugang. In der Bevölkerung verblaßt zunächst die Erinnerung an die einstige Vielfalt, später geraten die erhaltenden Institutionen in Rechtfertigungszwänge und Finanzprobleme. Zahlreiche engagierte Privatpersonen

haben diese Mängel erkannt und sich zu Vereinigungen, Verbänden etc. zusammengeschlossen. Diese Nicht-Regierungs-Organisationen (NRO's) stehen inzwischen vor sehr ähnlichen Problemen wie die staatlichen RO's. Immerhin betreiben sie oft eine offensivere Öffentlichkeitsarbeit als staatliche Stellen.

Auf breite Schultern

Es ist jetzt an der Zeit, die Verantwortung für die Vielfalt der Kulturpflanzen und Haustiere wie auch die Erhaltungsarbeit wieder auf breitere Schultern zurück zu verlagern. Forderungen zur Erhaltung in situ und on farm, d. h. in der „freien Natur“ und in Feld und Garten werden seit etlichen Jahren erhoben. Doch noch weiß niemand genau, wie das eigentlich funktionieren soll und wie die diversen Erhaltungsinitiativen und -methoden untereinan-

der vernetzt und koordiniert werden können. Was fehlt, ist eine ständig aktuell gehaltene Übersicht und Dokumentation aller Aktivitäten sowie die Bereitstellung der Informationen. Von Bedeutung ist auch die Politikberatung, denn ohne spezielles Fachwissen können zwar leicht Entscheidungen getroffen werden – nur einem beabsichtigten nachhaltigen und sparsamen Wirtschaften kommt dies nicht sehr entgegen.

Diese Defizite wurden vom BML erkannt. Im Jahre 1991 wurde daher in der Zentralstelle für Agrardokumentation und -information (ZADI), einer dem BML nachgeordneten Einrichtung ein Informationszentrum für Genetische Ressourcen (IGR) geschaffen, das sich dieser Aufgaben annimmt. Seither ist eine Vielzahl nationaler Aktivitäten koordiniert und vernetzt worden. Weiterhin werden internationale Maßnahmen wie das European Cooperative Programme on Plant Genetic Resources (ECP/GR) mit Vor- und Nachbereitungen der nationalen Sitzungen unterstützt. Das IGR gibt eine eigene Schriftenreihe,

Die lebenswichtigen Güter und Leistungen unseres Planeten hängen von der Vielfalt und Variabilität von Genen, Arten, Populationen und Ökosystemen ab. Soll die Menschheit eine Zukunft auf Erden haben, dann muß die biologische Vielfalt bewahrt werden, damit diese Funktionen und Leistungen fortauern können.“

(Aus der Deklaration der FAO-Konferenz zur Biologischen Vielfalt in Leipzig, 1996)

Es ist eine weltweit anerkannte Tatsache, daß die Intensivierung der Landwirtschaft die biologische Vielfalt verdrängt. Das passiert hier genauso wie in der sogenannten Dritten Welt.

Der Wirkungsmechanismus ist ganz einfach:

Die Not leidende Landwirtschaft (Hunger/Betriebswirtschaft) entscheidet sich für Sorten, die den meisten Ertrag abliefern, mit der Hoffnung diese Not zu lindern, bzw. das betriebswirtschaftliche Ergebnis zu verbessern. Das sind logischerweise einige wenige hochgezüchtete Sorten, die einfach zu beschaffen sind. Diese Entwicklung vollzog sich Anfang bis Mitte dieses Jahrhunderts in Deutschland in grundsätzlich gleicher Art wie in der Dritten Welt jetzt. Mit der FAO-Konferenz 1996 in Leipzig wurde ein „globaler Aktionsplan“ verabschiedet, mit dem sich die unterzeichnenden Länder zur Förderung der Biologischen Vielfalt verpflichten. Also auch Deutschland, das Thema ist aktuell und betrifft in gleicher Weise auch unsere moderne Landwirtschaft.

An praktischen Ansätzen zur Förderung der Kulturpflanzenvielfalt fehlt es eigentlich nicht. Gerade im Gemüsebereich aber auch bei Getreide gibt es einige sehr interessante Initiativen, die sich sowohl mit alten Kulturarten und -sorten befassen, wie auch mit

„neuer“ genetischer Vielfalt (Ökologische Pflanzenzüchtung).

Alte Kulturpflanzen bekommen in letzter Zeit auch mehr verdientes Interesse der Öffentlichkeit. Im Zeitalter genetisch manipulierter Nutzpflanzen oder transgener Verschmutzung wird verstärkt nach Nahrungsmitteln ge-

gehört, das ist all jenen klar, die nicht unmittelbar an den Geldhähnen sitzen. Diese jedoch müssen Sparkurse fahren, Löcher stopfen oder verharren bedauernd in Haushaltssperren. Von der EU sind Gelder bereitgestellt, der Bund gibt grünes Licht, es hängt an den Länderbehörden arbeitsfähige

Gesetze, Werte und eine Gesellschaft, vergleicht man das mit evolutionären Prozessen.

Beim schwarzen Emmer, zum Beispiel, einer alten Weizenart mit schwarzen Spelzen, entsteht die Färbung durch die Anwesenheit von Anthocyan – einem blauen Blütenfarbstoff – in einer hohen Konzentration. Das Anthocyan ist ein Schutzfaktor der Pflanze gegen starke UV-Strahlung. Die erhöhte Anthocyankonzentration kommt in Äquatornähe oder in Berglagen bei wildem Getreide natürlicherweise vor, da dort erhöhte UV-Strahlung herrscht. Keine unserer modernen Getreidezuchtsorten ist schwarzspelzig.

Kann dieser Sachverhalt interessant werden im Angesicht eines wachsenden Ozonlochs?

Biologische Vielfalt zu Erhalten ist eine Art „Generationenvertrag.“ Wir bewahren und Erhalten Lösungsmöglichkeiten für die Probleme unserer Kindeskinde, von denen wir *heute noch nichts wissen*. Das haben unsere Vorfahren mit uns auch so gemacht. Gut, vielleicht nicht als bewußte Handlung. Es war einfach Bestandteil ihres Systems. Keine unserer Zuchtsorten würde existieren, könnten wir nicht zurückgreifen auf das genetische Erbe unserer Vorfahren. Soll diese Kette der Vererbung von Möglichkeiten unterbrochen werden, weil wir uns nur um unsere Probleme jetzt kümmern und versuchen den eigenen Betrieb bzw. den Standort Deutschland zu retten?

Nach uns die Sintflut?

Sich mit alten Kulturpflanzen zu beschäftigen heißt, erst mal mit Gegenwind zu arbeiten. Anhaltend gegen den Wind zu rudern können nur welche, die Kraft über haben, oder die speziell dafür bezahlt werden.

Soll die Bewahrung der Biologischen Vielfalt Alltagsgeschehen werden, müssen diese Kulturpflanzen in den allgemeinen Wertschöpfungsprozess eingebunden werden. „Erhaltung durch Nutzung“ heißt die Zauberformel. Dafür braucht es aber Rückenwind: Für die mutigen Bauern, die sich auf unbekannte Pflanzen und geringere Erträge einlassen und für die Initiativen, die die Vorarbeiten dazu leisten. Der Rückenwind muß sowohl von agrarpolitischer wie von gesellschaftlicher Seite kommen – und darf sich nicht wie bisher in blumigen Absichtserklärungen erschöpfen.

Sonst bleibt die Biologische Vielfalt ein süßer Traum – mit bitterem Nachgeschmack.

Dipl. Ing. Agr. Peter Jantsch,
Projekt Emmer, Am Dorfteich 2,
24329 Dannau

Biodiversität – Ein süßer Traum?

Kann die biologische Vielfalt in der landwirtschaftlichen Praxis erhöht werden? – Ein Kommentar von Peter Jantsch



Peter Jantsch und der schwarze Emmer

sucht, die frei von moderner und technologischer genetischer Manipulation sind.

Auch auf agrarpolitischer Ebene gehört die Bewahrung des genetischen Erbes zum guten Ton. Es könnte also so aussehen, daß besagte Initiativen von überall her Rückenwind bekommen. Aber warum kommen diese kleinen Ansätze nicht über den schweren Anfang hinaus?

Daß zu Forderungen auch Förderung

Länderprogramme aufzulegen. Diese müssen aber von ihnen kofinanziert werden. Das Nadelöhr sind also die Länderbehörden und die melden, das auf Grund fehlenden Bedarfs für die Umsetzung der EU-Richtlinie keine Notwendigkeit bestünde. Außerdem, Sie kennen ja die aktuelle Haushaltslage und wissen von der Ausgaben-sperre, wir würden ja gerne, aber leider...

Ist also die Forderung nach Erhalt der biologischen Vielfalt ein Säbelrasseln ohne Möglichkeiten der Durchsetzung? Ein Luxus-Hobby für den Fall, daß Fördermittel übrig sind?

Oder ist der Erhalt einer genetischen Vielfalt eine entsprechende Notwendigkeit, wie unseren Nachkommen sauberes Trinkwasser in ausreichender Menge zu hinterlassen?

Die nicht mehr vorhandenen Kulturpflanzenarten oder -sorten sind deshalb nicht mehr da, weil sie nicht in unser derzeit etabliertes landwirtschaftliches (Produktions-) und gesellschaftliches (Ernährungs-) System passen.

Es ist nicht das Problem, daß diese Pflanzen *keinen Wert haben*, sondern, daß ihren Eigenschaften auf Grund der *derzeitigen* Wertmaßstäbe kein Wert zugesprochen wird!

Das könnte aber ganz schnell anders werden. Nichts ist so schnelllebig wie

ken), oder helfen Projektpartnern bei der Erarbeitung von Internet-Angeboten.

Trotz dieser Anstrengungen ist es bisher nicht gelungen, in den einzelnen Bundesländern Inventare von einheimischen, regionaltypischen und historisch bedeutenden Pflanzenarten und -sorten zu erstellen, deren Erhaltung vorrangig auf Bauernhöfen oder in Gärten erfolgen sollte. Erfahrungen liegen hier nur von gefährdeten Haustierrassen vor, für deren Erhaltung und Nutzung die öffentliche Hand zudem auch Beihilfen gewährt. Hinweise auf solche o.g. Pflanzen werden vom IGR gern entgegengenommen.

Thomas Gladis, ZADI/IGR

Infos: IGR in der ZADI, Villichgasse 17,
53177 Bonn, ☎ 0228/9548-210

Fortsetzung von Seite 11

die „Schriften zu genetischen Ressourcen“ heraus, regelmäßig erscheint mit den „IGR-Schlagzeilen“ auch ein Newsletter. Einen guten Überblick über die zahlreichen Informationsquellen bieten die Internet-gestützten Informationssysteme des Internationalen Übereinkommens über die Biologische Vielfalt (Clearing House Mechanism) und speziell für die genetischen Ressourcen (GENRES). Sie verweisen u.a. auch auf das „Bundesinformationssystem Genetische Ressourcen“ (BIG), das seit etwa einem Jahr bearbeitet wird. Andere, ältere Projekte wie EVA unterstützen die Pflanzenzüchtung (Evaluierungsdatenban-

Ganz im Geiste der Weltumweltkonferenz in Rio 1992, welche der Erhaltung der Artenvielfalt und ein zukunftsorientiertes Wirtschaften den Kommunen als Konzept empfahl, hat sich die Gemeinde Eichstetten zu einem Projekt entschlossen, das mittelfristig die Vermehrung und Zucht von eigenem Saatgut und die anschließende Vermarktung der landwirtschaftlichen Produkten aus der Region fördern wird. Entscheidend ist dabei, daß die Herstellung auf gentechnikfreien, umweltgerechten und sozialverträglichen Anbauweisen beruhen soll und alle interessierten landwirtschaftlichen Betriebe berücksichtigt werden.

Eichstetten im Kaiserstuhl ist eine Gemeinde von rund 300 Einwohnern. Mit 60 Vollerwerbsbetrieben und einer großen Zahl von Neben- und Zuerwerbsbetrieben ist es noch weitgehend landwirtschaftlich geprägt, auch wenn einige bedeutende Gewerbebetriebe zur stabilen Haushaltslage des Dorfes beitragen. Als Lieferant für den Freiburger Wochenmarkt sowie weitere Groß- und Regionalmärkte ist der Gemüsebau besonders stark entwickelt, daneben sind Wein- und Obstbau traditionell von großer Bedeutung.

Als sich der seit 1990 hier existierende „Arbeitskreis zur Agrarkultur in Gegenwart und Zukunft“ im Mai 1998 in der Eichstetter Gärtnerei Hiss zu der bundesweiten Tagung „Kultur im Gewächshaus“ traf, wurden Biodiversität, Sortenerhalt, Kulturpflanzenzüchtung, Regionalcharakter der Kulturpflanzen; Vermehrung und aktuelle Entwicklungen auf dem Weltsaatgutmarkt ausführlich diskutiert. Teilnehmende Bauern, Gärtner, Winzer und Imker sowie Gemeinderäte und der Bürgermeister kamen im Verlaufe der Tagung zu dem Entschluß, daß Eichstetten in dieser Frage aktiv werden müsse und trugen das Anlie-

gen in ihre Vereinigungen, und Verbände sowie den Gemeinderat hinein. Die Projektidee wurde durch folgende Überlegungen getragen: Auf der Gemarkung Eichstetten sollte eine Einrichtung entstehen, die der Erhaltung von Kulturpflanzensorten, der Zucht regionaler Sorten und der theoretisch-wissenschaftlichen Erarbeitung der Pflanzenzüchtungsmethoden dient.

In einem Pflanzenzüchtungsgarten sollen noch existierende samenfeste Sorten kleinräumig angebaut werden, während sich eigenständige Vermehrungs- und Züchtungsprojekte auf den Höfen entwickeln.

Die Fähigkeiten und Fertigkeiten zu dieser Züchtungsarbeit sollen die Interessierten in Kursen einer zur Ge-

wirtschaftend, stark beteiligen. Daneben finden sich hier interessierte Vertreter des Gemeinderates, der Bürgermeister, führende Mitglieder des Landfrauenverbandes, des Heimat- und Geschichtsvereins, des Winzerchores und anderer örtlicher Vereine. Die Initiative dient Zielen, die der Eichstetter Bevölkerung mittelfristig zu Gute kommen werden: Saatguterhaltung, -vermehrung und -erzeugung, neue einkommenschaffende Maßnahmen in Landwirtschaft, Tourismus, Gastronomie und Verarbeitung sowie dem Erhalt der lokalen genetischen Vielfalt.

Zur Information und zur Entwicklung und Festlegung des Projektrahmens in bezug auf die Erhaltungs- und Züch-

So negativ das nahe Buggingen im Markgräflerland durch seine Freisetzungsvorhaben von genmanipulierten Mais in die Schlagzeilen geriet, so positiv wollen wir für Sortenvielfalt stehen. Deswegen wird intensiv Öffentlichkeitsarbeit geleistet.

Da die Initiative bis April auf die Unterstützung für die Machbarkeitsstudie durch das Land wartete – die mittlerweile leider abgelehnt wurde – konnten die nächsten Schritte nur kurzfristig geplant werden.

Infos sammeln

Nach dem Besuch der Initiative in der Eichstetter Gärtnerei Hiss, die u.a. für die Bingenheimer Saatgutwerkstätten bereits 15 Sorten vermehrt und Auslesezüchtung betreibt, stehen nun bis zum Herbst Besuche von Delegierten der Initiative bei Saatgut- und -vermehrungsorganisationen an. Für die Fortbildung interessierter Bürger sind Referenten zu Vortragsveranstaltungen

nach Eichstetten eingeladen.

Im Obst- und Weinbau werden sich die Anstrengungen auf den Erhaltungszüchtungsgarten und einen Kulturpflanzenlehrpfad in der Gemarkung konzentrieren.

Wir betrachten dieses Projekt als einen wichtigen Schritt zur

Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt aber auch zur Stärkung von regionalen Strukturen und zur Sicherung der bäuerlichen Landwirtschaft. Es arbeitet dem Trend entgegen, daß einzelne Gemeinden im Rahmen der Europäischen Vereinigung und der Globalisierung ihre Bedeutung und Einflußmöglichkeiten verlieren. Internationaler Nivellierung versuchen wir mit dem Selbstbewußtsein und dem Erfahrungswissen aus der Region zu begegnen.

Wolfgang Hess

Infos: Koordinationsbüro Saatgutinitiative, ☎ 07663-942000, Fax 07663-942002, E-mail: gemeinde@eichstetten.de und zukünftig: <http://www.eichstetten.de>

Die Saat bleibt im Dorf

Auf dem Weg zu einer alternativen Regionalentwicklung



Blühender Kohlrabi in der Gärtnerei Hiss

samtstruktur der Initiative gehörenden ländlichen Akademie erhalten.

Breites Bündnis

Schon bald stimmte der Gemeinderat zu, in dieser Sache aktiv zu werden. Man diskutierte mit dem Land eine gemeinsame Finanzierung einer Machbarkeitsstudie und beantragte Mittel, um das mittlerweile bewilligte finanzielle Engagement der Gemeinde mit einem 50%-Kofinanzierungsantrag des Landes aufzustocken.

Es bildete sich die „Eichstetter Saatgutinitiative“ in der sich die Bauern, Gärtner und Winzer, gleich ob konventionell, integriert oder biologisch

ungsanstrengungen wurde der Kontakt zu regionalen, nationalen und internationalen Züchtungsinitiativen, Organisationen, Behörden und Universitäten aufgenommen. Neben einer fachlichen Begleitung, sind wir an dem Zugang zu den pflanzengenetischen Ressourcen der Genbanken interessiert. Wir gehen davon aus, unter den evaluierten Sorten im Bereich des Obst-, Gemüse- und Weinbaus einige lokale und regionale Sorten des Oberrheingebietes zu finden. Darüber hinaus gilt unser Interesse der Erhaltung von seltenen und ökonomisch interessanten überregionalen Sorten in Eichstetten.

Das „Projekt Emmer“ hat sich zur Aufgabe gemacht, diese alte Weizenart wieder in den Anbau zurückzubringen.
Am Sonntag dem 11.7. um 14.00 Uhr
gibt es die Möglichkeit bei einer geführten Besichtigung Zuchtgarten und Vermehrungsflächen anzuschauen, sich mit biologischer Vielfalt, der Erhaltung alter Getreidearten in der landwirtschaftlichen Praxis und den Grundzügen einer ökologischen Pflanzenzüchtung auseinander-

zusetzen.

Treffpunkt: Hof Berg in 24329 Dannau, bitte pünktlich!
Peter Jantsch, ☎ 04383/1542

Die Veranstaltung wird unterstützt vom NABU-Projekt Kulturpflanzenvielfalt in dessen Rahmen noch bis September vielfältigste Aktionen zum Thema biologische Vielfalt stattfinden. Hierzu Infos beim: **Projektbüro Kulturpflanzenvielfalt, Cornelia Wiethaler, ☎ 07551/91200**

Die **Eichstetter Saatgutinitiative** stellt sich auch auf der gemeinsamen Tagung von ZADI/IGR, dem Umweltzentrum Unna und der Abl vor.

Unter dem Titel

Erhaltung und Nutzung regionaler landwirtschaftlicher Vielfalt – von der Verpflichtung zur Umsetzung

werden in der **Ökologiestation Bergkamen-Heil vom 8. bis 10. Oktober**

ExpertInnen aus Politik, Wissenschaft und Praxis darüber diskutieren, warum es so schwierig ist, Vielfalt breit in Landwirtschaft und Gartenbau zu verankern und was nötig wäre, um das zu ändern.

Infos: Abl, ☎ 05242/48476 oder ZADI/IGR Adresse siehe Seite 11

Erfolgreiche Bioszene mit geringem Ideologiegehalt

Ökologischer Landbau in Schweden

Kontakt

Die KRAV-Landwirte von Falköping haben ihre „Drohung“ wahrgemacht und Schleswig-Holstein besucht. Sie haben sich mit mir verschiedene landwirtschaftliche Betriebe angesehen und eine Einladung ausgesprochen, doch auch mal wieder nach Schweden zu kommen.

Sollte aus dem Leserkreis der „Bauernstimme“ eine Gruppe interessierter Leute für einen Kurzbesuch in Falköping (Fähre Kiel-Göteborg) zusammenkommen, bin ich gerne bereit, diesen zu organisieren.
Matthias Stührwoltd, Tel/
Fax 04326/679



Schweden

Landfläche: 410.000 km²
davon Forst: 223.000 km²
(49,5 %)
Acker: 30.000 km²
(6,7 %)
Dauerweide: 5.500 km²
(1,2 %)
8,8 Mio. Einwohner (85 %
davon im südlichen Teil)
Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe: ca. 88.000
(1997). Der schwedische Durchschnittsbauer hat 36 ha Landfläche, 30 Milchkühe und 50 bis 250 ha Wald.

Seit der schwedische Reichstag Anfang der neunziger Jahre den Beschluß faßte, bis zum Jahre 2000 10 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf ökologischen Landbau umzustellen, hat der Ökolandbau in Schweden einen wahren Boom erlebt. So wurden 1998 bereits 9 % der Landfläche ökologisch bewirtschaftet, und niemand zweifelt daran, daß das gesteckte Ziel erreicht wird. Doch nicht allein die gewiß wichtige finanzielle Förderung hat Anteil an diesem Erfolg – z. Z. erhalten Schwedens Ökobauern für Ackerland im größten Teil des Landes 900 KR/ha und Jahr, in den besonders ertragreichen Ackerbauregionen 1600 KR/ha und Jahr (200 bzw. 360 DM), für extensiv beweidetes Dauergrünland 600 KR/ha und Jahr (ca. 130 DM) sowie kostenfreie Beratung und Fortbildung – vielmehr zeichnet sich die Arbeit der Landwirte, Verarbeitungs- und Vermarktungsorganisationen durch Professionalität und Engage-

ment aus. Selbst unter Landwirten ist der Ökolandbau, nicht zuletzt aufgrund der ökonomischen Erfolge der Ökobauern heißbegehrt. Noch vor wenigen Jahren wurden sie belächelt oder angefeindet; heute können sich laut Umfrage einer landwirtschaftlichen Zeitschrift 43 % der Bauern vorstellen, KRAV-kontrollierten Ökolandbau zu betreiben.

KRAV – Zeichen des Erfolges

Überhaupt KRAV (zu deutsch „Anspruch“)

– an dieser privaten Organisation und an diesem Label kommt niemand vorbei, der sich mit Ökolandbau in Schweden beschäftigt, obwohl z. Z. nur knapp 30 % der ökologischen Betriebe Schwedens von KRAV kontrolliert werden. Weitere 2 % werden von Demeter betreut; bei den restlichen 68 % der Betriebe handelt es sich meist um kleinere Höfe in den nördlichen Regionen, für die die Umstellung auf Ökolandbau nur eine geringe Veränderung gegenüber der traditionellen Wirtschaftsweise bedeutet. Diese Betriebe stellen häufig nur Futter für andere Höfe zur Verfügung, oder ihre Produkte wandern in den konventionellen Markt, so daß für sie die Verwendung eines Markenzeichens nur wenig Sinn macht. Sie werden durch die schwedischen Regie-

rungsbezirke kontrolliert.

KRAV wiederum wurde 1985 gegründet, initiiert von Landwirten, die sich für einen ökologischen Landbau abseits von Demeter, der bis dahin einzigen staatlich zugelassenen Kontrollorganisation, entschieden hatten.

Heute ist KRAV eine große Kontrollvereinigung; es gibt 23 Mitgliederverbände aus den Bereichen Landwirtschaft, Verarbeitung, Handel sowie Verbraucher, Umwelt- und Tierschutz. 1998 kontrollierte KRAV 2850 landwirtschaftliche Betriebe; die an IFOAM-Rahmenrichtlinien orientierten Regeln für Anbau und Verarbeitung werden alle zwei Jahre aktualisiert. Darüberhinaus hat KRAV Öko-Standards erarbeitet für Restaurants, Läden, Textilien und Fischzucht und ist im Import ausländischer Ökoprodukte tätig. Bedingt durch die effektive Öffentlichkeitsarbeit (Internetseite, Konsumentenrundbrief und sogar Schulvorträge) und den hohen Wiedererkennungswert des KRAV-Labels wird ökologischer Landbau in Schweden vom Verbraucher mit dem Namen KRAV identifiziert. Über 70 % der Schweden kennen dieses Zeichen und wissen, wofür es steht. Selbst die Demeter-Bauern verwenden neben ihrem eigenen Zeichen auch meist das KRAV-Emblem, da nur dieses dem Verbraucher in ganz Schweden geläufig ist.

Die Kontrolle ist anders organisiert als in Deutschland. Die Landwirte selbst sind nicht Mitglied bei KRAV (oder Demeter) und haben auch keinen längerfristigen Vertrag. Sie erteilen lediglich den Auftrag, sich kontrollieren zu lassen. Erst nach Bezahlung der Gebühren wird die Kontrolle durchgeführt; wer nicht bezahlt, wird nicht kontrolliert und verliert das Recht, das Label zu benutzen.

Die Vermarktung

Die Vermarktung ökologischer Lebensmittel erfolgt in Schweden fast ausschließlich über die Supermarktketten. Zwar gibt es in den Städten auch sogenannte Hälsokost-Läden – vergleichbar mit hiesigen Reformhäusern – und man findet auch Hofläden. Wegen der relativen Marktferne der meisten Bauern und der schlagkräftigen Distribution der Supermarktketten war der Weg in die Supermärkte schon früh vorgezeichnet. Gerade der Lebensmittelhandel hat sich dafür eingesetzt, ein einziges Öko-Kontrollzeichen auf dem schwedischen Markt zu etablieren. So gehören die Handelsketten Konsum und ICA auch zu den KRAV-Mitgliedsverbänden; sie vermarkten nur Ökoprodukte, die mit dem KRAV-Label gekennzeichnet sind.

Zu dem Erfolg des Handels mit Ökoprodukten trägt sicherlich bei, daß der Mehrpreis der Ökoware gegenüber der Konventionellen nicht so groß ist; außerdem werden die Ökoprodukte häufig in eine Gesamt-Mischkalkulation mit einbezogen, die ihren Preis relativ herabsetzt. Das Beispiel Milch mag das verdeutlichen: So bietet die Kette Hemköp das gesamte Trinkmilchsoriment, egal wieviel Fett und ob konventionell oder ökologisch, zu einem einheitlichen Preis an. Im Einkaufspreis ist für Hemköp hierbei konventionelle Lättmjölk (0,5 % Fett) am billigsten, ökologische Standardmjölk (3 %) am teuersten. Die relativ große Gewinnspanne bei der Lättmjölk gleicht die relativen „Verluste“ der Ökomilch wieder aus. Auf diese Weise hat Hemköp im letzten Jahr 10 % des Milchabsatzes mit Ökomilch bestritten; denn der Verbraucher greift gern zum Ökoprodukt, wenn es nicht mehr kostet.

Überhaupt sind ökologische Milch und ihre Produkte in Schweden stark am Markt vertreten. Die größte Meierei des Landes – Ärla – erfaßt die Milch von 280 ökologischen Betrieben; in diesem Frühjahr kommen 150 dazu. Für Milchviehbetriebe gibt es kein Problem, eine erfassende Meierei zu finden; im Gegenteil – im Moment suchen die Molkereien noch umstellungswillige Landwirte, um den wachsenden Ökomilch-Markt zu bedienen. Im Moment liegt der Erzeugerpreis pro kg Milch bei 2,95 Kr (0,65 DM); die Meiereien zahlen einen Öko-Aufschlag von 50 Öre (0,11 DM). Auf die Strategie der Milchvermarktung angesprochen, Ökomilch zum gleichen oder nur unwesentlich höheren Preis anzubieten, meinten die Milchbauern, das sei in Ordnung, solange sie ihren Preisaufschlag bekämen und der Absatz auf diese Weise auszuweiten sei.

Überhaupt sind ökologische Milch und ihre Produkte in Schweden stark am Markt vertreten. Die größte Meierei des Landes – Ärla – erfaßt die Milch von 280 ökologischen Betrieben; in diesem Frühjahr kommen 150 dazu. Für Milchviehbetriebe gibt es kein Problem, eine erfassende Meierei zu finden; im Gegenteil – im Moment suchen die Molkereien noch umstellungswillige Landwirte, um den wachsenden Ökomilch-Markt zu bedienen. Im Moment liegt der Erzeugerpreis pro kg Milch bei 2,95 Kr (0,65 DM); die Meiereien zahlen einen Öko-Aufschlag von 50 Öre (0,11 DM).

Auf die Strategie der Milchvermarktung angesprochen, Ökomilch zum gleichen oder nur unwesentlich höheren Preis anzubieten, meinten die Milchbauern, das sei in Ordnung, solange sie ihren Preisaufschlag bekämen und der Absatz auf diese Weise auszuweiten sei.

Die Region Falköping

Falköping ist eine moderne Industriestadt am Rande der fruchtbaren Ebene von Skaraborg, etwa eine Autostunde nordöstlich von Göteborg, südlich des großen Vänersees gelegen. Die Landschaft ist relativ waldarm; gelegentlich wird die Ebene durch plateaubergartige Erhebungen durchbrochen. Die Bauernhöfe liegen alle in Alleinlage, inmitten ihrer Ländereien, welche sich in große, ebene Ackerflächen und kleinere, steinreiche und z. T. moorige Dauergrünlandflächen gliedern. In Falköping gibt es eine Meierei, die Milch von 250 Landwirten erfaßt. Fünf dieser Landwirte liefern KRAV-Milch, die hauptsächlich zu Half fettmilch, aber auch zu Milchpulver zur Speiseeisherstellung verarbeitet wird. Die überschüssige Fettmenge wird an Ärla verkauft, die da-



Landbauschule Skillebyholm

raus KRAV-Butter herstellt. Diese fünf KRAV-Bauern – auf jeder Milchpackung mit Namen und Anschrift vermerkt – präsentieren sich auf ihrem monatlichen Treffen bei Gun-Britt und Leif Filipsson in Slutarp gelöst und gut gelaunt. Man klönt und lacht viel. Bald sind Pläne gemacht, mich in Deutschland zu besuchen. Irgendwann sagt einer zu mir: „Verkauf Deinen Hof und komm' nach Schweden!“ Auf meine Frage: „Warum?“ antwortet er: „Guck Dir doch alle die glücklichen Leute an!“ Gun-Britt und Leif machen wirklich einen glücklichen Eindruck. Sie bewirtschaften einen 106 ha großen Milchvieh- und Futterbaubetrieb mit Bullenmast, Pferdehaltung, Hühnern und Ferien auf dem Bauernhof. Die Kühe stehen – wie meist in Schweden – im Anbindestall; die Fütterung ist über eine Laufkatze, die die üblichen Silagerundballen verteilt, automatisiert. Stolz zeigen die beiden ihre Milchkontrollergebnisse – 8400 kg Milch pro Kuh und Jahr – das liegt über dem Durchschnitt aller kontrollierten Betriebe.

Ein weiteres Standbein des Betriebes ist der Fremdenverkehr. Das alte, 1840 gebaute Bauernhaus ist winterfest renoviert und mit einem großen Seminarraum ausgestattet; der ehemalige Schweinestall wurde von Leif und Gun-Britt liebevoll rustikal zur Ferienwohnung umgebaut. Im Faltblättchen des Betriebes heißt es, es handle sich um einen „Demonstrationshof für ökologischen Anbau“. Und wenn Gun-Britt mit leuchtenden Augen von den Kindergartengruppen und Schulklassen erzählt, die hier schon zu Besuch waren, dann kann man ahnen, welche Freude es ihr macht, interessierte Menschen über ihren Hof zu führen.

Die Region Järna

In Järna, ca. 40 km südlich von Stockholm am Rande der Ostsee gelegen,

befindet sich – O-Ton eines dortigen Waldorflehrers – „der größte Anthrosumpf Skandinaviens“. Hier liegt der Ursprung des ökologischen Landbaus in Schweden; bereits in den 40er Jahren stellte hier der erste Betrieb auf biologisch-dynamischen Anbau um. Heute gibt es hier so viele anthroposophische Einrichtungen, daß sie in der Kommune Södertälje nach dem LKW-Hersteller Scania und dem Pharmaunternehmen Astra zusammengekommen den drittgrößten Arbeitgeber stellen – rund 1000 Leute sind hier beschäftigt. Außerdem gibt es hier dem Vernehmen nach „mehr Stiftungen als Einwohner“.

Für die hier ansässigen bio-dynamischen Landwirte – meist Pächter der in Stiftungen überführten Höfe – bedeutet das, daß ein Schwerpunkt auf der regionalen bzw. auch direkten Vermarktung liegt. So gibt es hier Betriebe mit hofeigener Verarbeitung, aber es

gibt auch ein anthroposophisches Mühlenunternehmen mit Bäckerei („Saltå Kvarn“) und einen Großmarkt für biologisch-dynamische und andere Produkte.

Ein respektabler Teil der hier erzeugten biologisch-dynamischen Lebensmittel kann vor Ort an die Kantinen der anthroposophischen Einrichtungen – drei Waldorfschulen, Waldorflehrer-Seminar, Klinik sowie diverse soziale Einrichtungen wie Kindergärten und Behindertenheime – vermarktet werden; über die gemeinsame Initiative „Järnakött“ (Järna-Fleisch) werden auch magere und alte Kühe getrennt erfaßt und für die Großküchen zu Hackfleisch verarbeitet.

Im landwirtschaftlichen Bereich findet sich das biologisch-dynamische Forschungsinstitut Skilleby, die Landbauschule Skillebyholm sowie ab Sommer 1999 auf Nibble Gård das erste biologisch-dynamische Naturbruksgymnasiet Schwedens – eine Ausbildungsstätte für Gartenbau und Landwirtschaft, welche der Oberstufe eines Gymnasiums (10. – 12. Klasse) entspricht.

Überhaupt zeichnen sich die landwirtschaftlichen Betriebe Järnas durch großes pädagogisches Engagement aus. So befindet sich auf dem Hof Skäve ein Waldorfindergarten, zu dessen beinahe täglichen Angeboten der Spaziergang zum Kuhstall gehört.

In der biologisch-dynamische Landbauschule Skillebyholm endet die zweijährige Ausbildung mit dem Abschluß „Anbaupädagoge“. Ein Schwerpunkt dieser Ausbildung besteht darin, die Absolventen zu befähigen, sozialpädagogische Projekte mit

landwirtschaftlicher Arbeit zu verbinden. Ein sehr interessanter und, wie Dozent und Betriebsleiter Peter Müller betont, sehr notwendiger Ansatz, da gerade in Järna in jüngster Zeit landwirtschaftliche Behindertenprojekte geschlossen wurden, da es Konflikte zwischen produktiven und pädagogischen Ansprüchen gegeben habe.

Ausblick

Der Enthusiasmus der schwedischen Ökolandwirte wirkte ausgesprochen ansteckend. Bleibt nur zu hoffen, daß bei wachsenden Betriebszahlen und steigendem Ökoangebot kein Preis einbruch bevorsteht.

Was mir in Schweden sehr angenehm aufgefallen ist, ist der geringe Ideologiegelalt der Ökoszene. Es gibt überall Weißmehltoastbrot aus ökologischem Anbau, und es gibt niemanden, der sich darüber aufregt. Man präsentiert seine Produkte so, wie sie gekauft werden – ohne einen geistigen Inhalt mit loswerden zu wollen. Ich glaube, diese Vorgehensweise erklärt den großen Erfolg der schwedischen Ökobranche. Sie will nicht bekehren.

Dennoch finde ich, die schwedischen Ökolandwirte könnten sich offensiver präsentieren. Es gibt keine Hofschilder, die auf ökologische Landwirtschaft hinweisen; man macht einfach nicht soviel Aufhebens davon. Und trotzdem, allen, die ich in Schweden getroffen habe, war die Begeisterung für ihre Arbeit anzumerken. Als ich Falköpings KRAV-Bauern fragte, ob sie wieder umstellen würden, tönte es laut im Chor: „Oh, yes!“

Matthias Stührwooldt

Almvik – Kuriosität am Rande

Ganz in der Nähe Järnas, nur einige Kilometer weiter nördlich, findet sich ein Kuriosum des ökologischen Landbaus, die Landkommune der Hare Krishna auf dem Hof Almvik, früher Versuchsbetrieb einer großen schwedischen Futtermittelfirma. In traumhaft idyllischer Lage – am Ende eines Waldwegs, direkt an einem See – haben hier zur Zeit etwa 35 Menschen ihr Zuhause, die z. T. in einfachen, aber winterfesten selbstgebauten Hütten aus Holz, Lehm, Stroh und Kuhmist wohnen. Der frühere, sehr moderne Kuhstall ist das größte Gebäude des Hofes und wurde deshalb zum Tempel umfunktioniert, mit Parkettfußboden, einer Kuppel und einem erhebenden Blick auf den See. Die große Frage, die sich stellt, wenn man diesen Betrieb sieht, ist: Wie kann man Landwirtschaft mit Viehhaltung betreiben, wenn man seine Tiere nicht schlachten darf?

Rudra – früher einmal Schweizer und heute auf Almvik für die Viehhaltung zuständig – führt gerne über den Hof. Natürlich, sagt er, habe seine Viehhaltung nichts mit Ökonomie zu tun, aber die Gemeinschaft wolle die Milch und den Mist der Kühe und die Arbeitsleistung der Ochsen; der Verlust werde gemeinsam getragen. So hat Rudra im Laufe der Jahre ein ausgeklügeltes System der Herdenführung entwickelt, damit die Zahl der Kühe nicht ansteigt, denn auch der Verkauf von Tieren an Leute, die sie irgendwann schlachten könnten, wird vermieden. Also stehen heute etwa 30 Kühe und acht Ochsen im ehemaligen Jungviehstall – der Kuhstall ist ja besetzt. Zehn Kühe werden gemolken, z. T. schon seit sehr langer Zeit. Bei durchschnittlich zwei natürlichen Kuhtoden jährlich dürfen also zwei Kühe jährlich kalben; die alten Damen erhalten ihr Gnadenbrot; man-

che sind über 20 Jahre alt. Mit einem schüchternen Lächeln zeigt Rudra die Tiere und macht sich Sorgen um den ältesten Ochsen, der krumm und schief im Paddock steht und den Blick auf den See genießt.

Die Milch wird komplett von den Haribos – wie Rudra seine Religionsgemeinschaft nennt – selbst verbraucht; aber es gibt auch Produkte, die auf dem Markt von Järna verkauft werden. Dazu gehören schmackhafte Brote aus der eigenen Bäckerei sowie milchsauer eingelegtes Gemüse, so etwa Möhren und Gurken. Kontrollierten Ökolandbau betreiben die Hare Krishna allerdings nicht. Rudra sagt: „Wer bei uns kauft, der kennt uns und weiß, was wir tun.“

Neben den zu verkaufenden Produkten sorgt die Landwirtschaft auch für weitgehende Autarkie des Bauwesens. Das Roggenstroh wird zum Decken der Hausdächer verwandt. Stroh, Lehm und Kuhmist sind die Bestandteile der Lehmwände, für Bauholz sorgt der eigene Wald und die dazugehörige Sägerei, in der ein im leuchtenden Schrein stehender Schutzheiliger über Hände und Finger wacht.

Als Rudra uns in den Vorratskeller führt, in dem die Saatkartoffeln aufs nächste Frühjahr warten, sagt er: „Man hat uns ja den Weltuntergang prophezeit. Da ist die Frage, ob wir überhaupt Kartoffeln pflanzen sollen. Mein Vater hat auch mal dran geglaubt und keine Kartoffeln gepflanzt: Die Welt ist nicht untergegangen und er war ganz schön sauer!“

Verbesserungen in bestehenden Anbindeställen

Die Tiergerechtigkeit speziell älterer Anbindeställe läßt sich durch verschiedenste Maßnahmen verbessern

Die Anbindehaltung von Milchkühen ist noch immer verbreitet. Häufig fehlen die finanziellen Mittel um eine Laufstallhaltung zu realisieren, die Übernahme des Betriebes ist unsicher oder andere Fakten sprechen für die Beibehaltung der Anbindehaltung, die jedoch nicht tiergerecht ist. Beeinträchtigungen und Störungen am Tier zeigen sich sowohl im anatomischen (Verletzungen), im physiologischen (z.B. Fruchtbarkeitsstörungen), wie auch im psychischen (Verhaltensstörungen) Bereich.

angeordnet ist. Schäden an den vorderen Klauen, Brust und Karpalgelenken, lose Schulter.

Überprüfen und ggf. neu verankern – unmittelbar vor Krippenrand versenken.

C): Anbindevorrichtung

Bei zu strammer oder schadhafter Anbindung Schürfwunden, Druckschä-

den). Etwa 1/3 der zur Kuh gewandten Gitterrostfläche muß mit Breitstegen versehen sein. Unebenheiten bei den einzelnen Gitterrostelementen beseitigen.

E): Standplatz

V.a. bei einstreuloser Haltung häufig zu hart, zu rutschig, zu feucht und zu kalt. Schäden vor allem an Sprung- und Karpalgelenken (Aufgelegene, offene Stellen) auch im Rumpfbereich.

Mit einem oder zwei Kanthölzern oder durch Anbetonieren kann der Standplatz verlängert und somit auch die Kotkante 'entschärft' werden. Das Kantholz wird auf die Kotplatte oder den Standplatzabsatz aufgedübelt (Abb.2).

Weitere Lösungen zur Standplatzverlängerung:

Verlängerung durch Anbetonieren des Standplatzes, Verschmälerung des Stallganges und Ersetzen der alten Schlitzrinne durch eine Harnrinne mit Abdeckplatte.

Beim Erhalt bestehender mechanischer Entmistungsanlagen: Verlängerung des Standplatzes durch auskragende Konstruktion mit T-Eisen Konsolen und eingelegte Bodenbrettern Schwemmentmistung: Ein Brett wird am Standplatz angesetzt und mit kleinen Kanthölzern vom Gitter so abgehoben, daß sich jeder zweite Rost für die Reinigung und Kontrolle entfernen läßt (Abb. 3).

Verlängerung des Standplatzes mit einem auf dem Gitterrost befestigten Kantholz. Bei der Verwendung von Gummimatten für den Liegeplatz muß die Matte bis ans neue Ende nach hinten gezogen und im vorderen Bereich gut eingestreut werden!

Abb. 2: Standplatzverlängerung
Flexible Seitenabtrennungen (Nylon-, Textil- oder Gummiband, auch im Handel erhältlich) empfehlen sich, zumindest bei jedem zweiten Liegeplatz, um die vorhandene Fläche bestmöglichst auszunutzen und ein Querliegen der Kühe zu verhindern. Empfohlene Maße der Anbindehaltung: Breite: 1,20 m; Länge: ca. 1,85 m. Rassebedingt treten hiervon jedoch erhebliche Abweichungen auf. Am besten tier- oder Bestandsindividuelle

Anpassung der Standfläche an die Tiere. Es wird sich nach der Körperlänge und der Widerristhöhe der Kuh gerichtet (siehe Skizze). Körperlänge x 0,95 + 30 cm ergibt die Standlänge. Standbreite: Widerristhöhe x 0,9.

Die häufig notwendige Standverbreiterung ist meist recht aufwendig, da in der Regel tragende Ständer versetzt oder abgefangen werden müssen: Es können dann weniger Tiere aufgestellt werden. Endständige Plätze müssen breiter gestaltet werden. Fachleute hinzuziehen und überlegen, ob nicht doch ein kleiner Anbau als neue Liegefläche in Frage kommt.

F): Hintere Trogkante

Schäden im Brust- und Halsbereich durch Anschlagen beim Aufstehen und Abliegen bei zu hoher Trogkante und zu niedrigen Krippenböden.

Für ein bequemes Fressen sind 12-15 cm Trogsohlenhöhe erforderlich. Bei zu niedrigen Trögen können evtl. Platten in die Trogsohle eingelegt werden. Die hintere Trogkante darf eine Höhe von 30 cm nicht überschreiten, da sonst ein artgemäßes Aufstehen der Kuh verhindert wird. Die hintere Trogkante muß jedoch mind. 15 cm über der Trogsohle liegen, um das Futter zurückzuhalten. Eine gute Lösung stellt die elastische Krippenrückwand in

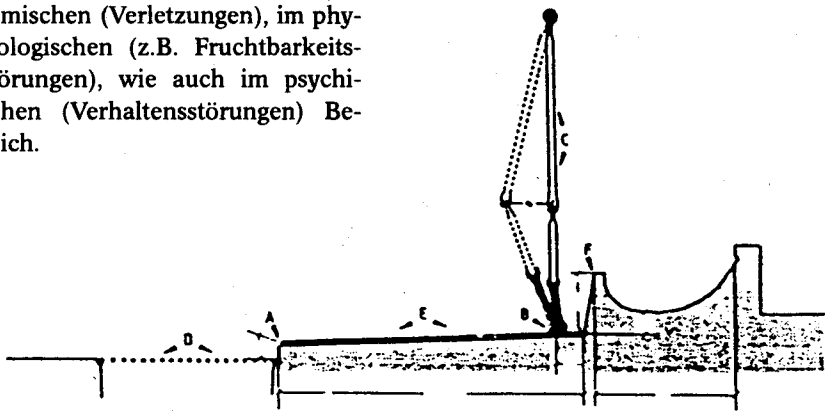


Abb. 1

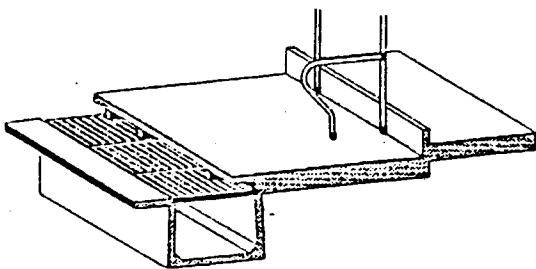


Abb. 2 Standplatzverlängerung beim Schwemmkanal (P. Jakob, FAT)

den beim Stemmen nach unten; bei falscher Höhe Verletzungen beim Abliegen und Aufstehen.

Ziel ist möglichst große Bewegungsfreiheit für die Kuh bei sauberer Standfläche. Empfehlenswerte Anbindevorrichtungen: Doppelgelenkhalsrahmen, Dan-

Fang (Horizontalanbindung), bedingt auch Grabner-Kette bei richtiger Einstellung. Die Senkrechtanbindung soll ein Spiel nach vorne und hinten von je 30 cm (gesamt: 60 cm) aufweisen. Feingliedrige 5 mm Stahlketten und kurzgedrehte Kettenglieder verhaken sich weniger als lange Kettenglieder. Nackenrohranbindungen behindern v.a. größere Kühe bei der Futteraufnahme und fügen Druckgeschwüre im Nackenbereich zu. Bei Horizontalanbindung ist durch die größere Bewegungsfreiheit ein Krippentrennbügel notwendig. Die Anbindung soll ein gruppenweises Auslösen und den Selbstfang ermöglichen, um Sommerweidegang und winterlichen Laufhofgang zu vereinfachen.

D): Gitterrost

Schäden an Klauen, Zitzen und Sprunggelenken durch Stehen und Liegen auf dem Rost. Tritt der Nachbarkuh auf Euter und Zitzen

Die Standfläche ist so zu bemessen, daß die Kühe vollständig darauf liegen (inklusive Hinterhand und Eu-

Der folgende Beitrag zeigt einfache Veränderungen im Anbindestall auf, die zu einer höheren Tiergerechtigkeit führen. Der Umbau zu einer Laufstallhaltung sollte trotzdem nicht aus den Augen verloren werden.

Anhand der folgenden Abbildung werden die kritischen Punkte der Anbindehaltung und mögliche Lösungsansätze vorgestellt.

Abb. 1: Gefahrenpunkte für Verletzungen bei der Anbindehaltung (KOHLI, 1985)

A): Kotkante

Schäden möglich an Klauen, Zitzen, Sprunggelenken.

Bei niedrigen Kotstufen stehen die Kühe häufig mit den Hinterbeinen im Kotgraben (Gefahr von Klauensohlengeschwüren). Hohe Kotkanten bergen eine erhöhte Verletzungsgefahr. Bewährte Tiefe: 15 - 20 cm).

B): Verankerung der Senkrechtanbindung

Insbesondere wenn diese nicht versenkt oder in der vorderen Trogkante



Abb. 3: Flexible Gummischürze ermöglicht bequemes Ruhen

Form einer dicken Gummischürze dar, bei der ein artgemäßes Aufstehen und sogar ein Ablegen von Halsregion und Vorderbeinen über den Krippenrand ermöglicht wird (siehe Abb. 3). Die Gummischürze kann bis 32 cm hoch sein.

Auf jeden Fall sollte der Anbindestall mit einem Laufhof kombiniert werden. Beim Vorhandensein eines Melkstalles warten die Kühe z.B. im Laufhof auf das Melken.

Christel Simantke,
Beratung Artgerechte Tierhaltung,
Witzenhausen, ☎ 05542/72560

Vom Anbinde- zum Laufstall

Vorlauf beim Laufstallbau zu achten ist

Verbesserungen der Tiergerechtigkeit und Arbeitswirtschaft im Anbindestall verursachen Kosten (z.B. 1.000 – 3.000 DM je Kuh). Daher sollten in jedem Fall auch die Kosten für einen Umbau zum Laufstall abgeschätzt werden, da dieser Vorteile für Mensch und Tier bietet. Auch ein schrittweiser Übergang zur Laufstallhaltung ist möglich (Laufhof, Melkstand). Bei einer eigenen Befragung von ca. 250 neu errichteten Milchviehlaufställen mit Einstreu (Tieflaufstall, Tretmiststall, planbefestigter Boxenlaufstall) stellte sich heraus, daß die Wirtschaftsweise keinen Einfluß auf die Wahl des Haltungssystems hatte. Viele Betriebe blieben aus Kostengründen bei der bereits im Anbindestall vorhandenen Dungart. In erster Linie war das auf dem Betrieb vorhandene Stroh ausschlaggebend. Ermittelt wurde ein mittlerer Strohaufwand von ca. 1 kg je Kuh und Tag im Boxenlaufstall bei Flüssigmist und von 2 – 3 kg bei Festmist, 5 – 6 kg im Tretmist und 7 – 8 kg im Tieflaufstall. Strohsenkend wirkte Weidegang, Flüssigmist am Freßplatz, der Laufhof, kein Warten auf der Liegefläche, das Herausnehmen brünstiger Kühe, Matratzenpflege (Fladen umdrehen/abwerfen). Eine höhere Strohmenge und eine größere Liegefläche reduzierte die Tierverschmutzung. Mittlerweile bieten eine Reihe von Herstellern Geräte für das mechanische Einstreuen an (Schlepperanbau oder schienengeführt unter der Decke, ca. 15.000 – 25.000 DM).

Heutige Schieberentmistungsanlagen sind besser als ihr Ruf (ca. 10.000 DM). Sie ermöglichen eine häufige Laufgangreinigung, was positiv für die Klauengesundheit ist. Bei eingestreuten Systemen mit optimaler Mechanisierung ist incl. Strohbergung ein Mehraufwand von 1 – 4 Stunden je

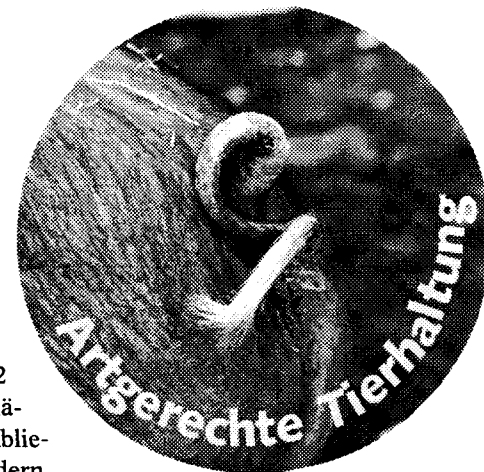
Kuh und Jahr vorhanden.

Es zeigte sich, daß sich die eingestreuten Systeme sehr gut zum Umbau bestehender Gebäude eignen (im Gegensatz zum Einbau von Güllekanälen) und billiger als Neubauten sind. So investierten die befragten Betriebe für Neubauten 7.000 DM je Stallplatz, für Teilneubauten 4.800 DM und für reine Umbauten 3.700 DM (plus 2.900/1.800/1.000 Stunden Eigenleistung). Falls der Futtertisch befahrbar ist, empfiehlt sich eine Auslagerung des Liegebereichs (Anschleppung an einer Stallängsseite oder separate Liegehalle mit Laufhof) und eine Weiternutzung der alten Anbindestände als Freßplatz. Der Liegebereich kann je nach verfügbarer Strohmenge mit Boxen, Tiefstreu oder einer Tretmistfläche ausgestattet werden. Ist der Futtertisch nicht befahrbar, wird der Freßbereich ausgelagert (Abschleppung an der Längsseite, Außenfütterung mit Laufhof oder neues Gebäude mit Futterbergehalle bzw. für Rinderaufstallung). Im Altbau wird der Liegebereich gestaltet, z.B. mit Boxen oder mit Tretmist, falls die Deckenhöhe es zuläßt. Durch Altgebäudenutzung, bauliche Einfachlösungen und den Einsatz von Eigenleistung lassen sich die Baukosten z.T. deutlich unter 6.000 DM je Kuh drücken.

Im Tieflaufstall liegt die Liegefläche in der Regel 1 m tiefer als der Freßplatz, der über 3 Stufen erreicht wird. Für eine gute Tragfähigkeit der Mistmatratze ist Langstroh und ein Entmisten im Frühsommer zu empfehlen. Die Funktionsfähigkeit ist im Tretmiststall für Milchkuhe etwas riskanter (Mistfluß, Tierverschmutzung). Empfohlen wird hierfür ein Gefälle von 7 – 10 ‰ und eine Liegeflächentiefe von ca. 6 m. Kühe bevorzugen eine gut eingestreuete Liegefläche, da diese elastisch, iso-

lierend und trocken ist. In der eigenen Befragung ergab sich eine durchschnittliche Liegefläche im Tieflaufstall von 6,1 m² für behornete Kühe und von 5,3 m² für enthornte. Im Tretmiststall waren es 4,7 m² bzw. 4,2 m². Kühe ziehen die freie Liegefläche den Boxen vor, da diese das Abliegen, Liegen und Aufstehen behindern. Falls aus Strohangel trotzdem Boxen gewählt werden, sollten diese heute für die größer gewordenen Kühe bei wandständigen Boxen 2,6 – 2,7 m lang sein bzw. 2,3 – 2,4 m bei gegenständigen. Die Seitenabtrennungen und der Nackenriegel sollten flexibel ausgeführt werden (Täue, Bänder, etc.). Die Liegeboxe sollte als Tiefboxe (mit Mistmatratze) ausgeführt werden, da dies den Tieren eher entspricht als die Gummimatte in der Hochboxe. Je Kuh ist eine Box zu rechnen. Einreihige Boxenställe bieten zu wenig Fortbewegung.

Im Freßbereich sollte jede Kuh einen Freßplatz erhalten (0,75 – 0,8 m breit). Freßgitter reduzieren die Futterkonkurrenz; Palisadenfreßgitter sind besonders günstig für behornete Kühe. Sinnvoll ist eine Neigung zum Futtertisch hin, damit die Tiere bequemer fressen können. Spezielle, erhöhte Freßstände (Kurzstandlänge, einige Querabtrennungen) ermöglichen ein trockeneres Stehen beim Fressen. Die Krafftutterstation soll fressende Tiere schützen (Seitenabtrennungen, Austrieb nach vorne) und so aufgestellt werden, daß Auseinandersetzungen vor der Station vermindert werden (z.B. im Laufhof). Die Besatzstärke sollte an der Station bzw. bei Trogränken ca. 25 Kühe nicht überschreiten. Da das Rind ein Weichbodengänger ist, gibt es keinen optimalen Stallfußboden. Befestigte Laufflächen sollten möglichst trocken, trittsicher und frei von Unebenheiten sein. Der Vorteil von Spaltenböden ist, daß die Flüssigkeit schneller abgeleitet werden kann als bei planbefestigten Flächen. Bei für die Klaue optimierten Maßen (2,5 – 3 cm Schlitzweite) dauert es länger, bis der Kot durchgetreten wird. Ein höherer Schlitzanteil führt zu höheren Punktbelastungen bzw. zur Gefahr des Abkippen der Klaue, wodurch Klauenverletzungen begünstigt werden. Diese Widersprüche sind nicht optimal zu lösen. Verhaltensweisen, die eine gute Trittsicherheit benötigen, wie Aufreiten der Tiere, soziale Interaktionen wie Schiebekämpfe sowie Belegen an der Hinterhand werden



auf Spaltenböden stark reduziert. Die Tiere gehen weniger, langsamer und vermehrt mit Kopf tief und sie rutschen beim Laufen oder Belegen mehr aus. Spaltenböden verursachen Mehrkosten von 5.00 – 1.500 DM/Kuh. Planbefestigte Gänge sollten möglichst oft geräumt werden. Ausstreuen von Gesteinsmehl in die Gänge bindet Feuchtigkeit. Für eine möglichst langanhaltende Trittsicherheit von Beton ist das richtige Mischungsverhältnis ausschlaggebend. Glatt gewordene Betonböden können mit speziellen Geräten aufgeraut werden. Laufgänge mit einer Schicht Gußasphalt können die Trittsicherheit wesentlich und nachhaltig verbessern (Mehrkosten von 30 – 50 DM/m²). Wichtig ist, daß der Gußasphalt nicht zu trocken wird, da sich dann eine dünne Schmierschicht bildet, die den Boden rutschig macht. Laufgänge sollten am Freßplatz mind. 3,5 m und zwischen den Boxenreihen bzw. für Durchgänge mind. 2,5 m breit sein. Ein Laufhof bietet zusätzliche Ausweich- und Bewegungsmöglichkeiten. Er sollte mind. 5 m² je Kuh bieten. Der Laufhof sollte möglichst ständig zugänglich sein, ein Gefälle von ca. 2 ‰ zur Güllegrube hin erhalten und 2 – 3mal in der Woche abgeschoben werden. Wichtig ist eine südliche Ausrichtung und ggf. ein Windschutz (z.B. mit Großballen). Eine Ausstattung mit Tränke, Lecksteine, Heuraufe, Bürste etc. erhöht die Attraktivität.

Dr. Bernhard Hörning, Univ. GH Kassel, D-37213 Witzenhausen

Einigung über EU-Biotierverordnung

Den entscheidenden Schritt zur endgültigen Verabschiedung der EU-Verordnung für die Tierhaltung im ökologischen Landbau taten die EU-Agrarminister auf ihrer Sitzung Mitte Juni. Sie einigten sich auf einen Entwurf, dessen endgültiger Text zwar noch nicht veröffentlicht ist, der sich aber sehr wahrscheinlich eng an den bis zuletzt heftig diskutierten Vorschlag anlehnt. Die einschneidendste Veränderung für den deutschen Ökolandbau wird damit nach wie vor die Abschaffung der Anbindehaltung in der Milchviehhaltung sein. Und selbst wenn es bei der langen Übergangsfrist von 10 Jahren und der Ausnahmeregelung für noch zu definierende „kleine Betriebe“ (siehe zu Inhalten des Entwurfes Bauernstimme 6/99) bleibt, so werden sich doch etliche Bio-Milchbäuerinnen und -bauern in den nächsten Monaten und Jahren mit dem Thema: „Vom Anbinde- zum Laufstall“ auseinandersetzen. Aber natürlich auch konventionellen Bäuerinnen und Bauern, die für sich die Notwendigkeit sehen, entweder die Anbindehaltung zu verbessern oder einen Laufstall zu bauen und dabei Aspekte der artgerechten Tierhaltung umsetzen wollen, möchten diese zwei Seiten im Rahmen der Bauernstimmen-Serie zur artgerechten Tierhaltung einen Informationsfundus bieten.

Zum Weiterlesen empfohlen: BARTUSSEK, H., u.a. (1995): Rinderstallbau. Stocker Verlag, Wien; dlz Sonderheft (1996): Milchviehlaufställe; Haidn, B. u.a. (1996): Vergleich kostengünstiger und tiergerechter Laufställe für Milchvieh mit Einstreu. Bayer. Landwirtschafts-Minist., München; HÖRNING, B. (1997): Tiergerechtigkeit und Verfahrenstechnik eingestreuter Milchviehlaufställe in der Praxis. Diss. agr., Witzenhausen-top agrar extra (1997): Kuhställe billiger bauen; top agrar extra (1998): Rinderställe billiger bauen, Münster-Hiltrup; Tierhaltung Bd. 25 (1997): Ökologische Rinderhaltung, BAT, Witzenhausen

Im Zuge des Umzugs erneuert NEULAND Westfalen die Strategie

Hinein in die Region, hinein in die Gesellschaft. Den Bündnis-Gedanken neu erfinden

In den Weg zur Ökologiestation unweit der unter Schutz gestellten Lippe-Auen biegt ein kleiner Kühllaster ein. Er fährt auf den Hof des komplett renovierten Gutes Schulze Heil. Seine Ladung: 15 geschlachtete Schweine und 2 Rinderhälften. Im alten Gutshaus aus dunkelbraunem „Ruhrgebiets“-Klinker sind das Umweltzentrum Westfalen, die Biologische Station, die Geschäftsstelle der Naturfördergesellschaft und der Naturschutzbund NABU untergebracht. Es ist das Zentrum der Naturschützer im Kreis Unna, am nord-östlichen Rand des Ruhrgebietes gelegen.

Der LKW mit dem blanken Fleisch ist kein ungebetener Gast, er ist seit kurzem hier „zu Hause“. Er fährt die Laderampe des neuen Nebengebäudes an, in das nach monatelangem Warten Anfang Juni nun endlich die NEULAND Vermarktungs-GmbH Westfalen eingezogen ist. Auf 640 Quadratmetern finden sich ein strahlend blitzender Fleisch-Zerlegebetrieb nach EU-Norm sowie die Büroräume. Ein Metzgermeister und drei Gesellen sowie drei Leute im Büro haben hier ihre neue Wirkungsstätte, mitten im Zentrum der Ökologie, als wenn es im Pott keinen Platz gäbe, daß sich ausgerechnet Fleischer und Vogelschützer auf die Pelle rücken. Es ist Absicht, selbstverständlich. Landwirtschaft und Natur- bzw. Kulturlandschaftsschutz gehören zusammen. Vor elf Jahren ist auch aus dieser

Erkenntnis heraus NEULAND entstanden, der Verein für tiergerechte und umweltschonende Nutztierhaltung. Damals haben sich die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), der Tierschutzbund, die Verbraucher Initiative und der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) zusammengeschlossen zu einem gesellschaftlichen Bündnis auf Bundesebene mit dem Ziel, verschie-

dene ideelle Ziele in einem wirtschaftlichen Projekt umzusetzen – mit Erfolg.

Der neue NEULAND-Zerlegebetrieb auf der Ökologiestation ist jedoch nicht einfach ein neuer Betrieb eines aufstrebenden Unternehmens. Er kennzeichnet die Weiterentwicklung des „alten“ Ansatzes. So versteht es zumindest NEULAND Geschäftsführer Hugo Gödde. Es sei schwierig, über elf Jahre hinweg den gesellschaftlichen Ansatz auf überregionaler Ebene so lebendig zu halten, daß das Projekt wie von alleine wächst, zumal die Anfor-



Hoch zufrieden ist Hugo Gödde, NEULAND-Geschäftsführer, im neuen Zerlegebetrieb

derungen angesichts der gewachsenen Konkurrenz gestiegen sind. Also was tun, wenn der Bündnisgedanke als Marketingansatz des Unternehmens aktuell bleiben soll?

NEULAND Westfalen hat sich für den Ansatz der Regionalisierung entschieden. Rein in die Region, NEULAND vor Ort mit der Region verknüpfen, d.h. mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen vernetzen, das ist nun die Leitschnur. „Wo willst du den Ansatz des gesellschaftlichen Bündnisses

heute optisch besser vermitteln als hier auf so einem Hof?“, ist sich Hugo Gödde sicher. Zur Ökologiestation kommen Schulklassen, um die heimische Tier- und Pflanzenwelt kennenzulernen. Im Tagungsraum gibt es Seminare zu unterschiedlichen Themen. „Über NEULAND kommen die Leute wieder mit Landwirtschaft in Berührung.“ Geplant ist deshalb auf dem Gelände auch noch der Bau eines Demonstrations-Schweinestalles, den ein NEULAND-Bauer aus der Nachbarschaft pachten und bewirtschaften wird.

Aus eigener Kraft hätte NEULAND das alles nicht bezahlen können. Also wurden vor etwa vier Jahren kompetente Partner gesucht und in verschiedenen kommunalen Körperschaften sowie dem Direktor der IBA – Internationalen Bauausstellung Emscher Park, Prof. Karl Ganser gefunden. Herausragende Projekte der IBA sind zwar die restaurierten und zu kulturellen Treffpunkten umgewandelten alten Industrieanlagen, aber der bayerische Bauernsohn Karl Ganser hat daneben besonderen Wert auf die Einbeziehung der Landschaft gelegt und versucht, aus der Region mit dem dreckigsten Fluß Deutschlands einen „Emscher Park“ zu entwickeln. In diesem „Park“ ist der Zerlegebetrieb das einzige IBA-Projekt mit direktem landwirtschaftlichen Bezug – aus der Landwirtschaft heraus gab es keine weiteren Projektvorschläge.

Für den Zerlegebetrieb hat die IBA Fördermittel aus be-

stehenden Förderprogrammen vermittelt, die den Großteil der Investitionssumme abdecken. Empfänger der Förderung und Bauherr des 2,5 Mio. DM teuren Zerlegebetriebes (Gebäude, ohne Maschinen) ist das kommunale Umweltzentrum Westfalen, das einen Eigenanteil beisteuerte. Das Gebäude ist nun an NEULAND verpachtet und füllt das Projekt mit Leben. An diesem Konstrukt hat nicht zuletzt auch der NEULAND-Bauer Friedrich Ostendorff mitgewirkt, der

in Bergkamen seit Jahren als Grüner Fraktionsvorsitzender im SPD-regierten Kreistag Unna aktiv ist.

Die hohe Förderung weckt natürlich Begehrlichkeiten bei anderen; die Ausrichtung des Projektes löst Widerstand aus. So hat es am Bau zwischenzeitlich monatelange Verzögerungen gegeben, weil der Rechnungshof aktiv wurde. Weit verbreitet ist die Vermutung, daß die Opposition im Düsseldorfer Landtag den Anstoß für diese Prüfung gegeben hat, um das Projekt zu kippen und die rot-grüne Landesregierung in Verlegenheit zu bringen. Doch das ist jetzt überstanden. Jetzt geht es nach vorne.

Muß es auch, denn noch ist der Zerlegebetrieb nur nicht ausgelastet. Hugo Gödde strebt an, in den nächsten zwei Jahren die Produktion um 50 % auszuweiten. 200 – 250 Schweine sollen pro Woche zerlegt werden. Als Vermarktungsziel hat er sich gesetzt, in jedem Ort im Ruhrgebiet wenigstens einen Metzger für NEULAND-Fleisch zu gewinnen. Um das zu erreichen, will Gödde NEULAND noch stärker in der Region verankern, fast noch einmal neu erfinden, durch die Vernetzung mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen vor Ort, durch vielfältige Aktionen, die deutlich machen, daß NEULAND mehr als ein wirtschaftliches Unternehmen ist: ein gesellschaftliches Projekt. Es kommt darauf an, nicht nur Fleisch zu produzieren, sondern die Region mit zu gestalten. Wenn der Betrieb im August zwei Lehrlinge einstellt und ausbildet, dann wird das natürlich auch nach außen getragen. „Eigentlich würde ein Auszubildender für uns reichen, aber wir wollen eben auch die soziale Aufgabe wahrnehmen“, sagt Gödde, und er spitzt es zu: „Landwirtschaft und nachgelagerter Bereich haben nur mit dieser konsequenten Gesellschaftlichkeit eine Chance.“

Am 14. August wird der Zerlegebetrieb offiziell eröffnet, nicht nur mit einem Tag der offenen Tür, sondern mit einem großen regionalen Bauernmarkt, wo wieder viele örtliche Akteure zusammenkommen (s. S. 22). Das ist nicht zuletzt auch eine Gelegenheit für die Ökologen und Fleischer, die nun auf einem Hof arbeiten, sich näher zu kommen – denn noch haben sie sich so viel nicht zu erzählen. Ein Kühllaster allein reist eben noch keine Schranken ein. uj

„Dieser Stil macht zornig“

Leserbrief zu „Auf ein Frühlingserwachen in Bonn!“, Bauernstimme 6/99

Ich muß vorausschickend gestehen, daß ich den Artikel nicht zuende gelesen habe. Warum? Weil er sich nach drei Sätzen als nicht lesenswert entpuppt. Satz drei heißt: „Wer anderes erwartet hat, hat die Kräfteverhältnisse unzureichend eingeschätzt.“ Moment mal! Das schreiben zwei Autoren, deren tägliche Hauptbeschäftigung u.a. darin besteht, die politischen Kräfteverhältnisse einzuschätzen?? Und die aufgrund ihrer Einschätzung in den vergangenen Monaten nicht müde wurden, die in den Agenda 2000-Vorschlägen steckenden Chancen für eine bäuerliche Landwirtschaft in bunten Farben auszumalen?? Und F. W. Graefe zu Baringdorf und Georg Janßen stellen sich jetzt, nachdem alle Seifenblasen zerplatzt sind, hin und rufen allen Enttäuschten und eventuell Andersdenkenden zu: „Ihr habt die Kräfteverhältnisse nicht richtig eingeschätzt!“? Eine bodenlose Unverschämtheit, dieser Politikstil macht mich zornig! Richtig ist doch: Unser Vorsitzender und unser Geschäftsführer haben die Kräfteverhältnisse unzureichend eingeschätzt! Ihnen wünsche ich ein „Frühlingserwachen“ aus den Gestaltungsräumen, die man wohl hat, wenn man

sich irgendwie „an den Schalthebeln der Macht“ wähnt.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir zaghaft, daran zu erinnern, daß die Form des Wirtschaftens in unserer Gesellschaft noch immer einen Namen hat: Kapitalismus. Das muß mal wieder deutlich gesagt werden! Trotz und wegen aller fehlgeschlagenen gesellschaftlichen Experimente! Über das Wesen dieser Wirtschaftsform, deren Auswirkungen die an den Rand Gedrängten täglich am eigenen Leibe spüren (auch in dieser reichen Gesellschaft!), ist schon genug geschrieben worden, man muß nur mal wieder nachlesen – oder: sich erinnern!

Das könnte die Köpfe klarer machen als nun zu versuchen, neue Hoffnungsträume über die Gestaltungsmöglichkeiten der Agenda 2000-Beschlüsse bezüglich bäuerlicher Landwirtschaft auf nationaler Ebene zu entfachen.

P.S.: Ein offenes Eingeständnis der Verfasser, sich mit der von mir kritisierten Formulierung *selbst* gemeint, dies aber nur unglücklich formuliert zu haben, könnte mich wieder besänftigen.

Bernd Keller, 37249 Neu-Eichenberg

Opposition oder Mitgestaltung?

AbL Niedersachsen zur Agenda 2000 und zur AbL-Position dazu

Mit den Beschlüssen über die Agenda 2000 ist keine grundsätzliche Reform erreicht worden, ganz im Gegenteil: Durch die Ausformulierung des Prämiensystems ist der Strukturwandel weiter verschärft worden. Durch die hektarbezogene Prämie ist für bestimmte Agrarprodukte (Getreide, Rindfleisch, Leguminosen usw.) ein künstlich niedriger Preismarkt entstanden, mit dem nur großstrukturierte Betriebe leben können. Bei den vielen Kleinen decken Prämie und Preis die Produktionskosten nicht mehr.

Im Hinblick auf Osteuropa ist dies ein falsches Signal. Die EU-Osterweiterung ist mit diesem System nicht bezahlbar, d.h. die dringenden Probleme sind ganz einfach aufgeschoben worden, und das, obwohl als Ziel das Auslaufen des Interventionsmodells formuliert ist.

Bei der Prämiegestaltung sind die Vorschläge der AbL, wie Staffelung der Prämien nach Betriebsgröße und Berücksichtigung des Faktors Arbeit, nicht verwirklicht worden. Dies hat zur Folge, daß Betriebe mit mehreren Tausend Hektar auch Millionen DM an Prämien bekommen. Diese Betriebe technisieren, pachten und setzen Arbeitskräfte frei, ihre Produkte kommen zu Tiefpreisen auf den Markt. Nun hat sich die AbL in der Diskussion um

die Agenda 2000 sehr engagiert und immer wieder für die Agenda 2000 geworben. Schaut man sich die Ergebnisse an, war diese Ausrichtung katastrophal. Für den Betrachter von außen ist die Agenda 2000 schwer zu verstehen. Wir müssen klarstellen, die Beschlüsse, so wie sie im März gefallen sind, lehnen wir ab, und unsere vornehmliche Aufgabe wird weiterhin die Aufklärung sein. Auch weiterhin setzt die europäische Agrarpolitik auf 'Wachsen oder Weichen'.

Es ist eine Situation entstanden, mit der wir so nicht gerechnet haben. Aber untereinander zu streiten über begangene Fehler hilft nicht, sondern Schadensbegrenzung durch Positionierung und Aufklärung muß betrieben werden. Auch sollten wir uns weiterhin einbringen mit konstruktiven Vorschlägen und versuchen, die Agrarpolitik mitzugestalten. Opposition läuft weniger Gefahr, Fehler zu machen, aber um die Agrarpolitik zu verändern, müssen wir handeln.

Einzig das europäische Strukturprogramm zur Sicherung von wirtschaftlichen Grundlagen im ländlichen Raum bietet eine Möglichkeit für bäuerliche Betriebe.

Stellungnahme des Vorstandes AbL Niedersachsen, Martin Feller, 2. Vors.

Sie sollte weiterkämpfen

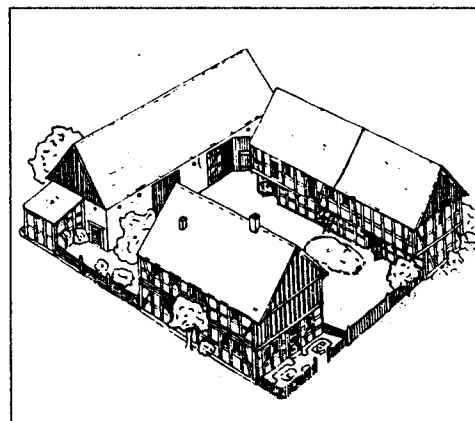
Der heutige Tagesabschluß wird ein anderer werden, ein Drichtiger Feierabend! Auf Initiative eines jungen AbL'ers haben wir geladen, für 20 Uhr in unsere Wohnküche, Einladungen verschickt an 17 Leute, die dabei waren in den besten Göttinger „AbL-Zeiten“, Menschen, die es eigentlich alle bedauern, daß es den aktiven AK Südhannover schon seit Jahren nicht mehr gibt. Sie kamen, immerhin 13, und ich glaube, bei Bier und „Belegtem“ entwickelte sich nicht nur bei mir dieses besondere Hochgefühl!

Erfahrungen wurden ausgetauscht, jeder erzählte, wie es ihm in den letzten Jahren ergangen ist, gab von sich, was ihn besonders bewegte. Natürlich wurde auch in Erinnerungen geschwelgt, Erinnerungen an die Vor-Wende-Zeit, an hoffnungsvolle Aktivitäten, große Veranstaltungen mit vollgefüllten Sälen, mit Bauern, die Ende der 80er Jahre noch bereit waren, was zu reißen. Und diskutiert wurde die Entwicklung nach 1990: Was ist geworden aus den (uns) Bauern/Bäuerinnen, wo sind sie geblieben?

Müßte man sie nicht belangen, gerade unsere Göttinger Agrar-

ökonomien, diese, die maßgeblich zur Entwicklung bauernfreier Dörfer in Südniedersachsen beitragen, einer Region, in der die Mehrheit der Landwirte dank dieser unmittelbaren Nähe zur Wissenschaft schon lange resigniert hat?

So hat es auch etliche von uns getroffen: Will deshalb an dieser Stelle



.... aus Südniedersachsen

in Kürze wiedergeben, was eine von mir sehr geschätzte und geachtete AbL'erin zu meinem großen Bedauern bewogen hat, ihre Aktivität in der AbL aufzugeben. Sie selbst, durch betriebliche Anpassung an vorgegebene politische Rahmenbedingungen schon länger außerlandwirtschaftlich als Lehrerin tätig, setzte sich engagiert immer wieder in der Öffentlichkeit kritisch mit der Gentechnik und dem propagierten betrieblichen Wachstumswahnsinn auseinander.

Unter den vorgegebenen Rahmenbedingungen wurde ihr Bauernhof allerdings unter der Leitung des Sohnes den Zukunftsstrukturen angepaßt. Diesen innerlichen Widerspruch nicht mehr ertragen könnend, hat sie sich deshalb aus der AbL zurückgezogen. Ich selbst finde dies sehr schade und bedauerlich. Ist nicht oft das Leben sehr widersprüchlich, klaffen nicht immer wieder die Idealvorstellung und die Wirklichkeit auseinander?

Es kann doch nicht verwerflich sein, unter den gegebenen Rahmenbedingungen das vermeintlich Beste für Hof und Familie zu machen, auf der anderen Seite jedoch am Ideal festzuhalten, den kritischen Blick zu wahren und für eine bessere, zukünftige Generationen eine solide Lebensweise ermöglichende Erde einzutreten.

LESE-BUCH

TIP

Halligleben um 1900

Ebbe und Flut, einfaches Leben mit und gegen die Natur – das Bild vom Leben auf den kleinen Halligen fernab der Küste wird heute häufig romantisch verklärt. Einen objektiven Blick auf die alte, weitgehend verschwundene Halligkultur ermöglicht das Buch *Halligleben um 1900*. Es betrachtet in vielen historischen Bildern und durch die 70 Jahre alten Studien eines Ethnologen die Inselfriesen, die „keine Ackerbauern sind. Dagegen ist er leidenschaftlicher Seefahrer und außerdem noch Fischer, Viehzüchter und Jäger.“ Der Halligboden wird gemeinschaftlich genutzt zum Halten von Rindern, Schafen, Schweinen und Hühnern. Die salztoleranten Wiesen- und Weidenvegetation gibt der Kuhmilch eine eigentümlichen Geschmack. Nach den großen Sturmfluten um die Jahrhundertwende änderte sich das Leben auf den Halligen grundsätzlich, Häuser und Stallgebäude wurden sturmflutsicher aufgebaut, vielerorts Verbindungsdämme zum Festland geschaffen oder ein regelmäßiger Schiffsverkehr eingerichtet, über den dann schließlich scharenweise Touristen in die einst menschenleeren Gebiete kamen.

Halligleben um 1900. K. Lengsfeld (Hrsg.), Verlag Boyens & Co., 160 Seiten, 150 Abbildungen, 38 DM. Zu beziehen im AbL-Verlag.

Bauernopfer

Noch vor Verabschiedung der AGENDA 2000 entstand das Buch „Die Bauern nicht dem Weltmarkt opfern!“, in der eine ganze Reihe mehr oder weniger bekannte österreichische und deutsche Autoren ein europäisches Agrarmodell entwickeln. Unterschiedlich mutig fordern sie in ihren Beiträgen den Schutz der Landwirtschaft vor den Auswirkungen der Globalisierung und eine Ökologisierung und Regionalisierung der Wirtschaftskreisläufe in Europa. Dadurch, daß die Autoren sich in unterschiedlicher Vehemenz und Konsequenz für die Sache einsetzen, vermittelt das Gesamtwerk ein Fülle an Argumenten und Informationen. Gemeinschaftlich formulieren die Herausgeber „Sieben Thesen zur europäischen Agrarpolitik“, unter anderem folgende drei: „Grenzenloses Wachstum zerstört unsere Lebensgrundlagen. Fortschritt braucht notwendigerweise Begrenzung. Bäuerlichkeit ist Fortschritt, ihre Grundlage ist die Nachhaltigkeit. Wir stehen an einer Weggabelung. Wohin sollen wir gehen? Wir wollen den ökosozialen Weg beschreiten. Ökosoziale Marktwirtschaft verbindet die Dynamik des Marktes mit den wirksamen Mitteln zum Schutz der Umwelt und sozialer Fairneß. Nicht alles, was möglich ist, ist auch nötig. Verantwortliches Handeln akzeptiert Begrenzungen. Die ökologische Ordnung kennt natürliche Grenzen, also muß es auch ökonomische Grenzen geben. Wächst die Ökonomie über die ökologischen Grenzen hinaus, zerstört sie unsere Lebensgrundlagen.“

Die Bauern nicht dem Weltmarkt opfern! J. Riegler, H. Popp, H. Kroll-Schlüter u.a., Leopold Stocker Verlag, 1999, 248 Seiten, 29,90 DM. Zu beziehen im AbL-Verlag.

Heiliger Mais

Die Buchreihe Nord-Süd greift „das komplizierte Verhältnis zwischen 'Dritter Welt' und Industrienationen anhand konkreter Beispiele auf“, so auch zum Thema Mais. Die heilige Pflanze der Mayas und Azteken ist auch heute noch Nahrungsgrundlage der indigenen Bevölkerung Lateinamerikas. Zudem hat er große weltwirtschaftliche Bedeutung erlangt: der Regenwald wird gerodet, um ihn großflächig für die Futtertröge der Viehwirtschaft des Nordens anzubauen. Auch für die Industrie ist Mais unverzichtbar, Maistärke und Maissirup finden sich in unzähligen Produkten der Lebensmittelhersteller. Und seit geraumer Zeit haben die Konzerne ein besonderes Interesse an der Pflanze – sie wird gentechnisch verändert. Unterhaltsam und abwechslungsreich verknüpft das Büchlein Sozialstudien mit Kochrezepten zum Thema Mais.

Mais. S. Pater, A. Welk, Lamuv Verlag, 90 Seiten, 12 DM.

**Geballte Frauen-Power auf höchstem Niveau**

Ausgehend von der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking hat die Schweizer Direktion für Entwicklungszusammenhänge und humanitäre Hilfe (DEH) mit der CD „Women's World Music“ den Frauen des Südens und des Ostens viele Stimmen gegeben. „Die Stimmen der Frauen beachtet die DEH in ihrer täglichen Arbeit zur Verbesserung der Lebensumstände... Wenn jene, die in allen Krisen die ersten Opfer sind und doch mit allen Mitteln das Überleben ihrer Kinder und Familien sichern, gefördert werden, nützt dies allen.“ (aus dem Begleitheft der CD) Die 17 Aufnahmen zeigen die wunderbare Vielfalt der verschiedenen Gesangstechniken von Usbekistan bis Südafrika, von Indien bis Argentinien. Die CD vereint „Gesangslegenden“ wie Cesaria Evora von den Kapverden, Mercedes Sosa aus Argentinien, Celia Cruz aus Kuba oder Myriam Makeba aus Südafrika und schafft spielend die Bandbreite von klassischem indischem Gesang bis zum furiosen Stilmix des afro-belgischen Vokalensembles Zap Mama. So viel Frauen-Power muß ganz einfach Mut machen!

Musikalisch ein Genuß!

Ulrike Ostendorff

Women's World Music, Fun Key, 39,90 DM. Zu beziehen im AbL-Verlag.

Nicht Reiche reicher machen!

Leserbrief zur Frage, für wen NEULAND und AbL stehen

Die Nienburger Zeitung hat kürzlich über einen Hamburger Reisekaufmann namens Fred-Gerhard Wilke berichtet, der sich 1992 einen Jugendtraum verwirklicht hat: Er hat sich einen 150 ha großen Milchviehbetrieb gekauft, samt Milchquote und Rübenkontingent. Die 50 ha Ackerland und Milch- und Rübenquoten hat Wilke weiterverpachtet und mit seinem Mitarbeiter eine Mutterkuhherde aus heute 130 Limousin-Rindern, davon 40 Mutterkühe, aufgebaut. So weit, so gut. Was uns betroffen macht ist, daß der Betrieb Mitglied bei NEULAND werden konnte.

In dem Bericht wird deutlich, welche Gelder der Reisekaufmann unter Mithilfe seiner 6 Angestellten in seinem Reiseunternehmen verdient. Konnte er den Hof samt Quoten doch mal eben, „innerhalb von 10 Minuten“, erstehen. Die jetzt gehaltenen 130 (!) französischen Limousin-Rinder gab es sicher nicht als Zugabe. Allein im vergangenen Jahr wurden außerdem im Bereich Landtechnik „80.000 DM investiert“. In kapitalistisch geprägten Gesellschaften ja nicht ungewöhnlich! Nun unsere Anmerkungen dazu:

Wir sind enttäuscht, daß Mitglieder der AbL in der NEULAND-GmbH Lüneburg dem Reisekaufmann Wilke eine Vermarktungsmöglichkeit schaffen. Dazu wurde weder NEULAND gegründet, noch sind es die satzungsgemäßen Ziele der AbL.

Das bestätigen gedruckte und verbreitete NEULAND-Aussagen, z.B.: „Wir wollen ... den bäuerlichen Kleinbetrieb erhalten!“ Weiter: „Klein- und mittelbäuerliche Betriebe sollen mit Hilfe von NEULAND ein ausreichendes Einkommen erwirtschaften!“ Und noch: „Was uns von anderen unter-

scheidet ist die Beschränkung des NEULAND-Programmes auf klein- und mittelbäuerliche Betriebe ...!“

Zitat aus der Satzung der AbL: § 2 (1) „Ziel des Vereins ist es, den kleineren und mittleren Bauern ihren Arbeitsplatz in der Landwirtschaft und ihren Hof zu erhalten und sich für gerechte und humane Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem Lande einzusetzen.“ Diese Satzung gilt auch für die AbL'er in Lüneburg, die mittels der NEULAND-GmbH dem Reisekaufmann Fred-Gerhard Wilke ein hübsches Zubrot, zu Lasten von Bäuerinnen und Bauern, verschaffen. Die „Mötzingen Thesen“, die als gedankliche Vorläufer der AbL-Satzung anzusehen sind, sagen u.a.: „... es soll nicht der gefördert werden, der schon genügend erwirtschaftet; sondern der Bauer, der es ohne Hilfe nicht schafft“.

Es ist aus unserer Sicht bedauerlich und gefährlich, wenn Verantwortliche aus der AbL in der NEULAND-GmbH Lüneburg diese fundamentalen und richtungweisenden Aussagen nicht beachten. Jedoch wird es dem Reisekaufmann gefallen!

Wir in der AbL sind nicht angetreten, um Reiche reicher zu machen!!! Wenn das Geld zum Maßstab aller Dinge wird, fährt der NEULAND- und AbL-Zug in die falsche Richtung! Diese Sorge treibt uns um.

Anne-Ev und Willi Dohemann,
27330 Brüne

Grünland-Prämie!

Leserbrief an Sonnleitner

Die Agenda 2000 ist inzwischen zur Nagelprobe für Präsident Sonnleitner geworden. Er muß nun die Gratwanderung zwischen den berechtigten Interessen der Grünlandbauern, jedoch in der Minderheit, und den Interessen der mehrheitlich im Bauernverband vertretenen Ackerbauern ausgleichen, ohne dabei selbst unter die Räder zu kommen, was anscheinend immer schwieriger wird.

In den Grünlandregionen Bayerns ist man sich einig, es muß endlich zu einer Gleichstellung der EU-Preis-Ausgleichszahlungen von Acker und Grünland kommen. Eine echte Grünlandprämie muß her!!

Die Agenda 2000 bietet diese Möglichkeit an, sollte es jedoch wider Erwartens dazu kommen, daß der Grünlandbauer erneut leer ausgeht, werden diese Bauern alles tun, um sich eines Präsidenten, der gegen ihre Interessen arbeitet, zu entledigen.

Siegfried Jäger, Vors. der bayerischen Aktionsgemeinschaft

„Noch produzierende Landwirte“ e.V.,
94089 Neureichenau

Fassungslos

Leserbrief zur EG-Bio-Tierverordnung

Als Biobauern stehen wir fassungslos vor der neuen EG-Bio-Tierverordnung. Nach generationenlangen besten Erfahrungen mit der Anbindehaltung (was von besserer Tierbeobachtungsmöglichkeit bis Einzelbehandlung und -fütterung usw. reicht) sollen wir nun gezwungen werden, wieder einen neuen Stall zu bauen. Natürlich mit dem Endresultat keinerlei Mehreinnahmen, dafür aber einer massiven Neuverschuldung!

Wir wären durch diese Verordnung gezwungen, trotz langjähriger Biobewirtschaftung daraus wieder auszusteigen und zur konventionellen Bewirtschaftung zurückzukehren, um der erdrückenden Gefahr der Hofaufgabe durch Überschuldung zu entgehen! Ob dies vielleicht nicht sogar der erwünschte Zweck zur weiteren Verringerung der Bauernhöfe ist?

Hans Pischeltstrieder, 82057 Icking



Die Milch machts!

Wenn Sie Ihre Kühe auf der Weide halten und mäßig bis wenig Kraftfutter zufüttern, können Sie davon ausgehen, daß die Milch, die ihre Kühe für Sie produzieren, nicht nur besser schmeckt, sondern auch eindeutig gesünder ist als andere. Die neuen Erkenntnisse über das MilCHFett, die auch der Butter wieder ihren Stellenwert in der Ernährung zugestehen, der ihr gebührt, kommen von Prof. Jahreis aus Jena. Auf der Milchtagung im vergangenen März in Hardehausen wurden von ihm entsprechende Studien vorgestellt, die die krebshemmenden Fettsäuren in der Milch näher erforscht haben. Und noch ein weiterer Gesundheitsaspekt einer mäßigen Kraftfutterfütterung wird im neuen Heft 44 der „arbeitsergebnisse“ der AG Ländliche Entwicklung vorgestellt: Krutzinna und Boehnke berichten von einer Studie, die nachweist, daß das Risiko für Erkrankungen durch EHEC (pathogene Colibakterien) steigt, je mehr Kraftfutter an Kühe und Rinder gefüttert wird.

Die „arbeitsergebnisse“ beinhalten diesmal aber nicht nur die Tagungsberichte, sondern auch weitere Themen um Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Milch:

- Wie entwickeln sich die Hofkäsereien heute? – ein erfahrener Käser berichtet.
- Milchverarbeitung selbst in die Hand nehmen. Tips vom Verband für handwerkliche Milcherzeugung
- Eine Übersicht zum aktuellen Stand der Milchverarbeitung in Niedersachsen.
- Die Entwicklung der deutschen Schwarzbunten Zucht.
- Die Kunst der einfachen Milchviehhaltung, der Betrieb Rohen in Luxemburg.
- Endgültiges Aus für rBST in der EU?
- Börse oder Lieferrecht – Wie funktioniert der Milchmarkt ab 2000?

arbeitsergebnisse Nr. 44, AG Ländliche Entwicklung der GhKassel, 9 DM. Zu beziehen im AbL-Verlag

Bestellcoupon nicht nur für MilchtrinkerInnen

Ich bestelle:

.... Expl. Der kritische Agrarbericht '99 für 36 DM _____ DM
 Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht '93 bis '99
 zum Sonderpreis im Paket: _____ DM
 (2 Ausgaben 60 DM; 3 Ausgaben 80 DM; 4 Ausgaben 100 DM; 5 Ausgaben 110 DM;
 6 Ausgaben 120 DM, 7 Ausgaben 130)
 Expl. Die andere Eroberung, 26 DM _____ DM
 Expl. Das Sensenbuch, 48 DM _____ DM
 Expl. arbeitsergebnisse Nr. 44, 9 DM _____ DM
 außerdem:

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck
 Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos _____

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: AbL Bauernblatt Verlag-GmbH, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

AbL

DRUCKSACHEN

Aus der Reihe Bauernwissenschaft

Wer bewegt die Kulturlandschaft?

Ilke Marschall

Bündnisse zwischen Naturschutz und Landwirtschaft sind als Idee überzeugend, werden aber nur sehr zögerlich umgesetzt. In der nun in zwei Bänden vorliegenden überarbeiteten Fassung ihrer Dissertation ergründet die Landschaftsplanerin Ilke Marschall warum es so selten gelingt an einem Strang zu ziehen und wie man das ändern könnte.

„Dies ist eine Arbeit, die in einem komplexen Ansatz zu Ergebnissen kommt, die gleichermaßen für Planungspraxis und Planungspraxis von aktueller und längerfristiger Bedeutung sind. Dies ist auch eine Arbeit, die mit großem Vergnügen zu lesen ist, mit wissenschaftlichem Gewinn und mit praktischer Anregung.“
 Prof. Dr. Wolfgang Harfst



Band 1: Leitbilder des Naturschutzes und der Landschaftsplanung für die bäuerliche Kulturlandschaft. Eine Zeitreise

In einer historischen Zeitreise werden Leitbilder und Ziele des Naturschutzes und der Landschaftsplanung in bezug auf die bäuerliche Kulturlandschaft in Deutschland dargestellt.

Band 2: Bäuerliche Kulturlandschaft als Ort landwirtschaftlicher Produktion – Geschichte, Konflikte, Perspektiven: Ein Fallbeispiel

Dieser Band zeigt am Beispiel des niedersächsischen Landkreises Holzminde auf, warum immer weniger Bauern und Bäuerinnen in der Lage sind, die Prinzipien einer nachhaltigen, umweltfreundlichen Landnutzung in ihre Arbeitsweise zu integrieren. Die Ergebnisse für den Naturschutz sind vielfach unbefriedigend. Ein Plädoyer dafür, sozio-ökonomische Erfordernisse in den Konzepten von Naturschutz und Landschaftsplanung zukünftig stärker zu berücksichtigen.

Wer bewegt die Kulturlandschaft? Band 1, 1998; 3-930413-13-2; 160 S. DM 22,00
 Wer bewegt die Kulturlandschaft? Band 2, 1998; 3-930413-14-0; 380 S. viele Fotos und Abb. DM 39,00
 Band 1 und Band 2 zusammen nur DM 50,00

Leitfaden zur Regionalentwicklung

Mit Beiträgen aus Landwirtschaft, Verarbeitung und Vermarktung
 Ulrich Jasper, Claudia Schievelbein u.a.

Die AutorInnen beschreiben einen Ausschnitt aus der Vielzahl und Vielfalt regionaler Projekte; sie beleuchten ihre Entstehungsgeschichte, ihre Ziele, ihren Marketingansatz, ihre Besonderheiten und ihre Erfolge und Mißerfolge.

Ergänzt durch Beiträge zu besonderen Fragen wie Kooperation, Marketing, Beratung und Förderung ist das Buch ein Fundus an Erfahrungen und Ideenbörse zugleich. Bestehenden wie im Entstehen begriffenen Projekten soll es als Leitfaden dienen, und noch unentdeckte Menschen kann es ermutigen, die Gestaltungsmöglichkeiten in der Region zu nutzen.



Ulrich Jasper
 Claudia Schievelbein
 u. a.

AbL Arbeitsergebnisse bäuerliche Landwirtschaft

1997; 3-930413-11-6; 448 S. DM 32,80

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen DM 15,-; Gewerbliche Kleinanzeigen DM 25,-; Chiffregebühr DM 5,- Alle Preise inkl. MWSt. Anzeigenannahme bis zum 10. des Vormonats. Anzeigen bis DM 25,- nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von DM 5,- für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen bitte schriftlich an: „Unabhängige Bauernstimme“, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück.

(Klein) ANZEIGEN**Hof und Arbeit**

● Biobetrieb in Ostwestfalen-Lippe sucht Mitarbeiter. Arbeitsgebiete: Aufbereiten von Produkten, Auslieferung mit LKW, Maschinenarbeit Ackerbau, Maschinenpflege und Instandsetzung, Bautätigkeiten. Interesse und Spaß an der Arbeit notwendig. Wohnung kann gestellt werden. Chiffre 7/99-1

wendig. Wohnung kann gestellt werden. Chiffre 7/99-1

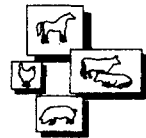
Tiermarkt

● Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551/63609

TIERGERECHTER STALLBAU

Beratung, Planung und Betreuung durch
Unabhängiges Beratungsbüro

Dipl. Ing. agr. Bodo Bertsch
Telefon 0551 - 22731

**Tagung von**

Abl / BAG eJl / INFES / AG Ländliche Entwicklung:

**Bündnis für Arbeit im ländlichen Raum
– Landwirtschaft schafft Arbeitsplätze**

24. – 25. September 1999, Jugendgästehaus Kassel

Freitag, 24. Sept. 1999, (Anreise bis 14.00 Uhr)

- 15.00 Uhr: Einführung. Götz Schmidt, GhK
15.15 Uhr: Wie wir arbeiten werden – die Zukunft der Arbeitsgesellschaft. Prof. Dr. Albrecht Funk, GhK
17.00 Uhr: Ansätze zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Landwirtschaft und ländlichem Raum. Christine Voß-Guntlach, Bundesmin. f. Arbeit
19.30 Uhr: Zu einer Neubewertung der Arbeit in der Landwirtschaft. – Zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Siegfried Herbst, Bauer Süd-Nds. – Gesellschaftspolitische und philosophische Aspekte abseits von Romantik und reiner Ökonomie. Prof. Dr. Sibylle Tönies, Zukunftskom. F.-Ebert-Stiftung, Bremen

Samstag, 25. Sept. 1999

- 9.00 Uhr: Bündnis für Arbeit im ländlichen Raum.
1) Handlungsbedarf und -möglichkeiten in 2 EU-Ländern.
– Frankreich. Michel Ferret, Agrarattaché der Franz. Botschaft, Bonn
– Deutschland. Klaus Lehler, BML
2) Aus der Sicht der Sozialpartner. Wolf von Buchwaldt, Präsid. Gesamtverband der dt. Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände, und Arnd Spahn, IG BAU
10.00 Uhr: Parallel tagende Workshops:
1) Neue Arbeit auf dem Land.
2) Zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Landwirtschaft durch Tarifverhandlungen und Arbeitsverwaltung
3) Nachhaltige Landwirtschaft sichert und schafft Arbeitsplätze auf den Höfen.
13.30 Uhr: Abschlußpodium: Welche Maßnahmen, Handlungsbedarf und Kooperationsmöglichkeiten bestehen? Wolf von Buchwaldt, Arndt Spahn, Michel Ferret, Dr. Thomas Griese (Staatssekretär MURL NRW), Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf (Abl-Vors.)
16.00 Uhr: Ende der Tagung
Die Tagung wird mit Mitteln des BML gefördert.

Anmeldung:
Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum, c/o Evang. Landjugendakademie, Dieperzbergweg 13 – 17, 57610 Altenkirchen, ☎ 02681-9516-22

Veranstaltungskalender**NEULAND-Zerlegebetrieb
öffnet seine Türen**

14. Aug. 1999, Bergkamen-Heil, auf dem Gelände der Ökologiestation

Offizielle Eröffnung des neuen NEULAND-Zerlegebetriebes in Westfalen. Um 10.00 Uhr Begrüßung durch Staatssekretär Dr. Thomas Griese (MURL), um 11.15 Vortrag von Elsbeth Seitz von BRUCKER LAND, um 12.00 Uhr Eröffnung durch Ministerin Bärbel Höhn und Prof. Karl Ganser (IBA), ab 13.00 regionaler Bauernmarkt mit nordrhein-westfälischen Regional-Vermarktungsprojekten und örtlichen Akteuren aus Landwirtschaft, Umwelt und Kultur, zum Abschluß um 18.00 Uhr „Die Bullemänner“-Kabarett.
Info: Umweltzentrum Westfalen, ☎ 02389-980916, Fax: -980999

**Naturverträgliche
Regionalentwicklung**

9. – 10. Sept. 1999, Hotel Hof Reinstorf (bei Lüneburg)

Das Projekt „Leben im Großschutzgebiet Elbtalau“ des NABU Niedersachsen wird im September beendet. Aus diesem Anlaß veranstaltet der NABU dieses Fachsymposium, in das die Ergebnisse des Projektes als Praxisbeispiel einfließen. Die nachhaltige Vernetzung von Naturschutz, Landwirtschaft und Tourismus unter Beachtung des Ausgleichs zwischen Ökonomie und Ökologie sind die Ziele des 1996 begonnenen NABU-Projektes. Referenten: Prof. M. Succow, Prof. U. Köke, Prof. E. Kreilkamp u.a.
NABU-Projektbüro, Auf der Festung 2b, 19303 Dömitz, ☎ 038758-26379

**Landwirtschaftliche
Milchverarbeitung**

Aufgrund der großen Nachfrage an der 2jährigen berufsbegleitenden Fortbildung zur hofeigenen Milchverarbeitung beginnt im Herbst der 4. Lehrgang des Verbandes für handwerkliche Milchverarbeitung im ökologischen Landbau (VHM).
VHM, Hohenberga 23, 85402 Kranzberg, ☎ 08166-684218

**Tarmstedter Forum
Erneuerbare Energie in der
Landwirtschaft**

10. Juli 1999, Sportheim TUS Tarmstedt (Nds.)
Zur großen Tarmstedter landwirtschaftlichen Ausstellung (9. – 12. Juli 99) gibt es zum 2. Mal die Rahmentagung zu den erneuerbaren Energien, wobei nun die nachwachsenden Rohstoffe im Mittelpunkt stehen.
Tarmstedter Förderverein Erneuerbare Energien in der Landwirtschaft, Gerd Legien, Hans-Popp-Str. 13, 91154 Roth, ☎ 09171-3428, Fax: -63324

7. Fränkisches Weidefestival

12. – 15. August 1999, Schönbrunn bei Rothenburg o.d. Tauber
Größte landwirtschaftlich orientierte Open-Air-Veranstaltung Süddeutschlands. Fachliche Höhepunkte sind: 2. Bayerische Landestierschau für Fleischrinder mit Eliteauktion; Große Landtechnikschau und Schaufenster Tier und Technik; Zaunbau Weltmeisterschaft. Und rundum viel Programm.
WFG Weidefleisch Franken GmbH & Co.KG, ☎ 09868-5680 /-5526

Holzrücken mit Pferden

27. Sept. – 1. Okt. 1999; 11. – 15. Okt. 1999, Waldarbeitschule Arnberg

Aufgrund der äußerst positiven Resonanz auf die bisherigen Lehrgänge bieten die Interessengemeinschaft Zugpferde in Deutschland e.V. (IGZ) und die Waldarbeitschule in Arnberg auch in diesem Jahr wieder Ausbildungs-Seminare zum umweltfreundlichen, boden- und bestandsschonenden Arbeiten mit Pferden im Wald an.

Info: IGZ NRW, ☎ 05261-927926, Fax: -927925; oder: LÖBF, Waldarbeitschule, Alter Hoozweg 93, 59755 Arnberg, ☎ 02932-981-0

Grünlandpflege mit Pferden

11. – 16. Okt. 1999

Lehrgang über Grundlagen der Zugpferdenutzung und im Schwerpunkt: Arbeitsverrichtungen im Rahmen der Grünlandpflege: Nachmähen, Laden u. Abfahren von Mähgut, Mist- u. Kompoststreuen, Rundballen abfahren, Weiden abschleppen.

Das Zugpferd, Gut Breite, 14547 Stücken, ☎ 033204-35648

Pferdeeinsatz im Wald

25. – 30. Okt. 1999

Lehrgang zu allem. Grundlagen der Zugpferdenutzung, dazu ein- u. zweiseitiges Rücken von Schwach- u. Stammholz. Einsatz der gebräuchlichen Rückehilfsmittel. Sicherheit an Pferd u. Last. Kostenrechnung. Einsatzmöglichkeiten des Pferdes bei Forstsaat, Pflügen, Flächenräumung und kombiniertes Holzzerterverfahren.

Das Zugpferd, Gut Breite, 14547 Stücken, ☎ 033204-35648

Landschaftspflege 2000

23. – 25. Sept. 1999, Emmendingen (Baden)

Agenda 2000 – was nun? – unter diesem Motto beschäftigt sich der Deutscher Landschaftspflegeverband 1999 sowohl mit der aktuellen Situation nach Verabschiedung der Agenda 2000 als auch mit innovativen fachlichen Ansätzen der Landschaftspflege. Einen besonderen Schwerpunkt werden dabei die Aktivitäten und Ideen aus dem Gastgeberland Baden-Württemberg bilden.

Dt. Verband für Landschaftspflege, Eyber Str. 2, 91522 Ansbach, ☎ 0981-9504-247

Tag der Region

10. Oktober 1999 in Bayern und NRW

Infos: In NRW: Bürgerinitiative Lebenswertes Bördeland und Diemeltal, Brigitte Hilcher, Marktstr. 7a, 34434 Borgentreich, ☎ 05643-948537; In Bayern: Artenreiches Land – Lebenswerte Stadt e.V., Spitalstr. 5, 91555 Feuchtwangen, ☎ 09852-1381

Obst-Ausstellung

10. Okt. 1999, Museumsdorf Hösseringen

Ein Pomologe (Obstkundler) bestimmt mitgebrachte Früchte alter Kernobstsorten (mind. 3 Früchte einer Sorte mitbringen) und zeigt eine Auswahl regionaler Sorten.

Museumsdorf, Am Landtagsplatz, 29556 Suderburg-Hösseringen, ☎ 05826-1774

Neue ökologische Allianzen

13. – 18. Sept. 1999, Ev. Akademie Tutzing, Kloster Irsee/Allgäu

Projektwerkstatt für Management in Wirtschaft und NGOs. Unter dem Druck der gesellschaftlichen Diskussion wird

nachhaltige zukunftsgerechte Weiterentwicklung der Industriegesellschaft zeichnet sich ein großes Innovationspotential ab. In modellhafter Weise sollen dem Seminar wegweisende Managementkonzepte und -methoden von internationaler Rang vorgestellt werden.

Ev. Akademie Loccum, Pf 2158, 31545 Rehburg-Loccum, ☎ 05766-81-0

PAN Europe Meeting

30. Sept. – 2. Okt. 1999, Hamburg

Das Treffen der europäischen Selektionen des Pestizid Aktions Netzwerks (PAN) soll den Austausch zwischen den verschiedenen Nicht-Regierungs-Organisationen verstärken, die sich mit den Auswirkungen des Pestizid-Einsatzes beschäftigen und für stärkere Restriktionen in diesem Bereich eintreten.

Info: PAN Germany, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, ☎ 040-3991910-22

**Unabhängig denken –
widerständig sein**

1. – 3. Oktober 1999, Loccum

Dissens und Opposition in den kommunistischen Diktaturen Ost- und Mitteleuropas. 10 Jahre nach dem Ende der kommunistischen Diktaturen in Ost- u. Mitteleuropa soll die Geschichte der Menschen und Gruppen in den Blick gerückt werden, die sich der Bevormundung durch Partei und Staat und dem ständigen Konformitätsdruck entzogen haben, die wagten, unabhängig zu leben, anders zu denken und widerständig zu sein.

Ev. Akademie Loccum, Pf 2158, 31545 Rehburg-Loccum, ☎ 05766-81-0

**Agrarhandel und
Globalisierung**

21. – 24. Okt. 1999, Haus am Schüberg, Hoißbüttel bei Hamburg

Agrarhandel in Zeiten der Globalisierung – Praktische und politische Versuche zur Überwindung des Wettlaufs um Weltmarktanteile. Verlierer der Liberalisierung und Globalisierung sind Landarbeiter auf den Plantagen der Cash-Produkte und Bauern und Bäuerinnen, die für den regionalen Markt oder – im Süden – für den eigenen Bedarf produzieren. Heute wird weniger die fundamentale Diskussionen gesucht, sondern tendenziell versucht, eigene Märkte mit fairen Bedingungen aufzubauen. Das Seminar bietet einen Austausch darüber mit Vertretern von NGOs aus Ländern des Südens. Seminar-Sprachen: Englisch und Spanisch.
BUKO Agrarkoordination, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, ☎ 040-393156

6. IFOAM-Konferenz

20. – 23. Okt. 1999, Florenz/Italien

Die 6. IFOAM-Konferenz zum internationalen Biohandel steht unter dem Motto „Qualität und Kommunikation“ – mit 2 Hauptthemen: Qualität von Bioprodukten (Qualitätsbegriff unter Einbeziehung sozialer und regionaler Eigenschaften) und Kommunikation im Biosektor (Unternehmenskommunikation, produktspezifische Kommunikation, Marketing etc.).
Infos: ifoam Deutschland, ☎ 06853-5190, oder: Fiere e Comunicazioni, via San Vittore 14, I – 20123 Milano, ☎ 03902804196, www.sana.it

Milch und Grünland in Europa

16. – 17. Juli 1999, Altenkirchen/Westerwald

Gemeinsame Tagung von Abl, CPE (Europäische Bauernkoordination) und Bundesarbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend im ländlichen Raum zur Zukunft der bäuerlichen Milcherzeugung unter Agenda 2000 und WTO

Freitag, 16. Juli 1999

- 9.30 Uhr Begrüßung / Einführung. G. Hirn, G. Janßen
- 10.45 Uhr Milchpolitik unter der Agenda 2000 – Entscheidungen, Ziele, Instrumente. NN EU-Kommission. Debatte
- 12.30 Uhr Mittag
- 14.00 Uhr Milcherzeuger aus verschiedenen EU-Ländern schätzen die Reform ein: K. F. Osenberg, Abl; L. Senra, SLG (SP); J. Spaan, KLB (NL); A. Marx (L); P. A. Deplaude, CP (F); NN ÖBV (A)
- 16.00 Uhr Überschubmarkt EU, internationale Märkte, Agenda 2000 und WTO. Welche Perspektiven haben Milcherzeuger? L. Cartier, CPE. Debatte
- 19.00 Uhr Was wird aus dem Verbot des Rinderwachstumshormons rBST? NN

Samstag, 17. Juli 1999

- 9.00 Uhr Preissenkungen, Ausweitung der EU-Quote, Lockerung der Quotenübertragung, mögliches Ende der Quotenregelung in 2008 ...: Was heißt das für die Milchbetriebe? Maria Heubuch, Abl-Vorsitzende. Austausch über die konkrete Situation der Betriebe der TeilnehmerInnen
- 11.00 Uhr Lohnt die Milchviehhaltung auf Grünland noch? – Effekte der Agenda 2000 auf Produktionsverfahren
- 14.00 Uhr Prioritäten der Milchbauern und ihrer Organisationen bis 2006
- 16.30 Uhr Ende der Veranstaltung

Infos: Ev. Landjugendakademie, Gerhard Hirn, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen, ☎ 02681-9516-22; oder bei der Abl, ☎ 05242-48476

AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Landesverband: Ellen Holste, Reit 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312
Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: 775330
Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114
Plön: Matthias Stührwoldt, ☎ 04326/679
Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 29587 Luttmissen Nr. 2, ☎ + Fax 05822/2368
Heide-Weser: Karlheinz Rengsdorf, ☎ 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048
Elbe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694
Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ + Fax 0551/7703743

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax 05242/47838
Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
Hellweg: Ulrike Ostendorf, ☎ 02307/62281, Wilhelm Eckei, ☎ 02378/2991
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264
Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069
Düren: Monika Lövenich, ☎ 02421/680012

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995; Ute Rönnebeck, Schützenstr. 24, 35398 Gießen, ☎ 0641/86045
Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Auf'm Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191
Regionalverband Eifel: Bitburger Str. 2, 54636 Niederweiler Alfred Hauer, ☎ 06569/7284
Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558
Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, ☎ 07352/8928
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729
Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike + Wolfgang Reimer, ☎ 07971/8584
Göppingen: Gerhard Übele, ☎ 07166/422
Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928
Schwarzwald-Baar: Klaus Eible, ☎ 07808/1311
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465
Bodensee: Anneliese Schmeih, ☎ 07553/7529
Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840

Bayern

Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
Bayerisches Oberland: Hans Pischeltzrieder ☎ 08178/5478;
Landshut-Josef Grenzebach, ☎ 08809/603
Frankshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
Bogen (Bayerischer Wald): Hermann Ettl, ☎ 09963/1590; Martin Wiethaler, ☎ 09967/9697
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Geschäftsführer: Georg Janßen, Schillerstr. 11, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758

Arbeitskreis Frauen: Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaildorf-Reippersberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718

AgrarBündnis e.V.: Friedrich von Homeyer, Zur nassen Ecke 2, 49565 Bramsche-Epe

Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960

Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue Stevin 115, B-1040 Brüssel, ☎ 00322/2300776, Fax 00322/2300348, E-mail: cpe@agoronet.be

Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax: 05242/47838

Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Daik Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugengebühren. Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmeih 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945

Ich werde Mitglied in der

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Ich möchte Mitglied in der Abl werden | <input type="checkbox"/> Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von <input type="checkbox"/> DM 200,- <input type="checkbox"/> DM 250,- oder DM _____ zu zahlen. |
| <input type="checkbox"/> Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von DM 150,- | <input type="checkbox"/> Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von DM 50,- (Nachweis füge ich bei) |
| <input type="checkbox"/> Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von DM 200,- | <input type="checkbox"/> Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von DM 100,- |

Mitgliedsadresse:

Name _____ Vorname _____
 Straße _____ PLZ, Ort _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Nach Erhalt der Rechnung | <input type="checkbox"/> Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme: |
| <input type="checkbox"/> Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung (Dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-) | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| | <input type="checkbox"/> Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen) |

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abl bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der Abl widerrufen werden.

Unterschrift _____ Datum _____ Beruf _____

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

AbL e.V. Bauernstimme Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

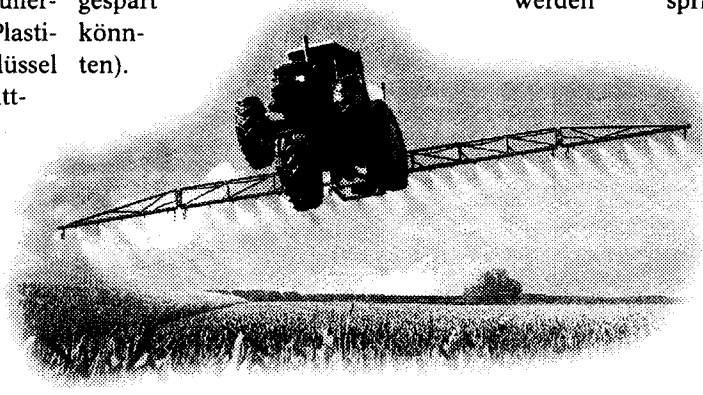
IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48476, Fax: 05242/47838 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Ulrich Jasper, Claudia Schievelbein: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185, Fax: 05242/47838 (Redaktions- und Anzeigenschluß: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** DM 60,- jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • **Bestellungen, Adreßänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge bitte direkt an den Verlag • Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185 Fax: 05242/47838 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 Satz: StadtBlatt Verlags GmbH, Bielefeld • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

Der Traum der Menschheit

So wie der alte Traum der Menschheit – das vom Boden - abheben - und - in - die - Lüfte - steigen – schließlich in Erfüllung gegangen ist, finden sich auch zunehmend Lösungen für die Erfüllung des alten Traums der Landwirtschaft: das „Überfliegen“ der Launen der Natur. Besonders das Bestreben der modernen Landwirtschaft ist es immer gewesen, so viele wie möglich, wenn nicht gar irgendwann alle natürlichen Unsicherheitsfaktoren auszuschalten damit, so der Traum, die Erzeugung von Getreide in einer bestimmten Menge genauso sicher kalkulier- und durchführbar ist, wie die Produktion von Plastikierlöffeln oder Wäscheklammern. Der Schlüssel dazu ist der Chemiebaukasten, aus dem sich mittlerweile für fast jedes Problem in Form von Mangel, Krankheiten und Schädlingen der rettende Cocktail mixen läßt. Und taucht etwas unbekanntes Neues auf, arbeiten sofort ganze Heerscharen in den Labors der chemischen Industrie unter Hochdruck an einer geeigneten Mixtur dagegen. Auf nicht wenige – auch unreligiöse – Menschen übt die Möglichkeit als Hilfgott ein Stück Natur zu beherrschen, die Kontrolle darüber zu haben, wie lange lebende Pflanzen (vermeintlich) gesundgespritzt in der Gegend stehen, bevor sie dann zum „richtigen“ Zeitpunkt zwecks Ernteerleichterung durch die finale Chemiedusche dahingerafft werden, offensichtlich eine Faszination aus (die sich zusätzlich noch in Mark und Pfennig ausdrücken läßt). Leider ist dieses Chemopäppeln und der goldene Schuß danach, gesellschaftlich in Lebensmittelskandal- und Rückstandsdebattenzeiten nicht besonders gut zu vermitteln. Deshalb hat man u. a. schon vor Jahren die „integrierte Produktion“ und die „gute fachliche Praxis“ heraus „Pflanzenschutz mit Augenmaß“ unter Einbeziehung mehrerer Faktoren wie die Fruchtfolge, mechanischen Unkrautbekämpfungsmethoden und dem Spritzen nach Schadschwellenprinzip betrieben wird.

Aber was wird denn dann aus dem Traum von der totalen Naturkontrolle? Keine Bange, der wird nicht aufgegeben, nur weil es ein paar bunt bebilderte Broschüren zum integrierten Anbau gibt (in denen nicht steht, daß „integriert“ weder kontrolliert noch in größerem Rahmen auf den Betrieben umgesetzt wird, sonst würde wohl kaum eine Studie zu dem Schluß kommen, daß in Deutschland mindestens 250 Mio DM für Pflanzenschutzmittel jährlich ohne wirtschaftliche Nachteile eingespart könnten).



Man muß für den alten Traum nur genauso schöne neue Worte finden, wie die in den bunten Broschüren, dann merkt gar keiner, was für interessante Chemotherapien wirklich an Bedeutung gewinnen. Vorgemacht hat das das Bayerische Wochenblatt. Unter der Überschrift „Feld-Trocknung?“ wird aus Gründen der optimalen Mähdescherausnutzung – und damit Kostensenkung – die „Vorernte-Sikkation (Vorernte-Trocknung)“ empfohlen. „Die Vorernte-Sikkation bedeutet vom Grundsatz her eine energie- und kostensparende Trocknung auf dem Feld. Dort wo Quecken, Disteln und andere Unkräuter sowie Getreidedurchwuchs und Zwiewuchs die Arbeitsleistung des Mähdeschers in hohem Maße senken, ist die Vorernte-Sikkation von beachtlichem Vorteil.“ Will man sie einsetzen, weil man vorher das Getreide durch den Einsatz der – die Reife verzögernden –

Fungizidjungbrunnen aus der Gruppe der Strobilurine knackig grün erhalten hat, sollte man lediglich darauf achten, daß sich der Mähdescherkostenvorteil aufgrund der nicht ganz billigen „Strobis“ nicht auflöst. Das neue Wort der „Vorernte-Sikkation“ und ihr Einsatz kleidet eine große alte Dame des chemischen Pflanzenschutzes in ein flottes neues Kleid – das Totalherbizid „Round up“. Die „Vorernte-Sikkation“ ist nichts anderes als das chemische Tabularasa auf dem Acker mit dem Alleskiller. Totgespritzt wechselt das Getreide in einen vertrockneten Zustand über und wird im Mähdescher gottseidank weder durch Unkrautpflanzen noch durch eigene grüne Stengel wieder feucht. Das passiert erst wieder im menschlichen Magen. (Schwedische Wissenschaftler haben übrigens gerade einen Zusammenhang zwischen dem mit 112.000 t weltweit 1998 am häufigsten eingesetzten Herbizid „Round up“ und dem vermehrten Auftreten von Lymphdrüsenkrebs nachgewiesen.)

Die Erfüllung des Traums ist ganz nah, gefeilt werden muß nur noch an Details. Am Ende allerdings wird irgendwann die Frage stehen: Wozu brauchen wir überhaupt noch Bäuerinnen und Bauern? Um Spitzmittelcocktails anzurühren und zu den von den Herstellern angegebene Terminen auszubringen, ist weder das Wissen um, noch das Gespür für komplexe natürliche Zusammenhänge von Nöten. Ein Teil dessen, was das Arbeiten in der Landwirtschaft abwechslungsreich und interessant aber auch nervenaufreibend und existenzbedrohend macht, wird aufgegeben. Aber was tut man nicht alles für die Erfüllung eines Traums.

Zum Glück gibt es nicht nur die Landwirtschaft und den einen Traum. Und zum Glück gibt's auch nicht nur das Bayerische Wochenblatt. Wer andere Träume, Ideen, Wünsche, Vorstellungen hat, braucht auch eine andere Zeitung – zum Beispiel die Bauernstimme.

UNABHÄNGIGE Bauernstimme für andere Traumstunden

Zutreffendes bitte ankreuzen

Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (DM 60,- im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf DM 50,- gesenkt werden.

Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von DM 30,- bzw. DM 60,- für 6 oder 12 Monate verschenken.

Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 10 DM für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

Nach Erhalt der Rechnung

Mit beiliegendem Scheck (dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-)

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung (dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-) Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, daß ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnentin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Marienfelder Straße 14 oder FAX 05242 -47838